

**Büro Bern, "Politik und Staat"**

## **Wahlchancen von Frauen und Männern im Kanton Schwyz**

**Schlussbericht zur Studie "Wahlverhalten der  
Schwyzer Wählenden bei den Kantonsratswahlen  
vom 12. März 2000" im Auftrag der Gleichstellungs-  
kommission des Kantons Schwyz**

*Autorin und Autor:*

Dr. Jeannine Dumont, Claude Longchamp,

Weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter:

Urs Bieri, Silvia Ratelband-Pally, Lukas Golder

Sperrfrist  
für die Publikation  
Bern, 16. Mai 2000

# Vorwort

**Birgitta Michel Thenen, Rickenbach,**  
Präsidentin der Gleichstellungskommission

## ***Der Anstoss***

Mehr Qualität für die Schwyzer Demokratie will die Gleichstellungskommission mit ihrem Engagement für die politische Gleichstellung von Frau und Mann erreichen.

Demokratie heisst bekanntlich „Herrschaft des Volkes“. Doch bis 1971 waren damit nur die Männer gemeint. Mit der Einführung des Frauenstimmrechts hat sich dies geändert. Dennoch sind wir auch 30 Jahre danach noch weit von der tatsächlichen politischen Gleichstellung von Frauen und Männern entfernt.

Die Frauen sind in den politischen Behörden des Kantons Schwyz nach wie vor stark untervertreten. Am Beispiel des Kantonsrats lässt sich diese Tatsache eindrücklich belegen:

Der Frauenanteil in den Behörden nimmt zwar seit Jahren tendenziell zu. Wenn es aber in diesem Tempo weitergeht, dauert es jedoch noch mindestens 40 Jahre, bis wir eine angemessene Vertretung der Frauen im Kantonsrat haben, immer vorausgesetzt, dass keine Rückschläge eintreten. So lange will die Gleichstellungskommission nicht mehr warten. Sie will diese Situation ändern und einen Beitrag zur angemessenen Vertretung der Geschlechter in den Behörden des Kantons leisten. Die Schwyzer Demokratie wird nur dann zu einer echten Demokratie, wenn im Kanton auch tatsächlich das ganze Volk, einschliesslich der Frauen, an der Macht beteiligt ist. Erst wenn sich die Frauen in die politischen Entscheidungsprozesse einmischen können und politische Verantwortung übernehmen, hat die Schwyzer Demokratie ihren Namen auch verdient.

Der angemessenen Vertretung der Frauen in den politischen Behörden des Kantons stehen jedoch zwei Hindernisse im Weg:

1. Es gibt zu wenig Frauen, die sich für ein Amt zur Verfügung stellen. Dies lässt sich wiederum am Beispiel des Kantonsrats illustrieren: Ein erstes grosses Projekt der Gleichstellungskommission hat sich dieses Problemkreises angenommen und soll Abhilfe schaffen. Im Herbst 1999 hat sie in Zusammenarbeit mit den politischen Parteien und den Frauenorganisationen des Kantons das Projekt „frauennetz kanton schwyz“ gestartet. Es hat zum Ziel, Frauen für ein Engagement in der Öffentlichkeit zu ermutigen und sei bei ihrem politischen Engagement zu unterstützen. Konkret werden den Frauen ein überparteiliches Veranstaltungsangebot und Weiterbildungskurse angeboten. Aber: Mehr Kandidatinnen alleine reicht nicht aus. Denn es gibt noch ein weiteres wesentliches Hindernis.
2. Frauen haben bei Wahlen schlechtere Wahlchancen als Männer. Dies lässt sich wiederum am Beispiel des Kantonsrats zeigen: Hätten die Frauen die gleichen Wahlchancen wie die Männer, so müssten sie im Schwyzer Kantonsparlament mit mindestens 20 Frauen vertreten sein. An diesem Punkt setzt das neueste Projekt der Gleichstellungskommission an. Es geht darum, die Ursachen für die schlechten Wahlchancen der Frauen zu klären und gezielte Massnahmen für eine Verbesserung der Situation zu entwickeln.

Deshalb hat die Gleichstellungskommission dem GfS-Forschungsinstitut in Bern den Auftrag erteilt, die Kantonsratswahlen vom 12. März genauer zu analysieren und diesen Fragen nachzugehen. Diese Studie ist ein Pionierprojekt, das in dieser Form in der Schweiz noch nicht durchgeführt wurde. Finanziert wurde die Studie durch die Gleichstellungskommission, den Kanton und durch Spenden verschiedener Institutionen und Einzelpersonen.

### **Würdigung der Ergebnisse**

Der Schlussbericht der Studie liegt nun vor. Er ist für die Gleichstellungskommission aus zwei Gründen von grosser Wichtigkeit:

1. Die Studie bedeutet eine gründliche Analyse der Ist-Situation. Sie schafft Wissen, macht Tatsachen sichtbar. Der Bericht enthält eine Fülle von Informationen zu den Wahlchancen von Frauen und Männern im Kanton Schwyz. Er zeigt die aktuelle Situation in den verschiedensten Facetten auf. Die Gleichstellungskommission kann dadurch ihre weitere Arbeit auf das Fundament der gesicherten Erkenntnisse einer repräsentativen Befragung legen und ist nicht mehr auf Mutmassungen und Spekulationen angewiesen, wenn es um die Fragen geht: „Wie steht es um die Wahlchancen von Frauen und Männern im Kanton Schwyz tatsächlich und wo liegen die Gründe für das traditionell schlechte Abschneiden der Frauen bei Wahlen?“ Es sind jetzt Fakten vorhanden, die nicht mehr angezweifelt oder aus der Welt geschafft werden können.
2. Die Studie schafft Handlungsmöglichkeiten für die Zukunft. Mit der Studie verfolgt die Gleichstellungskommission noch ein zweites Ziel: Die Wahlchancen von Frauen sollen verbessert werden, um schneller eine angemessene Vertretung der Frauen in den politischen Behörden des Kantons zu erreichen. Die Studie gibt uns vielfältige Hinweise, wie in Zukunft mit gezielten Massnahmen auf dieses Ziel hingearbeitet werden kann. Sie enthält entsprechende Empfehlungen der ExpertInnen des GfS-Forschungsinstituts.

Es ist nun Aufgabe der Gleichstellungskommission in Zusammenarbeit mit interessierten Kreisen, d.h. vor allem mit den Parteien und Frauenorganisationen des Kantons, konkrete Unterstützungsmassnahmen für Frauen, die sich öffentlich engagieren wollen, zu entwickeln und zu planen. Es ist auch ihre Aufgabe, Hilfen für die Umsetzung zu geben und die Durchführung der Massnahmen zu überprüfen.

Die Vorbereitung für die nächsten Wahlen muss jetzt beginnen. Wir müssen in der Gegenwart handeln, wenn wir in der Zukunft Erfolg haben wollen. Deshalb ist die Studie für uns so interessant. Sie gibt uns die Werkzeuge für den zukünftigen Erfolg in die Hand.

Aus den Ergebnissen der Studie ergeben sich mehrere Ansatzpunkte, um aktiv werden zu können:

1. Was bedeutet die Tatsache, dass im Kanton Schwyz Personenwahlen Persönlichkeitswahlen sind für die Frauen? Wie können sie sich der Wählerschaft als Persönlichkeiten bekannt machen, die ihre Parteien ideal repräsentieren und mit denen sie sich gut identifizieren können?
2. Frauen werden von der Wählerschaft noch zu wenig als Personen wahrgenommen, die sich um die relevanten Probleme des Kantons kümmern. Wie können sich Frauen in Zukunft noch besser thematisch profilieren?
3. Wie können Frauen Ihre Glaubwürdigkeit als Politikerinnen verbessern, um ihre Wahlchancen zu erhöhen?

4. Wie muss die Öffentlichkeitsarbeit im Wahlkampf gestaltet werden, um die Wahlchancen von Frauen zu erhöhen?
5. Informations- und Aufklärungsarbeit zum Abbau von Vorurteilen gegenüber Frauen in der Politik und zur Förderung der Wertschätzung der Qualitäten und Erfahrungen von Frauen.

Sie sehen, es gibt noch viel zu tun. Doch die Erfahrung hat gezeigt, dass sich die politische Gleichstellung von Frau und Mann nicht von selbst einstellt, sondern dass es besonderer Unterstützungsmassnahmen für die Frauen bedarf, damit sie den Anschluss an die Männer schaffen. Schliesslich sind die Frauen ja auch mit einem Rückstand von mehreren hundert Jahren auf die Männer in das politische Leben der Schweiz entlassen worden. Dieses Handicap haben die Frauen weder selbst verschuldet noch selbst gewählt, sondern es wurde ihnen durch die gesellschaftlichen Verhältnisse auferlegt.

Deshalb sind wir der Meinung, dass die Frauen als Kompensation für die lange Benachteiligung diese Unterstützung ganz besonders verdienen und dass sie auch dringend nötig ist, wenn es uns mit dem Demokratiedanken ernst ist. Nur wenn die Frauen angemessen in die politischen Entscheidungsprozesse einbezogen sind, haben wir eine qualitativ hochstehende Demokratie in unserem Kanton, die ihren Namen auch verdient. Darauf arbeiten wir hin. Doch dazu braucht es nicht nur wissenschaftliche Studien und das Engagement der Gleichstellungskommission, sondern auch die Unterstützung der Parteien, der Bevölkerung und der Regierung des Kantons Schwyz.

### **Dank**

Ohne finanzielle Unterstützung wäre die vorliegende Studie nicht zustande gekommen. Wir danken folgenden Institutionen, Behörden, Firmen und Einzelpersonen ganz herzlich für ihren Beitrag zur Förderung der politischen Gleichstellung von Frauen und Mann im Kanton Schwyz:

Avina Stiftung, Hurden

BAER AG, Küssnacht

alt Landammann Karl Bolting-Brun, Rickenbach

Landammann Richard Camenzind, Gersau

Liberale ! Frauen Kanton Schwyz

Regierungsrat des Kantons Schwyz

Dr. Iwan Rickenbacher, Schwyz

Schwyz Kantonalbank

Überparteiliches Frauenkomitee „Mehr Frauen für Schwyz“

Victorinox AG, Ibach

**16. Mai 2000**

# Das Wichtigste in Kürze der Studie "Wahlverhalten der Schwyzer Wählenden bei den Kantonsratswahlen vom 12. März 2000"

## **Die Wahlergebnisse**

Im Parlament, das am 12. März 2000 im Kanton Schwyz neu bestellt wurde, verfügt die CVP mit 43 von 100 Sitzen über die grösste Vertretung, gefolgt von der LVP mit 26 Mandaten und der SVP mit 20 Sitzen. Die übrigen 11 Abgeordneten stellt die SP. Andere Parteien sind im neuen Parlament nicht vertreten.

85 der so gewählten Mitglieder des Schwyzer Kantonsrates sind Männer, 15 sind Frauen. 7 Frauen stellt die CVP, 4 die LVP und 3 die SP, während die SVP nur durch eine Frau im Kantonsrat vertreten ist. Die SP bringt es damit auf 27 Prozent Frauen unter ihren Vertreterinnen und Vertretern im Kantonsrat, die CVP auf 16 Prozent, die LVP auf 15 Prozent und die SVP auf 5 Prozent.

Diese und andere Wahlergebnisse sind mit einer repräsentativen Nachbefragung von 605 Wählenden, die nach der Stimmabgabe durch das GfS-Forschungsinstitut telefonisch interviewt wurden, untersucht worden.

## **Die Parteien im Links/Rechts-Spektrum klar verteilt**

Insgesamt definiert sich die Wählerschaft des Kantons Schwyz, die im Jahr 2000 das Parlament wählte, recht nahe der Mitte.

**Politischer Standort der Parteiwählerschaften 2000 im Kanton Schwyz  
(Angaben in Spaltenprozent)**

<i>Politischer Standort</i>	<i>Wählende</i>	<i>SP</i>	<i>CVP</i>	<i>LVP</i>	<i>SVP</i>
Ganz rechts	1	0	0	1	11
Rechts	27	6	21	29	56
Mitte	44	19	57	53	26
Links	17	71	14	12	2
Ganz links	1	2	1	0	0
Keine Bedeutung	7	2	5	3	5
Keine Angabe	3	0	2	2	0
Indexwert	3,1	2,4	3,1	3,2	3,8

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Klar rechts der Mitte steht die SVP; zwei Drittel ihrer Wählerschaft folgt nicht dem allgemeinen Trend, sondern sieht sich mehr oder minder deutlich rechts davon. Das Umgekehrte resultiert bei der SP, wo sich drei Viertel links der Mitte verstehen. Nahe bei der Mitte sehen sich die Wählerschaften der CVP und der LVP, wobei letztere leicht, aber nur wenig rechts davon steht. Sie gleicht diesbezüglich mehr der CVP als etwa der SVP.

## **Ungleiche Männer- und Frauenanteile bei den Parteien**

Aufgrund der spezifischen Fragestellung des Berichtes beginnen wir mit der Frage: Wählen Frauen im Kanton Schwyz andere Parteien als Männer? Die Antwort lautet: Ja. Die Unterschiede in den unterstützten Parteien sind erheblich, vor allem auch stärker als beispielsweise auf eidgenössischer Ebene.

**Parteiwählerschaften 2000 im Kanton Schwyz nach Geschlecht (Angaben in Zeilenprozent)**

<i>Geschlecht</i>	<i>SP</i>	<i>CVP</i>	<i>LVP</i>	<i>SVP</i>
Frauen	20	38	21	18
Männer	13	31	25	30

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Von Männerstimmen lebt insbesondere die SVP Schwyz, aber auch die LVP, während die CVP und die SP einen wesentlichen Teil ihrer Stärke den Schwyzer Wählerinnen verdanken.

## **Hohe Bedeutung des Persönlichkeitsaspektes**

Die Nachbefragung legt zudem nahe, dass der Persönlichkeitsaspekt bei den Entscheidungen eine vorrangige Rolle spielte. Einmal ist er wichtig für den Parteientscheid, bei dem die Wählenden mehr als etwa bei Nationalratswahlen auf die Auswahl der Parteien achten. Persönlichkeitsmerkmale sind aber auch bei den Personenentscheidungen, etwa beim Panaschieren, beim Kumulieren oder beim Streichen, von Belang: Wer gewählt werden will, muss bekannt sein, auf die Wählerschaft oder Teile davon sympathisch wirken und mit einem Thema, das die Wählenden beschäftigt, in Verbindung gebracht werden. Die Glaubwürdigkeit als Politiker/Politikerin wird zudem an drei Voraussetzungen gemessen. Bewerber und Bewerberinnen sollen moralisch integer sein, müssen gesellschaftlich gut integriert sein, was im Kanton Schwyz auffällig durch eine vorbildliche Elternschaft bestimmt wird, und sie sollen beruflichen Erfolg vorweisen können.

## **Weltanschauung und aktuelle Fragen im Widerstreit**

Die Entscheidung für eine Partei verläuft im Kanton Schwyz auf zwei Ebenen: Einmal über die erwähnten Personenbezüge, dann aber auch über Themen und weltanschauliche Ausrichtungen. Stilfragen und spezifische Interessenvertretungen sind dagegen nur von geringer Bedeutung.

**Wichtigstes Entscheidungskriterium beim Wahlverhalten 2000 im Kanton Schwyz nach Parteiwählerschaften (Angaben in Spaltenprozent)**

<i>Entscheidungskriterium</i>	<i>SP</i>	<i>CVP</i>	<i>LVP</i>	<i>SVP</i>
Person	43	48	54	46
Weltanschauung	26	15	17	13
Aktuelle Fragen	14	12	12	25
Politischer Stil	10	11	8	10
Vertretung von Gruppen	1	8	5	3

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

16 Prozent der Wählenden nennen die allgemeine oder weltanschauliche Ausrichtung der gewählten Parteien als entscheidendes Kriterium. Weitere 14 Prozent haben sich auf die Themen bezogen, die ihnen wichtig sind und zu denen sie von den Parteien Antworten erwarten. Zusammen nennt damit ein knappes Drittel der Wählenden einen thematischen Aspekt für den Parteientscheid. Neben der vorherrschenden Personenbezüge können Parteien wie die CVP, die LVP und die SP auf ihre Verankerung in politischen Lagern über allgemeine Weltanschauungen zählen, während dies bei der neu entstehenden SVP nicht entscheidend ist. Vielmehr handelt es sich bei der Wahlsiegerin um jene Partei, die aktuelle Stimmungslagen, die sich aus ungelösten, bewussten Problemen ergeben, am besten aufnehmen kann und so Überzeugungen formt, die wahlbestimmend werden.

### **Staatsfinanzen bei den Regierungsparteien, Ausländerpolitik bei der Opposition entscheidend**

Die Staatsfinanzen und die Präsenz von Ausländerinnen und Ausländern sind die beiden grossen Themenbereiche, welche die Wählenden beschäftigt haben und für die sie sich durch das neu gewählte Parlament Lösungsvorschläge erhoffen. Die häufigste Einzelnennung überhaupt betrifft die Steuern, gefolgt von der Ausländer-/Asylfrage. Hinter diesen beiden Top-Themenbereichen finden sich sozial-, verkehrs-, staats-, gesellschafts- und wirtschaftspolitische Themen.

**Wichtige Probleme im Kanton 2000 nach Parteiwählerschaften (Angaben in Spaltenprozent)**

Wichtigstes Problem	SP	CVP	LVP	SVP
Staatsfinanzen	19	17	10	10
Überfremdung	7	12	13	22
Sozialpolitik	7	12	9	11
Verkehrspolitik	9	8	9	9
Gesellschaftspolitik	11	7	7	3
Staatspolitik	5	6	9	2
Wirtschaftspolitik	3	4	4	3

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Klare Unterschiede in der Wichtigkeit der Themen zeigen sich vor allem bei der „Überfremdung“, die für gut ein Fünftel der SVP-Wählerschaft die aktuelle Herausforderung ist, während Gleiches bei der SP nur jeder Fünfzehnte so sieht. Bei der CVP und der LVP ist es etwa jede achte Person. Umgekehrtes gibt es namentlich bei den Staatsfinanzen sowie den gesellschafts- und bildungspolitische Fragen, die jeweils bei der SP am meisten Resonanz haben, gefolgt von der CVP, während die LVP und namentlich die CVP deutlich tiefere Dringlichkeiten sehen.

### **Viele legen sich erst während des Wahlkampfes fest**

39 Prozent der Wählenden vom 12. März 2000 gaben nachträglich an, dass der Parteientscheid von Beginn weg klar war. Sie wussten, welche Partei sie unterstützen würden und haben dies schliesslich auch gemacht. Immerhin 3 von 5 Wählenden haben sich demgegenüber erst unter dem Eindruck des Wahlkampfes festgelegt, was eine Mehrheit ist. Übertrieben wäre die Annahme, sie hätten sich alle anders entschieden als

vier Jahre zuvor, doch kann angenommen werden, dass sie eine Weile schwankten, dass sie beim Panaschieren differenzierte Aktente setzten oder dass sie gar nicht mehr wussten, was sie vier Jahre zuvor gewählt hatten. Insofern lassen sich Verschiebungen in den Parteistärken als Folge dieses Wähler-Typs annehmen. Ein Viertel der Wählenden blieb sogar bis ganz am Schluss offen, das heisst, diese Personen legten sich erst in der Woche vor den Wahlen definitiv fest.

### **Werbung bei einer starken Minderheit wichtig**

41 Prozent der Wählenden im Kanton Schwyz geben an, dass sie die Werbung als sehr wichtig (9%) bis wichtig (32%) einstufen. Für 31 Prozent ist sie eher unwichtig, und 25 Prozent sind der Meinung, sie sei ganz unwichtig. Gebräuchlicher noch als die Nutzung der Werbung ist das Gespräch. Lediglich 11 Prozent der Wählenden haben sich vor dem Urnengang mit niemandem über die anstehenden Kantonsratswahlen unterhalten.

Personen, deren Entscheidung von Beginn weg klar ist, diskutieren eher häufiger, beachten die Werbung aber nur durchschnittlich. Dagegen beachten Personen, die sich in der Frühphase des Hauptwahlkampfes, also rund 20 Tage vor den Wahlen, definitiv festlegen die Werbung verstärkter und diskutieren auch recht häufig darüber. Personen schliesslich, die ihren Entscheid hinauszögern, fällen ihre Wahlentscheidungen letztlich alleine.

### **Geschlecht nur einer Minderheit wichtig**

Bei der Personenauswahl spielte das Geschlecht bewusst nur eine untergeordnete Rolle. 56 Prozent der Wählenden gaben in der Nachbefragung an, sich nicht darauf geachtet zu haben. 16 Prozent der Schwyzer Wählerschaft achteten auf das Geschlecht und entschieden sich im massgeblichen Moment zugunsten von Frauen. 12 Prozent wandten sich in dieser Situation Männern zu, während 13 Prozent auf diese Frage passten; sie zeigen aber eine Nähe zu Personen, die eher Männer unterstützten.

**Bekundete spezifische Unterstützung von Frauen resp. Männern bei den Schwyzer Kantonsratswahlen 2000 nach Parteiwählerschaften (Angaben in Spaltenprozent)**

<i>Entscheidung</i>	<i>SP</i>	<i>CVP</i>	<i>LVP</i>	<i>SVP</i>	<i>Frauen total</i>	<i>Männer total</i>
Zugunsten von Frauen	30	15	17	8	21	10
Keine Rolle	58	63	62	51	56	60
Zugunsten von Männern	3	10	11	22	14	16
Antwortverweigerung	9	12	10	19	9	14

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Speziell Frauen unterstützt haben bei der SP 30 Prozent ihrer Wählenden, bei der LVP 17 Prozent und bei der CVP 15 Prozent. 8 Prozent sind es schliesslich bei der SVP-Wählerschaft. Vergleicht man die Anteile, die angeben, Frauen zu unterstützen mit dem Prozentsatz Frauen, die im Kantonsrat die jeweilige Partei vertreten, ergibt sich eine weitgehende Übereinstimmung.



## ***Frauenvertretung hinkt gesamtschweizerisch hinten nach***

Mit diesem Bewusstsein um die Repräsentationsdefizite der Frauen in der Politik resp. um die Massnahmen dagegen, hinkt der Kanton Schwyz der gesamtschweizerischen Entwicklung nach. Bei den Nominationen von Frauen und bei den gewählten Kantonsrätinnen werden im Kanton Schwyz im Jahr 2000 Werte erreicht, wie sie gesamtschweizerisch in den 80er Jahren typisch waren.

Drei Ursachenbündel können identifiziert werden:

- Die Parteien nominieren zu wenig Frauen für den Kantonsrat, was sich bei der Wahl verschärft, weil kandidierende Frauen eine geringere Wahlchance haben als Männer, die sich für ein Amt bewerben. Eine annähernd gleichmässige Verteilung kennt nur die SP, wo die Frauen 44 Prozent der Bewerbungen ausmachten. Bei den bürgerlichen Parteien lagen die Anteile durchwegs erheblich tiefer; 14 Prozent machten sie bei der SVP aus, 18 bei der LVP und 21 von Hundert bei der CVP.
- Die Kriterien der Personenauswahl richten sich noch stark an den Vorstellungen der Männerkarriere in Familie, Beruf und Politik aus. Der Parteivergleich verweist noch auf einige weitere Eigenheiten: Frauen, die SP- oder LVP wählen, achten sich stärker auf die Frauenvertretung als Frauen der CVP und der SVP. Männer, die verstärkt Frauen unterstützen, finden sich nur bei der SP, während die CVP-Männer genau dem Schnitt entsprechend für Frauen stimmen und bei der SVP und der LVP nur unter dem Mittel vorkommen.
- Das Wahlrecht mit dem Proporzverfahren ist mit der Forderung nach einer in Bezug auf die Geschlechter ausgeglichenen Vertretung vereinbar, es kommt aber in den ganz kleinen Wahlkreise nicht richtig zum Tragen und wirkt sich da auch nachteilig auf die Frauenvertretung aus. In Wahlkreisen mit nur einem oder zwei Sitzen ist der Anteil Frauen, die sich bewerben, deutlich geringer. Nur eine Frau schaffte es bei den Kantonsratswahlen 2000 gewählt zu werden, immerhin aber 17 Männer.

## ***Massnahmenbündel für die Frauenförderung im Kanton Schwyz***

Massnahmen, die sich daraus ergeben können, sind in der nachstehenden Übersicht zusammengestellt.

Die wichtigste Massnahme gegen die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der kleinen Wahlkreisverbände sehen wir in der Förderung von grösseren Wahlkreisen oder im Zusammenschluss kleiner Wahlkreise in Wahlkreisverbände. Minimal Einer- und Zweier-Wahlkreise müssten zu Wahlkreisverbänden mit mindestens 3 Sitzen zusammengezogen werden.

Die Parteien müssten Förderungsprogramme für Frauen durchführen. Die Ausbildung müsste das Wissen der Frauen um parteiinterne Mechanismen der Karriereplanung verbreiten. Dabei ginge es um einen Ausgleich von Nachteilen, die Frauen haben, etwa wenn Männer, bevorzugt von Schlüsselpersonen der Partei, für eine Kandidatur angefragt werden oder aber keine Beziehungen zu einflussreichen Interessenorganisationen bei der Nomination mitbringen. Von Belang ist hier aber auch, dass es nicht nur im unmittelbaren Vorfeld von Wahlen zum „Ausschauhalten“ nach geeigneten Frauen kommen sollte, sondern dass politische Karrieren von Frauen auch seitens der Parteien

geplant, aufgebaut und wie bei Männern zum Erfolg gebracht werden sollten. Hierzu gehört etwa, dass Netzwerke zu Entscheidungsträgern und zu Medien etablieren werden.

**Übersicht über die hauptsächlich identifizierten Faktoren der Repräsentationsdefizite von Frauen samt in der Schwyzer Politik samt Ansätzen zur Lösung**

<i>Akteursebene</i>	<i>Problem</i>	<i>Lösungsansatz</i>
Wahlrecht	Kleine Wahlkreise	Wahlkreisverbände
Parteien generell	Zahl/Anteil der Nominierten	Parteiinterne Förderungsmassnahmen
Parteien einzeln	Unterschiedlich starke, parteiinterne Marginalisierung der Frauen ausser in Wahlzeiten	Ausbildung in der parteiinternen Karriereplanung
Frauen in Parteien	Unbekanntheit von Frauen	Bekanntheit fördern
Wählende generell	Zahl/Anteil der Gewählten	Öffentlichkeitsarbeit
Wählende individuell	Mangelndes Bewusstsein gegenüber geschlechterdiskriminierenden Rollenerwartungen an Politiker/Politikerinnen	Neue Rollenbilder verständlich machen, die weiblichen Karriereverläufen entsprechen

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000

Für angehende Politikerinnen ist es zentral, frühzeitig an der eigenen Bekanntheit zu arbeiten. Bei den politischen Ämtern, die als Leistungsausweise verlangt werden und häufig das geschlechtsspezifische Nadelöhr darstellen, könnte erwogen werden, statt nur die erfolgreiche Wahl in eine Gemeinde- oder Bezirksbehörde gelten zu lassen, auch die Arbeit in Kommissionen oder aber politische Basisarbeit von Frauen vermehrt zur Geltung zu bringen.

Auf der Ebene der Wählenden schliesslich dürfte das Wichtigste sein, die gängigen Vorstellungen von Politikern und Politikerinnen zu hinterfragen. Dabei sollte den unterschiedlichen Karriereverläufen von Politikern und Politikerinnen Rechnung getragen werden. Dominant ist im Kanton Schwyz der Typ Politikerin, bei dem sich eine Frau auf einen einflussreichen Mann im Hintergrund verlassen kann, oder auch jener, bei dem eine Frau erst nach der Kindererziehung in die Politik einsteigt. Demgegenüber wünschen gerade neue PolitikerInnen-Generationen, dass sie ihr politisches Engagement frühzeitig entwickeln können, meist parallel zu einer guten beruflichen Ausbildung und ohne Zwang zu einer vorgängigen Familiengründung.

Das Auffällige an der Situation im Kanton Schwyz besteht nämlich darin, dass sich traditionelle Bilder von Politikern, die sich in der Familie und Gesellschaft bewährt haben müssen, mit neuen Vorstellungen mischen, die namentlich aus der leistungsorientierten Erwerbsgesellschaft stammen. Die gleichzeitige Kombination aller Anforderungen macht es nicht einfach, im Kanton Schwyz politisch tätig zu sein. Gefragt sind Persönlichkeiten, doch werden mit den geltenden Anforderungen momentan die Männer bevorzugt. Es mag sein, dass angesichts vorhandener Unterschiede in den Alterskategorien der Wandel der Vorstellungen über den Generationentausch stattfinden wird.

# Das Inhaltsverzeichnis

<b>DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE.....</b>	<b>1</b>
<b>DAS INHALTSVERZEICHNIS .....</b>	<b>10</b>
<b>1. EINLEITUNG.....</b>	<b>12</b>
<b>2. DIE PROBLEMSTELLUNG .....</b>	<b>14</b>
<b>2.1. DIE WAHLSTATISTIK ZU DEN KANTONSRAATSWAHLEN 2000 .....</b>	<b>14</b>
2.1.1. <i>Die Beteiligung.....</i>	14
2.1.2. <i>Die Sitzverteilung .....</i>	14
2.1.3. <i>Die Stärke der Parteien unter den Wählenden .....</i>	17
<b>2.2. DIE ANALYSE VON WAHLRESULTATEN IM LICHT DER WAHLFORSCHUNG .....</b>	<b>19</b>
2.2.1. <i>Analysen nach Parteistärken und –zusammensetzungen .....</i>	19
2.2.2. <i>Analysen der Entscheidungen der Wählenden .....</i>	24
2.2.3. <i>Eigenheiten der Situation im Kanton Schwyz.....</i>	25
<b>2.3. DAS FORSCHUNGSKONZEPT FÜR DIE NACHFOLGENDE UNTERSUCHUNG .....</b>	<b>28</b>
2.3.1. <i>Folgerungen aus dem erweiterten, sozialpsychologischen Ansatz.....</i>	28
2.3.2. <i>Arbeitshypothesen aus dem erweiterten, sozialpsychologischen Ansatz .....</i>	29
<b>3. DIE BEFUNDE.....</b>	<b>31</b>
<b>3.1. DER ÜBERBLICK.....</b>	<b>31</b>
<b>3.2. DIE PARTEIWÄHLERSCHAFTEN UNTER DER LUPE .....</b>	<b>31</b>
3.2.1. <i>Die Übersicht .....</i>	31
3.2.2. <i>Gewählte Partei gemäss Befragung der Wählenden .....</i>	31
3.2.3. <i>Der politische Standort der Parteiwählerschaften.....</i>	32
3.2.4. <i>Das soziologische Profil der Schwyzer Parteien heute .....</i>	33
3.2.5. <i>Parteinähen aufgrund des Panaschierverhaltens.....</i>	38
3.2.6. <i>Zwischenbilanz .....</i>	40
<b>3.3. DIE KRITERIEN DER PARTEIENTSCHEIDUNG .....</b>	<b>41</b>
3.3.1. <i>Die Übersicht .....</i>	41
3.3.2. <i>Die Gründe für den Parteientscheid.....</i>	41
3.3.3. <i>Antworten auf aktuelle Fragen .....</i>	43
3.3.4. <i>Kandidaturen als Garanten für die thematischen Erwartungen .....</i>	44
3.3.5. <i>Zwischenbilanz .....</i>	45
<b>3.4. DIE KRITERIEN DER PERSONENENTSCHEIDUNGEN .....</b>	<b>46</b>
3.4.1. <i>Die Übersicht .....</i>	46
3.4.2. <i>Die Auswahlgründe .....</i>	46
3.4.3. <i>Die Bedeutung des Geschlechts.....</i>	48
3.4.4. <i>Typische Eigenschaften von Politikern und Politikerinnen .....</i>	52
3.4.5. <i>Generelle Kriterien der Glaubwürdigkeit von Politiker und Politikerinnen.....</i>	54
3.4.6. <i>Haltung zur Durchsetzung der Frauenförderung.....</i>	57
3.4.7. <i>Zwischenbilanz .....</i>	59
<b>3.5. MEINUNGSBILDUNG UNTER DEM EINDRUCK DES WAHLKAMPFES.....</b>	<b>60</b>
3.5.1. <i>Die Übersicht .....</i>	60
3.5.2. <i>Der Zeitpunkt der Wahlentscheidungen .....</i>	60
3.5.3. <i>Zur Bedeutung der Werbung.....</i>	62
3.5.4. <i>Zum Diskussionsverhalten während der Kampagne.....</i>	63
3.5.5. <i>Meinungsbildung unter dem Eindruck des Wahlkampfes .....</i>	65
3.5.6. <i>Zwischenbilanz .....</i>	66

<b>4.</b>	<b>DIE SYNTHESE .....</b>	<b>68</b>
<b>4.1.</b>	<b>DIE ÜBERSICHT .....</b>	<b>68</b>
<b>4.2.</b>	<b>DER AUSGANGSPUNKT DER STUDIE .....</b>	<b>68</b>
<b>4.3.</b>	<b>DIE WÜRDIGUNG DER BEFUNDE .....</b>	<b>70</b>
<b>4.3.</b>	<b>FAKTOREN DES REPRÄSENTATIONSDEFIZITES VON FRAUEN IN DER SCHWYZER POLITIK .....</b>	<b>75</b>
<b>4.4.</b>	<b>FOLGERUNGEN FÜR DEN KANTON SCHWYZ .....</b>	<b>83</b>
	<b>ANHANG.....</b>	<b>87</b>
<b>A1.</b>	<b>DIE TECHNISCHE BERICHTERSTATTUNG.....</b>	<b>87</b>
	<i>A1.1. Der Fragebogen .....</i>	<i>87</i>
	<i>A1.2. Die Stichprobe.....</i>	<i>89</i>
	<i>A1.3. Der Ablauf der Befragung .....</i>	<i>89</i>
	<i>A1.4. Die Überprüfung der Repräsentativität .....</i>	<i>89</i>
	<i>A1.5. Grundsätze der Auswertung.....</i>	<i>90</i>
	<i>A1.6. Randverteilungen der wichtigsten analytischen Variablen .....</i>	<i>91</i>
<b>A2.</b>	<b>LITERATURLISTE.....</b>	<b>95</b>
<b>A3.</b>	<b>NÜTZLICHE WEBSITES ZUM THEMA .....</b>	<b>100</b>
<b>A4.</b>	<b>DAS GFS-FORSCHUNGSTEAM.....</b>	<b>101</b>

# 1. Einleitung

Wer wählt wen und warum? Diese Fragen stehen im Vordergrund der Forschung über individuelle Wahlentscheidungen, denen trotz aller Erkenntnisse etwas Unbekanntes anhaftet. Die genannten Fragestellungen sind denn auch erkenntnisleitend für den Bericht über die Kantonsratswahlen 2000 zuhanden der Gleichstellungskommission des Kantons Schwyz. Der Auftrag hierzu startete allerdings mit einer spezifischeren Fragestellung, nämlich: Was beeinflusst die Wahlchancen von Frauen als Kandidatinnen für politische Ämter. Beantwortet werden sollte diese Frage am Beispiel der 15 Frauen, die heute im Schwyzer Kantonsparlament als Minderheit unter 100 Personen präsent sind bzw. aufgrund der Tatsache der Nichtwahl von 51 Frauen, die sich beworben hatten.

Beide Fragestellungen lassen sich aufgrund einer Repräsentativ-Befragung bei der Wählerschaft des Kantons Schwyz untersuchen. So lautete unsere Antwort an die Gleichstellungskommission, die mit dem Wunsch, eine spezifische Untersuchung der Wahlchancen von Frauen im Parteiensystem des Kantons Schwyz zu machen, an uns gelangt war. Was engagierte Frauen im Kanton Schwyz mit ihren Hoffnungen und Enttäuschungen so auslösten, führte schliesslich zu einer umfassenden Wahlanalyse auf kantonaler Ebene, die in der Schweiz weiterhin recht selten ist. Zwei hauptsächliche Interessen leiteten die Ausarbeitung der Studie:

1. Zuerst die Frage nach den spezifischen Gründen für die geringe Frauenvertretung im Schwyzer Kantonsparlament,
2. dann aber auch, was die Schwyzer Parteilandschaft heute im Vergleich zur gesamtschweizerischen auszeichnet.

Hierzu befragten wir einen Querschnitt von Wahlberechtigten, die am 12. März 2000 gewählt hatten. Die Auswahl der befragten Personen erfolgte nach den üblichen Regeln für eine repräsentative Stichprobe. Realisiert haben wir die Interviews bei 605 Wählenden mittels computergesteuerter telefonischer Interviews. Die Interviews wurden von insgesamt 35 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des GfS-Forschungsinstituts durchgeführt. Die Beteiligung an der Befragung war freiwillig, und wir garantierten den Beteiligten, die Angaben nur auf anonymisierter Basis zu verwenden.

Entstanden ist aus der Summe der Einzelinformationen, die in den Interviews enthalten sind, der nachfolgende Bericht, der wie folgt aufgebaut ist:

- Zuerst steht ein allgemeines Kapitel, das die Problemstellung aufgrund bisheriger Erkenntnisse der Wahlforschung präzisiert;
- dann folgt die Präsentation der Befunde aus der Erhebung, die unmittelbar nach den Schwyzer Wahlen stattfand
- und schliesslich die Synthese, in der die Hauptfragen nochmals aufgeworfen und in zusammenhängender Form beantwortet werden.

Im Anhang des Berichtes findet sich zudem eine Beschreibung der Untersuchungsanlage resp. der Durchführung der Studie, die für das Verständnis der Ergebnisse nicht

unbedingt nötig ist, die aber methodisch interessierten Leserinnen und Lesern aufzeigt, wie man zu den aufgeführten Resultaten kommt.

Die Ergebnisse sind den Frauen, die bei den Wahlen 2000 kandidiert haben, ein erstes Mal vorgestellt worden. Danach haben wir sie zuhanden der Kommission in schriftlicher Form ausgearbeitet, und zwischenzeitlich liegt der Schlussbericht für die Öffentlichkeit vor. Verfasst haben den Bericht Dr. Jeannine Dumont, Psychologin und stellvertretende Leiterin „Politik und Staat“ des GfS-Forschungsinstituts, sowie der Politikwissenschaftler Claude Longchamp, Co-Leiter des GfS-Forschungsinstituts. Zum Forschungsteam des GfS-Forschungsinstituts zählten auch Urs Bieri, Projektleiter, Lukas Golder, Projektassistent, und Silvia Ratelband-Pally, Administratorin.

Wie solche Ergebnisse von der Öffentlichkeit aufgenommen werden, ist immer offen. Gemeinsam mit der Auftraggeberin hofft das Autorenteam, der Bericht löse zumindest im Kanton Schwyz eine Diskussion über die Ursachen der Untervertretung von Frauen in politischen Ämtern aus. Diese Diskussion soll auf der Basis gesicherter Fakten geschehen, damit Massnahmen beurteilt werden können, die sinnvollerweise zur Veränderung der aktuellen Situation führen könnten.

Jeannine Dumont

Claude Longchamp

## **2. Die Problemstellung**

### **2.1. Die Wahlstatistik zu den Kantonsratswahlen 2000**

#### **2.1.1. Die Beteiligung**

Insgesamt haben 44'486 Personen oder 52.5% der Wahlberechtigten an den Entscheidungen des Abstimmungs- und Wahlwochenendes vom 12. März 2000 teilgenommen. Die Beteiligungen bei den Kantonsratswahlen und den Regierungsratswahlen sowie bei der eidgenössischen Volksabstimmung liegen allerdings alle unter diesem Wert, weil sich eine Anzahl Wahlberechtigter nur an einer dieser Entscheidungen beteiligt hat. Am höchsten war die Stimmbeteiligung mit 50.6% bei der Verkehrshalbierungs-Initiative auf eidg. Ebene, am niedrigsten mit 47.3% bei den Kantonsratswahlen, die hier untersucht werden.

Stark genutzt haben die Schwyzer und Schwyzerinnen die Möglichkeit der brieflichen Stimmabgabe, nämlich von 64.6% aller an den Entscheidungen vom 12. März 2000 Teilnehmenden. Den Spitzenwert mit 85.9% „Postgängern“ resp. „Postgängerinnen“ erreichte der Kantonshauptort Schwyz. Am meisten „Urnengänger“ oder „Urnengängerinnen“ hatte die Gemeinde Innerthal, wo 56.4% der Teilnehmenden ihre Stimme auf die traditionelle Art abgaben.

Der Anteil der ungültigen Stimmen war generell höher als bei früheren Urnengängen. Bei den Vorlagen der eidgenössischen Volksabstimmung lag die Quote der ungültigen Stimmen bei rund 1.2%. Deutlich höher fiel sie bei den Regierungsratswahlen (3.4%) und bei den Kantonsratswahlen (3.3%) aus. Die häufigsten Gründe für die Ungültigkeit waren nach Angaben der Behörden: Abgabe mehrerer Wahlzettel für dieselbe Wahl in einem Stimmkuvert; Wahl- und Stimmzettel in offenen Rücksendekuverts oder nicht unterschriebene Stimmrechtsausweise.

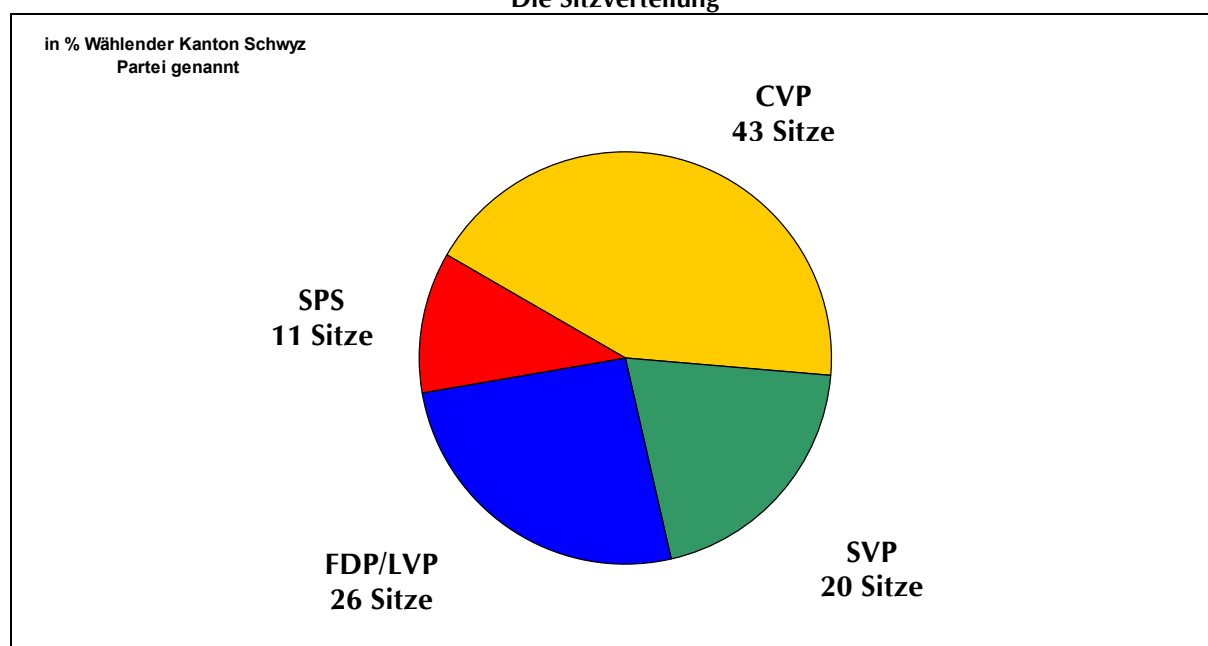
#### **2.1.2. Die Sitzverteilung**

Im neu bestellten Parlament verfügt die Christlich-demokratische Volkspartei (CVP) mit 43 von 100 Sitzen über die grösste Vertretung, gefolgt von der Liberalen Volkspartei (LVP)<sup>1</sup> mit 26 Mandaten und der Schweizerischen Volkspartei (SVP) mit 20 Sitzen. Die übrigen 11 Abgeordneten stellen die SozialdemokratInnen (SP). Andere Parteien sind im neuen Parlament nicht (mehr) vertreten.

---

<sup>1</sup> Wir verwenden in diesem Bericht konsequent die Schwyzer Abkürzung LVP (Liberale Volkspartei), die für gesamtschweizerisch FDP (Freisinnig-demokratische Partei) steht.

**Grafik 1:  
Die Sitzverteilung**



**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

86 der gewählten Mitglieder des Schwyzer Kantonsrates sind Männer, 14 Frauen. Durch die Wahl eines Kantonsrates der CVP in den Regierungsrat veränderte sich nachträglich die Zahl der gewählten Frauen auf 15.<sup>2</sup> Sie verteilen sich wie folgt auf die Parteien: 7 weibliche Abgeordnete stellt die CVP, 4 die LVP und 3 die SP, während die SVP nur durch eine Frau im Kantonsrat präsent ist. Die SP bringt es damit auf 27 Prozent Frauen in ihrer Vertretung im Kantonsrat, die LVP auf 15 Prozent, die CVP auf ursprünglich 14 Prozent, durch die Nachwahl auf 16 Prozent und die SVP auf 5 Prozent.

**Tabelle 1:  
Frauen im Schwyzer Kantonsparlament 2000-2004**

Wahlkreis	Name	Partei
Schwyz	M. Betschart-Kaelin	LVP
	A. Riedweg-Betschart	CVP
	V. Stöckli	SVP
Küssnacht	S. Bähler-Eggerschwiler	LVP
	R. Fuchs-Weber	CVP
Einsiedeln	M. Pfister-Kälin	SP
Feusisberg	L. Bürgi Dürst	CVP
Freienbach	S. Nötzli-Fehlmann	CVP
Galgenen	C. Blattmann-Huber	LVP
Ingenbohl	M. Simmen	SP
Innerthal	A. Diethelm-Ebnöter	CVP
Lachen	E. Jäger	SP
Schübelbach	M. Kessler-Schuler	CVP
Wangen	A. Hüppin-Knobel	LVP
Wollerau	E. Meyerhans	CVP

**Quelle:** Staatskanzlei Schwyz, Wahlergebnisse vom 12. März 2000

<sup>2</sup> Vgl. Bote der Urschweiz, 18.4.2000



Das Ergebnis der jüngsten Kantonsratswahlen brachte verschiedene Veränderungen, welche die Trends im Parteiensystem des Kantons bestätigten oder akzentuierten:

- Seit 1984 geht die Sitzzahl der CVP im Kantonsrat zurück. 1988 stellte sie erstmals keine absolute Mehrheit mehr, im Jahr 2000 verringerte sich die Stärke ihrer Abgeordneten nochmals um 3 Personen. Sie bewahrte dennoch ihre Position als stärkste Partei.
- Auch die Deputation der LVP verringert sich seit 1992 von rund einem Drittel auf heute ein Viertel der Parlamentsabgeordneten. Aktuell reduzierte sich die LVP-Vertretung ebenfalls um 3 Mandate. Die LVP konnte aber ihre zweite Stelle im Schwyzer Kantonsparlament aufgrund der Sitzzahlen halten.
- Seit den 90er Jahren rasch ansteigend ist die Grösse der SVP-Vertretung. 1992 stellte diese Partei erst 5 Abgeordnete, 1996 schon 12 und jetzt 20. Sie hat die dritte Position jetzt eindeutig inne.
- Seit den 90er Jahren recht stabil hält sich die SP, die auch diesmal ihre 11 Sitze halten konnte. Damit bleibt die SP aber die kleinste im Parlament vertretene Partei.

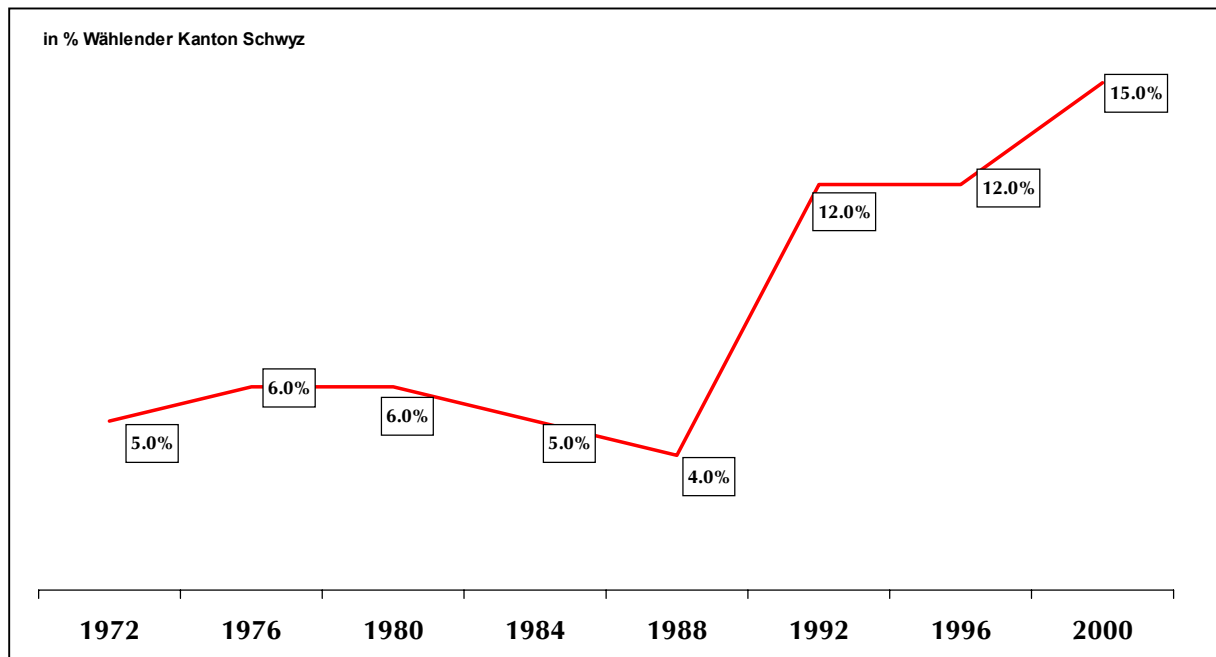
**Tabelle 2:**  
**Entwicklung der Sitzverteilungen im Schwyzer Kantonsparlament nach Parteien (1980-2000)**

Partei	1980	1984	1988	1992	1996	2000
CVP	53	55	49	48	46	43
LVP	23	25	30	34	29	26
SVP	9	4	4	5	12	20
SP	14	14	13	10	11	11
Diverse	1	2	4	3	2	-
Total	100	100	100	100	100	100

**Quelle:** Staatskanzlei Schwyz, Wahlergebnisse vom 12. März 2000

Die Frauenvertretung änderte sich weniger deutlich. Gegenüber 1996 sind drei Frauen im Kantonsparlament. Damit beträgt der Frauenanteil 15 Prozent. Zudem wurde keine der wiederkehrenden Frauen abgewählt, während 5 der 66 Kantonsräte, die sich der Wiederwahl stellten, es nicht schafften. Der befürchtete „back-lash“ in der Frauenvertretung fand nicht statt.

**Grafik 2:**  
**Entwicklung des Frauenanteils im Schwyzer Kantonsparlament**



*Quelle:* Amtliches Bulletin des Kantons Schwyz, Zusammenstellung durch B. Michel Thenen

### 2.1.3. Die Stärke der Parteien unter den Wählenden

Die Verteilung der Sitze ist allerdings nur bedingt ein Hinweis auf Veränderungen in der Wählerschaft. So hat diese nicht nur eine Stimme, sondern kann mit dem Panaschieren ihre Stimmkraft auf die konkurrierenden Gruppierungen verteilen. Auch ist die Wahrscheinlichkeit, mit der abgegebenen Stimme zu einem Sitz beizutragen, nicht überall gleich gross. Sie variiert vielmehr mit der Grösse des Wahlkreises. Kleine Parteien haben bessere Chancen, wenn sie sich dort stellen, wo mehr Sitze zu verteilen sind.

Aufgrund der effektiven Stärken der Parteien im Kanton Schwyz unter den Wählenden kann man von Vorteilen insbesondere für die CVP ausgehen, während die SVP eindeutig benachteiligt wurde. Die CVP profitierte davon, dass sie in den Einer-Wahlkreisen als stärkste Partei „alle“ Mandate stellen konnte.

**Tabelle 3:**  
**Stärken der Parteien unter den Wählenden 2000 und Veränderungen seit 1996**  
**(Angaben in %)**

Partei	Stärke 2000 unter den Wählenden	Veränderung seit 1996
CVP	33,8	- 3,2
SVP	25,3	+ 8,4
LVP	24,5	- 1,0
SP	14,4	- 2,9
Diverse	2,0	- 1,3

*Quelle:* Staatskanzlei Schwyz, Wahlergebnisse vom 12. März 2000

Die Übersicht bestätigt den Sieg der SVP bei den Parlamentswahlen. Sie verstärkte sich auf der Ebene von Stimmen um rund 50 Prozent und überflügelte damit erstmals die LVP in der Stärke unter den Wählenden. Gezeigt wird mit der obenstehenden Tabelle auch, dass ausser der SVP keine andere Partei Stimmen zulegen oder halten konnte. Der wichtigste Trend unter den Wählenden im Kanton Schwyz geht damit eindeutig zugunsten der SVP.

Die Schwyzer Kantonsratswahlen bestätigen zuerst einige Trends, wie wir sie auch für die jüngsten eidgenössischen Wahlen nachweisen konnten (Longchamp 1999; Müller 2000):

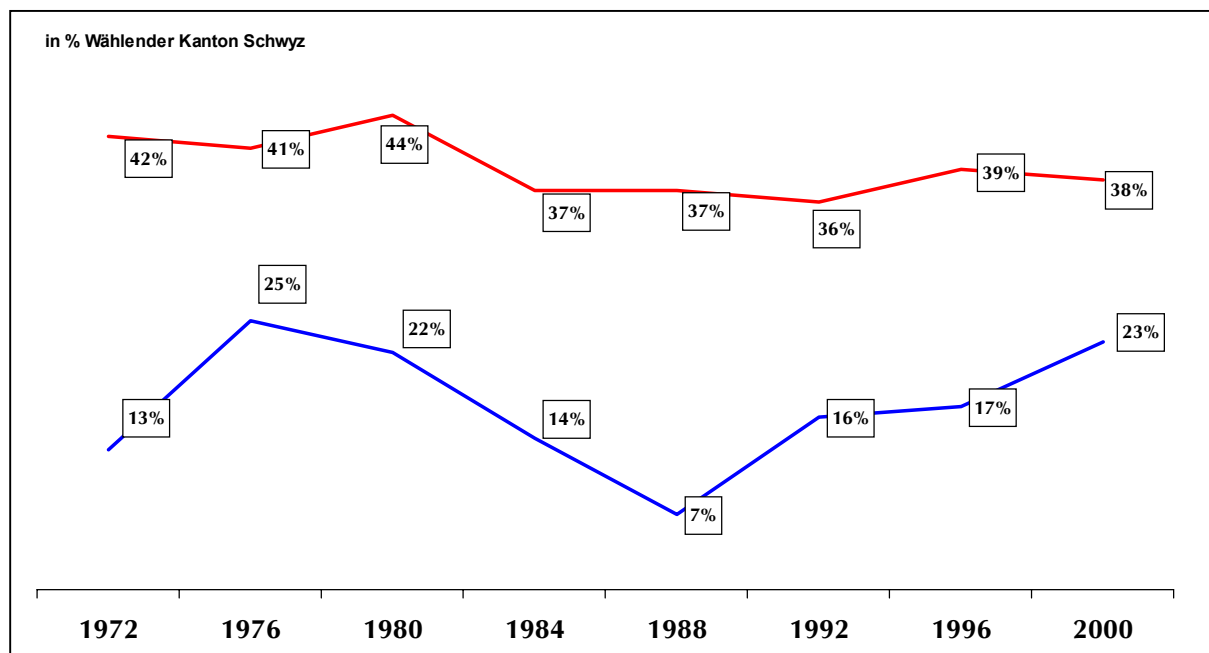
- Klare Siegerin der Parlamentswahlen, die nach dem Proporzwahlrecht stattfanden, ist die SVP. Sie steigerte sich 1999 gesamtschweizerisch von 14,9 Prozent auf 22,6 Prozent.
- Ähnliche Verhältnisse ergeben sich bei der LVP resp. FDP, die sich national knapp halten konnte und jetzt 19,9 Prozent der Stimmen auf sich vereinigt.
- Stärker als gesamtschweizerisch ist die CVP im Kanton Schwyz. Dafür fielen bei den jüngsten Kantonsratswahlen auch die Verluste etwas grösser aus als bei den letztjährigen Nationalratswahlen.
- Gegenläufig sind die Entwicklungen bei der SP. Gesamtschweizerisch legte sie 1999 leicht an Stimmen zu und bleibt die zweitstärkste Partei unter den Wählenden, während sie im Kanton Schwyz an vierter Stelle liegt.
- Keine Rolle spielen im Kanton Schwyz andere, als die bisher genannten Parteien.

Zusammengefasst lässt sich festhalten, dass die bürgerlichen Parteien im Kanton Schwyz deutlich stärker sind als gesamtschweizerisch. Zudem ist bei den Wahlen 2000 ein parteimässig leichter Rechtstrend feststellbar, während auf eidgenössischer Ebene eher eine Polarisierung mit Stärkungen der Anteile unter den Wählenden bei beiden Flügeln typisch ist. Vergleichbar ist die Neuordnung des Rechtslagers, von der die SVP profitierte. Im Kanton Schwyz etabliert sich damit aber eine politische Kraft, die nicht in die Schwyzer Regierung eingebunden ist.

Bei der Frauenvertretung bleibt der Kanton Schwyz weiterhin deutlich unter dem eidgenössischen Mittel. Im neuen Nationalrat machen die Frauen 24 Prozent der Gewählten aus, und auch der Schnitt der Frauenvertretungen in den Kantonsparlamenten liegt aktuell bei diesem Wert.

Die verschieden begründbaren ungleichen Wahlchancen von Frauen und Männern sind den politisch Aktiven nicht entgangen. Nach einem recht guten Start für die kandidierenden Frauen in den 70er Jahren, wo beispielsweise 1976 jede vierte Frau, die sich für ein Kantonsratsmandat bewarb, auch gewählt wurde, sanken die Wahlchancen der Frauen drastisch ab. 1988 erreichte sie mit nur 7 Prozent Gewählten unter den Kandidatinnen den Tiefststand. Zwischenzeitlich haben sich die Verhältnisse wieder etwas ausgeglichen, sodass 2000 23 Prozent der Bewerberinnen Einzug ins Parlament erhielten.

**Grafik 3:**  
**Wahlchancen von Männern und Frauen unter den Kandidierenden für den Schwyzer Kantonsrat nach Geschlecht 1972 - 2000**



**Quelle:** Amtliches Bulletin des Kantons Schwyz, Zusammenstellung durch B. Michel Thenen

Ein Teil der verbesserten Wahlchancen ist aber auf die rückläufige Zahl der Kandidaturen zurückzuführen, die 1992 mit 77 am grössten war und in diesem Jahr 66 betrug. Der beschränkte Anstieg von Wahlchancen der Frauen insgesamt und unter dem Kandidaturen hat die Chancen der Männer nur bedingt beeinflusst. Vergleicht man auch hier das Verhältnis von Bewerbern und Gewählten, hat es ein Mann, der sich der Wahl stellt, nach wie vor deutlich leichter, ins Kantonsparlament delegiert zu werden. 38 Prozent der Kandidaten im Jahr 2000 schafften den Sprung. Der Wert hat sich übrigens seit Einführung des Frauenstimmrechts nur unwesentlich geändert. 1972 wurde 42 Prozent der Kandidaten gewählt, und nie lag der Anteil unter 36 Prozent.

## 2.2. Die Analyse von Wahlresultaten im Lichte der Wahlforschung

### 2.2.1. Analysen nach Parteistärken und -zusammensetzungen

Die SVP profitiert von der gegenwärtigen Umgruppierung der politischen Rechten am stärksten resp. treibt diese selber auch am meisten voran. Ausgehend von aktuell bedeutsamen Sorgen der Bevölkerung, artikuliert die SVP die Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik resp. des Konkordanzsystems mit der Beteiligung rechter wie linker Parteien an der Regierungsarbeit. Sie sammelt diese weniger als Ausdruck eines spezifischen wirtschaftlichen Interesses, sondern quer zu Bevölkerungsschichten und Altersgruppen und vor allem im männlichen Teil der Wählerschaft. Ihr gelingt es, die ver-

schiedenen Gruppen zu einer neuen politischen Gruppierung im nationalkonservativen Spektrum der politischen Landkarte zu sammeln (Hartmann/Gross 1995).

Kennzeichen des Nationalkonservatismus (Longchamp 2000b) sind auf der einen Seite die Fundierung der Politik in der Tradition, dem Heimatgefühl und dem Sonderfall-Denken. Auf der anderen Seite zeichnet er sich durch eine deutliche Abgrenzung gegenüber „dem Fremden“ aus, am deutlichsten sichtbar durch die Forderungen nach einer harten Ausländer- und Asylpolitik, aber auch anhand des Appells an den antieuropäischen Isolationismus. Insofern beinhaltet der Nationalkonservatismus eine Sichtweise der Politik, die verstärkt aufgrund der eigenen Abstammung definiert ist und die sich gegen Mischungen von Nationen, Ethnien oder Rassen wendet. Er kann sich aber auch in der Abwehr städtischer Lebensstile und hier insbesondere in der Ablehnung der Frauenemanzipation äussern. In dieser Form ist der Nationalkonservatismus nicht zwingend einer Erscheinung einer bestimmten politischen Partei, vielmehr ist er für das ganze rechtskonservative Lager typisch.

Dort, wo sich der Nationalkonservatismus verstärkt als Sammelbewegung von Unzufriedenheit versteht, findet er auch Anlehnungen an den Rechtspopulismus der 90er Jahre (Betz 1994, Plasser/Ulram 1994), ohne dass er mit diesem gleichgesetzt werden kann. Namentlich ist dem Nationalkonservatismus mehr als dem Rechtspopulismus die Ablehnung neoliberaler Tendenzen und drastischer Forderungen nach weniger Staat eigen. Vielmehr vertritt der Nationalkonservatismus eine protektionistische Wirtschaftspolitik, vor allem zugunsten der Binnenwirtschaft. Die bringt ihn auch in Widerspruch mit der vorherrschenden bürgerlichen Politik, die sich durch einen bewussten Ausgleich zwischen aussen- und binnenwirtschaftlichen Interessen auszeichnet oder Akzente in umgekehrter Richtung setzt.

Der Nationalkonservatismus der 90er Jahre definiert auch die Spaltung der schweizerischen politischen Landschaft auf der Links/Rechts-Achse neu. Nicht mehr die klassischen sozio-ökonomischen Themen, wie die Gleichheit und die Differenz beim Eigentum oder beim Einkommen oder das Mass der Einflussnahme des Staates auf die Wirtschaft, definieren heute was links oder rechts ist, sondern zunehmend Fragen des Verhältnisses zur Öffnung, zu Ausländerinnen und Ausländern resp. zum Schweizer-Sein und zur Tradition (Longchamp 2000a).

Wandlungen der politischen Werthaltungen, wie wir sie beschrieben haben, finden sich auch in anderen Ländern. Sie werden als Ursache angesehen, dass neue Wettbewerbsräume für Parteien jenseits der klassischen Konfliktlinien entstehen. Sie bieten vor allem jenen Parteien neue Chancen, die sich am besten einer der wertmässigen Hauptströmungen annehmen: Für die SVP ist es der Nationalkonservatismus, für die SP der linke Modernismus, während sich die FDP und die CVP nur schwer eindeutig einer der Wertströmungen, etwa dem bürgerlicher Modernismus oder dem Sozialkonservatismus, zuordnen lassen (Longchamp 2000b). Die neuen Wettbewerbsräume beginnen auch die herkömmlichen Konfliktlinien zu überlagern, die aus der historischen Auseinandersetzung um ausgewählte wirtschaftliche, religiöse und regionale Konflikte entstanden sind (Fagagnini 1988). Genannt seien hierzu der Kulturkampf zwischen den katholisch Konservativen und den protestantischen Liberalen, aber auch die sozialen Auseinandersetzungen zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit der Formierung eines bürgerlichen und eines sozialdemokratischen Lagers. Hinzu kamen schon früh unterschiedliche Interessen des städtischen Bürgertums auf der einen und der Bauernschaft auf der anderen Seite. Entstanden ist so nach 1919 in der Schweiz ein Vier-Parteiensystem, das trotz

gelegentlicher Gegenbewegungen mit seiner Konstanz die Eigenheiten der gesamtschweizerischen Parteienlandschaft resp. der Kernwählerschaften kennzeichnet (Ladner 1999).

Eine weitere Relativierung der hier skizzierten Entstehung des Parteiensystems ergab sich schon deutlich vor dem Aufkommen des Nationalkonservatismus. Ausgangspunkt des zweiten Einflussfaktors ist die Erweiterung des bis 1971 geltenden Männerwahlrechtes zum Erwachsenenwahlrecht, das die grösste Veränderung in der Definition der Stimm- und Wahlberechtigten in der Schweiz brachte. Die anfänglich nachweisbaren Auswirkungen auf Wahlen oder Volksabstimmungen waren allerdings bescheiden. Festgehalten wurde im Wesentlichen die eher geringere Beteiligung der Frauen an Urnengängen und der tendenzielle Konservatismus der ersten aktiven Frauengeneration (Ballmer-Cao 1998). Immerhin relativierte sich dieser erste Eindruck in den 80er Jahren, nicht zuletzt durch den postmateriellen Wertewandel (Inglehart 1989), der sich in der Schweiz im Gefolge der „Waldsterbe“-Debatte resp. der „Tschernobyl“-Katastrophe bemerkbar machte. Frauen zeigen seither in Umwelt-, Verkehrs- und Energiefragen ein eigenständiges Verhalten und votieren stets vermehrt im Sinne der Ökologie oder des Schutzes von Menschen (Longchamp 1990). Seit den 90er Jahren besteht ein Trend, auch andere Themen – vor allem bei Gegensätzen zwischen wirtschaftlichen Interessen und ethischen Grundsätzen – eigenständiger zu beurteilen. Frauen beteiligen sich gelegentlich gleich häufig wie Männer und haben verschiedentlich eidgenössischen Vorlagen zum Durchbruch verholfen. Ohne ihre dezidierte Stellungnahme wären Vorlagen wie das Neue Ehe- und Erbrecht, der „Alpenschutz“-Artikel in der Bundesverfassung oder das Antirassismus-Gesetz nicht angenommen worden. Allerdings blieben die Auswirkungen auf Wahlergebnisse resp. Parteistärken oder die Frauenförderung beschränkt (Longchamp/Huth 1998).

Zu den wichtigsten Ursachen für die Veränderungen zählen auf der einen Seite die Bemühungen, den Rückstand rasch aufzuholen, den die Schweizer Frauen im Vergleich zu den meisten andern in Europa seit den 20er Jahren haben (Stämpfli 1994). Wichtiger noch als dies werden strukturelle Veränderungen angesehen, etwa der wachsende Anteil von erwerbstätigen Frauen, der eine wichtige Komponente des Bewusstseinswandels darstellt. Pioniergruppen in Sachen vermehrter politischer Aktivität sind dabei meist ledige und Teilzeit arbeitende Frauen mit einem guten Bildungsstand und/oder einem höheren Haushaltseinkommen, die in städtischen Verhältnissen leben (Höcker 1995). Es bleibt bis heute unklar, ob Faktoren, die Männern politisch engagierend wirken, bei Frauen die gleichen Wirkungen zeigen. Insbesondere lässt sich festhalten, dass geschiedene oder verwitwete Frauen im Schnitt politisch zurückhaltender sind, während dies bei Männern eher ein Grund für ein verstärktes Engagement ist. So wird denn auch gefolgert, dass die Aufgabe der politischen Beteiligung von Frauen eine langfristig angelegte Aufgabe ist. Zu schaffen ist erst noch eine Beteiligungskultur, welche Männern und Frauen ein Gefühl der Nähe und eine staatsbürgerlicher Gesinnung, aber auch geschlechtsspezifische Dimensionen der Mobilisierung und des Engagements miteinbezieht (Ballmer-Cao/Sgier 1998).

Die konkreten Wahlchancen von Frauen werden durch drei Hindernisse beeinträchtigt (Stämpfli/Longchamp 1990): die genannte, geringere oder selektivere Beteiligung von Frauen am politischen Leben, dann die geringe Integration von Frauen in Parteien, die nach wie vor für die Bestellung von Ämtern eine wichtige Filterfunktion wahrnehmen, und schliesslich die kleineren Chancen einer nominierten Frau, effektiv auch in ein Amt gewählt zu werden (Norris 1997). Letzteres hängt mit dem Phänomen zusammen, dass

namentlich bürgerlich-konservative Frauen in der Unterstützung von Frauen in der Politik keine Dringlichkeit sehen. Letzteres kann als Ursache angesehen werden, weshalb dieses Thema gerade unter Frauen eine Konfliktlinie zwischen traditionellen und feministisch ausgerichteten Frauen produziert. Für diese ist unverständlich, dass Frauen nicht Frauen wählen, während für jene unverständlich bleibt, weshalb es einen entscheidenden Unterschied macht, ob Frauen und Männer von Männern und Frauen vertreten werden.

Hinter dem skizzierten Unterschied stehen zwei unterschiedliche Vorstellungen politischer Kultur (Almond 1971; Kaase 1983). Bei der einen, ergebnisorientiert genannt, ist wichtig, was via staatliche Entscheidung den Bürgern und Bürgerinnen für Leistungen geboten werden. Fallen diese zufriedenstellend aus, ist es von untergeordneter Bedeutung, wie die Entscheidungen zustande kommen. Vor allem die Veränderung der politischen Kultur aufgrund der Bildungsexpansion führt in der Regel zu neuen Anforderungen an den Staat, diese Kultur wird als "entscheidungsorientiert" bezeichnet. Sie ist partizipativer Natur und stellt nicht nur auf die „Outputs“ staatlicher Regelung ab, sondern auch auf den „Input“. Von Belang sind, wo und wann Stimmberechtigte bei staatlichen Entscheidungen intervenieren können, und wer das macht. Die Frage nach der Frauenvertretung in politischen Ämtern kann denn auch als typischer Ausdruck dieser politischen Kultur verstanden werden (Linder/Longchamp /Stämpfli 1991; Seitz 1997).

Interessanterweise haben sich einige religiöse Einflussfaktoren erhalten. In protestantischen Ländern ist die Frauenrepräsentation in politischen Gremien deutlich höher, wie namentlich die Beispiele Norwegens, Finnlands, Schwedens und Dänemarks zeigen (Haavio-Mannila 1985). Demgegenüber bleibt die Vertretung von Frauen in Ländern wie Griechenland, Portugal, Frankreich, Spanien, Belgien, Irland, Italien oder Österreich, die alle die katholische Kultur stärker bewahrt haben, deutlich zurück. Der Frauenanteil in den Parlamenten hängt dabei nicht von der Dauer ab, seit der die Frauen das Wahlrecht haben. Vielmehr wird von einem allgemeinen Zusammenhang zwischen Protestantismus einerseits, Einbezug der Frauen in den Arbeitsprozess und schulische Qualifizierung andererseits ausgegangen, der als Bestandteil der Modernisierung historisch gesehen früher und stärker erfolgt ist (Inglehart 1989). Empirische Analysen weisen allerdings mit schöner Regelmässigkeit auch darauf, dass der Frauenanteil in politischen Ämtern auch in entscheidungsorientierten politischen Kulturen unter dem Prozentsatz bleibt, den die Frauen in der Gesellschaft ausmachen. Allgemein geht man davon aus, dass Frauenanteile in Parlamenten bis zu einem Viertel möglich sind, dauerhaft höhere Anteile aber gezielter Massnahmen im Wahlrecht bedürfen (Danis 1989). Dabei erweisen sich das Mehrheitswahlrecht oder kleine Wahlkreise als hinderlich für die Frauenvertretung, während das Verhältniswahlrecht, kombiniert mit unveränderbaren Listen, den Frauen bessere Chancen einräumen kann (Eidg. Kommission 1990).

Der Abbau von Repräsentationsdefiziten kann auch aus der Perspektive der Parteien analysiert werden. Nicht die Einstellungen der Wählenden sind dabei von Belang, sondern die Karriereverläufe von Männern und Frauen in Parteien, soweit sie Wahlchancen determinieren. Dabei sind verschiedene Erklärungsansätze entwickelt worden (Hoecker 1987), die im Einzelfall geprüft werden können (Ballmer-Cao/Wenger 1989; Liebig 1997). Hier genannt seien die Isolationshypothese, wonach die Ursachen der geringeren Wahlchancen im Minderheitenstatus der Frauen und der daraus abgeleiteten fehlenden Hausmacht liegt. Gemäss der Diskriminierungshypothese sind unhinterfragte, innerparteilich Rollenzuweisungen entscheidend, dass Frauen dort, wo es um die politi-

sche Macht geht, weiterhin benachteiligt sind. Die Sozialisationshypothese nimmt die Aufstiegs- und Karriereplanung der Interessierten in den Blick, wobei die fehlende Integration der Politik in die weibliche Sozialisation als entscheidend angesehen wird. Ergänzend genannt seien schliesslich die Bildungshypothese resp. die Abkömmlichkeitshypothese. Erstere besagt, dass es den Frauen vor allem an spezifischer Bildung mangelt, während letztere auf die Probleme mit der zur Verfügung stehenden Zeit angesichts familiäre und/oder beruflicher Verpflichtung verweist. Wenn dennoch eine steigende Zahl von Frauen in der Politik aktiv ist, bietet der Vergleich von männlichen und weiblichen Karriereverläufen eine Möglichkeit, Eigenheiten von Chancen zu studieren, die Frauen in der Politik haben. Dabei ergeben sich drei typische Muster: Frauen haben ihre Position oder ihr Amt erstens aufgrund spezieller Beziehungen zu prominenten oder einflussreichen Männern inne. Sie neigen dabei zu eher traditionellen Vorstellungen der Politik und zu Positionen, die männerbestimmt sind. Zweitens gibt es Frauen, die als Späteinsteigerinnen in die Politik kommen, vor allem wenn die Kindererziehung abgeschlossen ist. Ihr Problem ist in dieser Situation häufig, dass ihnen aktuelle berufliche Erfahrungen fehlen, was sie nicht selten benachteiligt. Schliesslich existiert ein drittes Muster, wobei die politische Aktivität von Frauen relativ jung beginnt und parallel zu einer beruflichen Karriere erfolgt. Bei diesen Frauen steht der Wunsch nach der politischen Betätigung klar vor dem Kinderwunsch, was sie nicht zuletzt in traditionellen Verhältnissen diskriminiert (Randall 1987; Hardmeier et al. 2000).

Die wesentlichen, hier beschriebenen Ansätze zur generellen Erklärung für Veränderungen im Parteiensystem der letzten 30 Jahre müssen der Vollständigkeit halber wenigstens durch eine Perspektive ergänzt werden. Namentlich die Medialisierung der Politik durch die (elektronischen) Massenmedien unter Konkurrenzbedingungen haben das Umfeld der Politik nachhaltig verändert (Jarren 1994). Diese Entwicklung ist zunächst eine Folge des allgemeinen Wandels der heutigen Gesellschaft. Vorteile ergeben sich namentlich für die Kommunikation von Parteien zu Wahlberechtigten, die ausserhalb der Parteien stehen. Die Massenkommunikation verändert dabei aber das Bild der Politik, der Probleme und damit auch der politischen Herausforderungen (Jarren/Sarcinelli/Saxer 1998). So wird die strikte Trennung von kommunaler, kantonaler, nationaler oder internationaler Politik relativiert. Vielmehr kennt die Öffentlichkeit Stimmungsräume, die manchmal national definiert sind und ins Lokale wirken, manchmal aber auch deshalb entstehen, weil lokale Begebenheiten zu nationalen Themen werden. Eine der entscheidenden Folgerungen besteht darin, dass Parteien oder politische Komitees, die erfolgreich sein wollen, sowohl gegenüber ihren Anhängerschaften kommunizieren müssen, dass sie aber auch gegenüber den Massenmedien mit den Mitteln der professionellen politischen Kommunikation (Rickenbacher 1995) Kampagnen entwickeln müssen. Über diese setzen sie die Themen in der öffentlichen Debatte, reagieren auf Themen, die andere setzen, geben ihnen ihre Leseweise und entwickeln so Images der eigenen Organisationen, die dem politischen Handeln förderlich erscheinen (Longchamp 2000c).

Fasst man die so entstandenen Veränderungen theoretisch zusammen, können die Beziehungen zwischen Parteien und Wählerschaft unter den Stichworten „Konstanz“ resp. „Wandel“ umschrieben werden. Die offensichtlichen Veränderungen, die sich im Wahlgesehen der letzten 30 Jahre ergeben haben (Longchamp 1987 resp. 1998), werden denn auch unter zwei Optiken analysiert: der Erosion von Parteibindungen und dem Neuaufbau ebensolcher (Dalton/Flanagan/Beck 1984; Plasser 1987). Beides verändert die Stärke von Parteien und die Stabilität von Parteibindungen. So oder so sind die Wählenden in Übergangsphasen beweglicher, das heisst, das bisherige Wahlverhalten



kann immer weniger angewendet werden, um Kommendes vorwegzunehmen. Auf den Punkt gebracht, sind die Wählenden von heute wählerischer, wenn sie wählen.

### **2.2.2. *Analysen der Entscheidungen der Wählenden***

Die Untersuchung individueller Entscheidungen bei Wahlen geschieht aufgrund dreier Ansätze (Bürklin/Klein 1998, Roth 1998). Die führende Vorgehensweise orientiert sich am sozialpsychologischen Verständnis von Entscheidungen. Vereinfacht ausgedrückt, wird der Wahlakt in Form eines Trichters gesehen. An der Spitze steht die eigentliche Entscheidung. Ihr vorgelagert ist die generelle Identifikation mit einer Partei, die Beurteilung der Kandidierenden der Parteien und deren Lösungskompetenz in den wichtigen Sachfragen. Diese Elemente der Vorentscheidung sind nicht einfach und ohne Grund vorhanden, sondern eine Folge von Faktoren: z.B. Zugehörigkeit zu bestimmten Organisationen, Nutzung ausgewählter Medien, politisches Klima in der Familie, Schichtzugehörigkeit, aber auch konfessionelle Bindungen, Geschlecht, Alter oder Sprache. Letzere sind der eigentliche Ansatzpunkt des zweiten, mehr sozialstrukturell ausgerichteten Ansatzes, der davon ausgeht, dass sich soziologische Merkmale von Individuen direkt und stabilisierend auf das Wahlverhalten auswirken. Diese Ansatz gilt heute insofern als vereinfachend, als Umgebungsmerkmale alleine nicht hinreichend sind, um Wahlentscheidungen zu verstehen, sondern auch Faktoren wie die Kampagnen der Parteien und der Medien momentan wirksame Einflüsse hinterlassen. Kritisch gegenüber dieser Position steht der dritte Ansatz, der sich aus der ökonomischen Verhaltenslehre ableitet. Demnach fällen Individuen ihre Entscheidungen so, dass sie ihren persönlichen Nutzen maximieren können. Sie entscheiden sich dabei für jene Parteien, die ihnen kurzfristig die grössten Vorteile versprechen. Dabei orientieren sie sich einmal an den Erwartungen an die Politik, die sie von den verschiedenen Parteien unterschiedlich stark abgedeckt sehen, aber auch an der Zufriedenheit mit der bisherigen Politik. Ist das Urteil für die Regierungsparteien positiv, wird ein konstantes Verhalten angenommen, während der Ansatz einen Wechsel prognostiziert, wenn die individuelle Politikbeurteilung nachteilig ausfällt.

Das beweglicher gewordene Elektorat hat es notwendig gemacht, schweizerische Wahlen aufgrund individueller Entscheidungen zu analysieren (Wernli 1998). Vorläufer solcher Untersuchungen finden sich schon in den 60er Jahren und werden seit den 70er Jahren auf nationaler Ebene als Nachbefragungen von Wahlen regelmässig durchgeführt (Sidjanski et al 1995; Hertig 1980, Longchamp 1984, Longchamp 1988, Longchamp/Hardmeier 1992; Longchamp et al. 1995; Kriesi et al. 1998). Auf kantonaler Ebene sind entsprechende Untersuchungen selten geblieben, obwohl zu Beginn der 70er Jahre die Musterstudie über die Genfer Wählerschaft erschienen ist (Girod 1971) und in der Folge verschiedene Spezialuntersuchungen auf kantonaler Ebene angestellt wurden (Kurmann 1993; Stämpfli 1993, Fuchs 1994; Hardmeier et al. 2000).

Analysen der Wahlentscheidungen, welche die Wählenden treffen, kennen drei Betrachtungsebenen: den Parteientscheid, den Personenentscheid und den Beteiligungsentscheid. Dabei folgen alle Analysen der generellen Frage der Wahlforschung: Wer wählt wen, warum? Bei den Antworten können zunächst wiederkehrende Gründe für die Wahl einer Partei genannt werden: Unter stabilen Bedingungen ist die oben genannte, generelle Parteibindung von höchster Bedeutung. Vor allem für die Analyse beweglicher Tendenzen im Elektorat erweist sich dieser Ansatz indessen als zu wenig

differenziert, weshalb in der Regel unterschieden wird zwischen weltanschaulichen Gründen, eine Partei zu unterstützen, den Antworten, welche die Partei auf aktuelle Herausforderungen gibt, den Images von Personen, welche die Partei repräsentieren, dem Stil, mit dem die Partei generell oder während des Wahlkampfes politisiert und den gesellschaftlichen Gruppen, die sie dabei vertritt (Longchamp et al. 1999)

Für die Personenentscheidungen ist zunächst massgeblich, ob die Wählenden Personen direkt resp. medial vermittelt kennen. Beides formt Images von Parteien und Personen, welche die Auswahl steuern. In der Regel wird zwischen der Persönlichkeit der einzelnen Kandidierenden und ihren Rollen unterschieden (Lass 1995). Rollenmerkmale beziehen sich dabei auf Fähigkeiten und Kompetenzen von Kandidaten und Kandidatinnen, das angestrebte Amt auch effektiv ausüben zu können. Die Persönlichkeit von Kandidierenden hat vor allem mit ihrer Integrität bzw. der wahrgenommenen Übereinstimmung mit den Wertvorstellungen der Wählenden selber zu tun. Aus beiden Komponenten entsteht schliesslich das, was man „glaubwürdig“ nennt und als Voraussetzung für die Wahl in ein politisches Amt ansieht. Dabei müssen Bedingungen der politischen Glaubwürdigkeit für Männer und Frauen, die politische Ämter einnehmen wollen, nicht identisch sein.

### **2.2.3. *Eigenheiten der Situation im Kanton Schwyz***

Spezifische Anpassungen allgemeiner Theorien des Wahlverhaltens für den Kanton Schwyz gibt es kaum. Soweit das politische Verhalten im Kanton Schwyz Gegenstand von Analysen war, bezieht es sich vorwiegend auf Sachabstimmungen. Dabei interessierten vor allem die Eigenheiten des Kantons im Vergleich zur Schweiz.

Die wichtigsten Ergebnisse dieser Studien legen nahe, dass der Eindruck des generellen „Nein-Sagens“ differenziert werden muss. Er gilt bei eidgenössischen Abstimmungen, weniger aber bei kantonalen Vorlagen. Bei eidgenössischen Abstimmungen ist es zudem eher ein Phänomen bei Bundesbeschlüssen und Gesetzesvorlagen, nicht aber bei Verfassungsrevisionen. Als Ursache werden vor allem das Staatsverständnis im Kanton erwähnt. Demnach verstand sich Schwyz schon im "Ancien Regime" als eigenständiges Gebilde mit souveränen Kompetenzen, das versuchte, diese angesichts der nicht konfliktfreien Integration in den Bundesstaat zu bewahren (Röllin 1984). Dies zeigt sich an der starken Ausrichtung der Schwyzer und Schwyzerinnen am Eigennutzen, der für die ergebnisorientierte politische Kultur typisch ist. So lehnen sie Vorlagen verstärkt ab, die für die Kantone Verpflichtungen gegenüber dem Bund zur Folge hätte. Föderalismus, Milizsystem und direkte Demokratie gelten denn auch als Garantien des Schutzes eigener Interessen gegenüber den städtischen Gebieten, den nationalen Eliten und der Bundespolitik generell (Vatter/Linder/Farago 1997).

Studien zum Vergleich des Kantons mit der Schweiz charakterisieren die politische Kultur der Schwyzer und Schwyzerinnen insgesamt als „retrospektiv-binnengerichtet“. Sie zeichnet sich durch ihre Vergangenheitsorientierung und durch eine lokal verankertes politisches Bewusstsein aus (Gilg 1987; Seitz 1997, Vatter/Linder/Farago 1997). Immerhin hat sich im Kanton Schwyz ein regional ausgeprägtes, im kleinen Raum verwurzelt Selbstbewusstsein erhalten (Bassand 1981). Teils ist dieses durch die geographischen Gegebenheiten bedingt, teils auch die Folge der Territorialpolitik der Schwyzer, die nicht nur die Transitroute über den Gotthard, sondern auch den Verkehr von Chur nach

Zürich kontrollieren wollten. Entstanden ist so ein regionales Gebilde mit Inner- und Ausserschwyz, das äusserlich wenig Gemeinsamkeiten aufweist. Während der Helvetischen Republik waren die Teile getrennt, und nach der liberalen Revolution von 1830 bildeten sie zwei Halbkantone, unterschieden durch den Führungsanspruch konservativer resp. liberaler Kräfte in der Inner- bzw. der Ausserschwyz (Flüeler 1991).

Namentlich von der Kommunikation her differenziert sich der Kanton zusehends, wobei teilweise die alte Konfliktlinie zwischen Inner- und Ausserschwyz, teilweise aber auch neue Eigenheiten aufgrund des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels zum Ausdruck kommen. Typisch hierfür ist, dass die gesamtschweizerische Studie über Wirtschafts- und Kommunikationsräume in der Schweiz die Bezirke Höfe und Einsiedeln der südlichen Agglomeration Zürich zurechnet. Mit dem Tages-Anzeiger als wichtigste Zeitung und Radio 24 als stärkstem Privatrado sind auch zwei Zürcher Massenmedien die häufigst genutzten. Demgegenüber zählt die March zum Linthgebiet, welches das Umland des oberen Zürichsees umfasst. Die Modernisierung ist hier weniger fortgeschritten und auch die Medienstruktur ist anders. Stärkste Zeitung ist die LPZ, schon dicht gefolgt vom Blick und das Radio Schwyz ist das stärkste Lokalradio. Schliesslich bildet die Innerschwyz einen dritten Kommunikationsraum mit dem Bote der Urschwyz als stärkster Zeitung und ebenso dem Radio Schwyz als führendem Lokalradio (Publicom 1996).

Eine Spezialauswertung von Abstimmungsergebnissen auf nationaler und kantonaler Ebene für den Zeitraum Ende 60er/anfangs 70er resp. Ende 70er/anfang 80er Jahre zeigt, dass das politische Verhalten im Kanton weder einheitlich ist, noch hinreichend durch die historischen Regionalismen gedeutet werden kann (Risi 1985). Vielmehr reflektiert sich im heutigen Abstimmungsverhalten der jüngste soziale Wandel mit dem Gegensatz von Moderne und Tradition. Progressive Tendenzen zeigten sich schon früh in den drei Ausserschwyzer Gemeinden Lachen, Freienbach und Wollerau, die ein starkes Bevölkerungswachstum, eine hohe Siedlungsdichte, einen überdurchschnittlichen Ausländeranteil und grosse Pendler-Bewegungen kennen. Die konservative Kultur des Kantons findet sich demgegenüber noch idealtypisch in Gemeinden wie Sattel, Rothenthurm, Alpthal, Ober- und Unteriberg. Sie sind gekennzeichnet durch einen hohen Anteil Beschäftigter im ersten Wirtschaftssektor, verbunden mit einer grossmehrheitlich katholischen Bevölkerung, die stark kirchengebunden ist, das heisst regelmässig oder häufig die Gottesdienste besucht und/oder sich in kirchennahen Organisationen engagiert. Sie haben einen geringen Austausch mit anderen Regionen und reagieren sehr sensibel auf „Fremde“, obwohl sie selber einen niedrigen Ausländeranteil haben.

Elemente des gesellschaftlichen Wandels finden sich auch in den Veränderungen des Parteiensystems des Kantons Schwyz. Gebildet hat sich dieses mit der Einführung des Verhältniswahlrechtes 1907, wobei Konservative, Liberale und die Arbeiterpartei entstanden sind. 1946 formierten sich die Christlich-Sozialen als eigene Partei, fusionierten aber 1971 mit den Konservativen zur Christlich-demokratischen Volkspartei. Teilweise als Reaktion darauf entstand im rechten Wählersegment die SVP, seit 1972 im Parlament vertreten (Schweizer Lexikon 1993). Vor allem die Fusion der verschiedenen Flügel zur CVP eröffnete ihr als Mehrheitspartei die Möglichkeit, auch ohne die Zusammenarbeit mit anderen Parteien, die Geschicke des Kantons zu steuern. Zwar ist dies in der Innerschwyz nichts Besonderes, doch entspricht dieser Typ des Parteiensystems nicht den gesamtschweizerisch. Mehrheitsstellungen einer Partei sind eher ein Produkt der Vergangenheit und zerfielen, wo sie bestanden, mit Ausnahme des

Kantons Wallis. Insgesamt erleichterte diese die Integration der CVP mit ihrer Vermittlerfunktion in den Bundesstaat (Klöti 1998; Germann 1999).

Die CVP im Kanton Schwyz wurde erst in den 80er Jahren von dieser Tendenz erfasst. Sichtbar ist dies beispielsweise am sinkenden Wählenden-Anteil. Hinweise für die aktuellen Veränderungen sind aber auch die Entstehung neuer Aussenseiterparteien mit geringer Stabilität und neuerdings der rasanten Aufschwung der SVP. Das Parteiensystem des Kantons entwickelte sich damit vom Typ mit einer dominanten Partei hin zum Typ mit dem gemässigten Pluralismus (Sartori 1976), der insgesamt das schweizerische Parteiensystem prägt (Ladner 1998). Kennzeichnend hierfür ist die Existenz von 3 bis 5 bedeutsamen Parteien, von denen aber keine mehr die absolute Mehrheit innehat, weshalb alle vermehrt darauf angewiesen sind, untereinander einen Konsens zu finden.

Eine wichtige Ursache für die allmähliche Erosion der Vormachtstellung der CVP ergibt sich aus dem Wandel der religiösen Praxis. Zwar ist der Anteil an Katholikinnen und Katholiken im Kanton Schwyz mit knapp 80 Prozent nach wie vor sehr hoch, doch hat sich mit der Verweltlichung der Kirche die gesellschaftliche Bindung der Wahlberechtigten an die Kirche verringert. Wachsend ist der Anteil, der nicht mehr häufig und regelmässig in die Kirche geht und ein Trennung von Kirche und Politik wünscht. Dies blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Position der CVP als umfassende und staatstragende Volkspartei (Altermatt 1989). Insbesondere führt der Wandel auch dazu, dass es für Angehörige der katholischen Konfession auch möglich wird, andere Parteien zu unterstützen oder ihnen anzugehören. Über dem Mittel zeigt sich dies bei jüngeren Generationen, namentlich auch bei Personen, die ausserhalb des Kantons eine weiterführende Ausbildung besucht haben resp. bei solchen, die erst nach der Sozialisation in den Kanton Schwyz gezogen sind. Die neuen Mittelschichten, die sich als erste von der dominanten Stellung der Kirche und der CVP abwenden, bevorzugen dabei meist fortschrittliche, linke, ökologisch oder auch feministisch ausgerichtete Parteien. So ist der Wählenden-Anteil der Grünen, der SP und der LVP unter den Katholikinnen und Katholiken ansteigend (Furrer 1992). Um dieser neuen Kraft in der Politik entgegenzutreten, definiert sich in der Regel die CVP neu. Meist betont sie dabei die relative Unabhängigkeit der Partei von der Kirche in politischen Fragen und versucht, sich neuen gesellschaftlichen Themen offener zu zeigen, um so ihre erste Rolle in der (Kantons-)Politik zu sichern. Sie sieht sich allerdings in jüngster Zeit einer Gegenreaktion gegenüber, namentlich dort, wo ihr der Vorwurf gemacht wird, sich zu stark zu modernisieren, sich zu wenig um die Binnenverhältnisse und zu stark um die aussenpolitische Öffnung resp. um die Interessen der Ausländerinnen und Ausländer zu kümmern. Nicht selten ist es in den 90er Jahren gerade vor solchen Hintergründen zu Abwendungen religiös-fundamentalistischer Natur oder mit rechtsbürgerlichem Charakter von der CVP gekommen, wobei sich letzteres offensichtlich in der Gestalt der SVP auch im Kanton Schwyz findet.

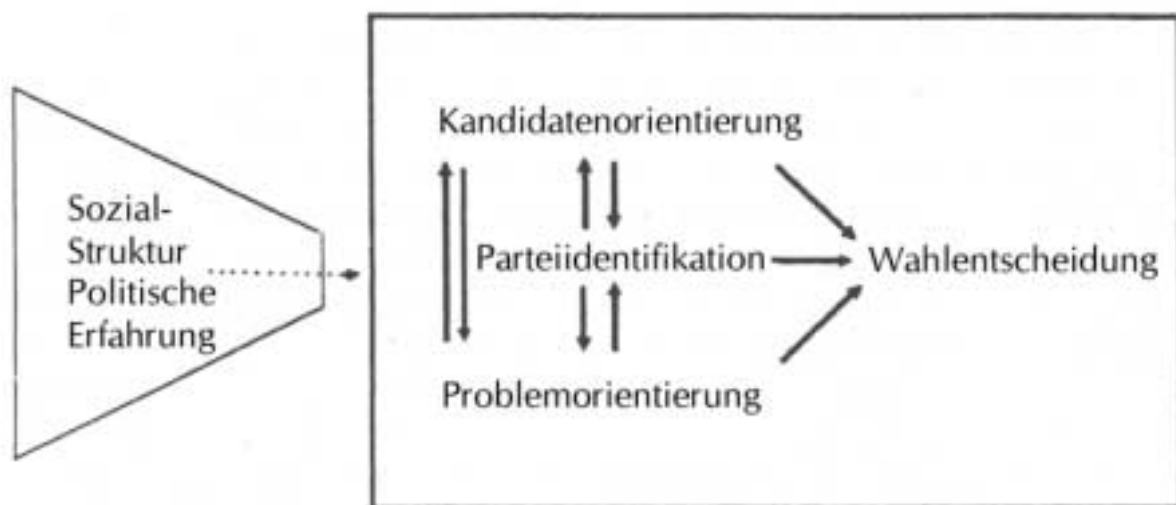
## 2.3. Das Forschungskonzept für die nachfolgende Untersuchung

### 2.3.1. *Folgerungen aus dem erweiterten, sozialpsychologischen Ansatz*

Die nachstehende Untersuchung auf der Basis einer Repräsentativ-Befragung von Wählern und Wählerinnen knüpft nicht auf der Ebene von Veränderungen des Parteiensystems an, sondern fragt, wie sich die Wählenden entscheiden und vor welchen kommunikativen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und konfessionellen Hintergründen sie dies tun. Sie ist in diesem Sinne sozialwissenschaftlich-interdisziplinär angelegt, obwohl das Kernstück der Analyse dem sozialpsychologisch ausgerichteten Ansatz der empirische Wahlforschung entspricht (Schloeth 1998). Unterschieden wird dabei in Analogie zu den allgemeinen Vorgaben für Wahlbefragungen (Roth 1998) zwischen eigentlichen Verhaltensweisen und Einstellungen, die zusammen das politische Handeln ausmachen. Einstellungen verstehen sich dabei als bestimmbare Reaktionen von Individuen gegenüber bestimmten Themen, wobei den Meinungen oder Präferenzen die stärkste Verhaltensrelevanz zukommt (Stroebe/Hewstone/Stephenson 1996). Sie sind ihrerseits abgänglich von Eigenschaften der Wählenden, die sich vor allem aus der Sozialstruktur und aus politischer Erfahrung ergeben.

Generell lassen sich Einstellungen in Orientierungen und Involvierungen einteilen. Erste meinen inhaltlich gerichtete Einstellungen, Involvierungen umschreiben den Grad, in dem ein Individuum sich mit einem Gegenstand beschäftigt. Bei den Einstellungen können zudem spezifische und allgemeine differenziert werden. Dabei beziehen sich die spezifischen unmittelbar auf den Gegenstand, während allgemeine auf das Umfeld gerichtet sind. Verhaltenssteuernde Wirkungen werden in erster Linie von Orientierungen erwartet, und dabei vor allem von Präferenzen, bei denen sich ein Individuum zwischen zwei oder mehreren Möglichkeiten entscheiden muss (Longchamp 2000c).

**Grafik 4:**  
**Grundschema des sozialpsychologischen Ansatzes**



**Quelle:** Campbell et al. 1960

Rückbezüge zur gesellschaftlichen Situation ergeben sich in unserer Befragung dort, wo der sozialpsychologische Ansatz erweitert wird und die individuellen Entscheidungen vor sozialstrukturell bedeutsamen Merkmalen analysiert werden. Erwähnt seien hier die wichtigsten Merkmale demografischer Natur, aber auch jene, welche das Individuum in kultureller oder ökonomischer Hinsicht umschreiben. Hinzu kommen wichtige Eigenschaften des Haushaltes, in dem das Individuum lebt sowie der Region, in der es wohnt. Ferner werden verschiedenen Merkmale der politisch-kommunikativen Involvierung miteinbezogen.

Weil wir beides zusammen machen wollen, nämlich die Abklärung sozialpsychologisch bedeutsamer Dispositionen für das Verhalten einerseits und ihre sozialstrukturelle Verortung andererseits, nennen wir das Vorgehen „erweitert sozialpsychologisch“.

### **2.3.2. *Arbeitshypothesen aus dem erweiterten, sozialpsychologischen Ansatz***

Die Module der Untersuchung sind:

- sozialstrukturelle und sozialkulturelle Merkmale des Ortes, des Haushaltes und des Individuums,
- allgemeine politische Involvierungen,
- allgemeine politische Orientierungen,
- allgemeine Orientierungen an Politikern / Politikerinnen,
- Orientierungen an aktuellen Themen,
- Orientierungen am Wahlkampf,
- Entscheidungspräferenzen und
- das Verhalten.

Die Hypothesen zur Verknüpfung der Module in der nachstehenden Bestandesaufnahme von Befunden lauten:

#### *Arbeitshypothese 1*

Der Parteientscheid wird in erster Linie durch die Personenidentifikation und durch die Themenidentifikation bestimmt. Bei der Personenidentifikation ist die Auswahl der Parteien entscheidend, bei der Themenidentifikation die politische Arbeit der Partei, die Wahlkampf zum Ausdruck kommt. Sie sind vor allem für den Aufstieg der SVP massgeblich, während weltanschauliche Bindungen die Wahl einer der drei anderen Parteien bestimmt.

### *Arbeitshypothese 2*

Politische Entscheidungen sind eine Mischung aus traditionelle Konfliktlinien, im Kanton Schwyz in erster Linie durch die regionale Zugehörigkeit, konfessionelle Bindungen, schichtmässigen Eigenschaften und Merkmalen bestimmt, aber auch neue Konfliktlinie, vor allem durch die Generationszugehörigkeit, die Schulbildung und das Geschlecht.

### *Arbeitshypothese 3*

Personenidentifikationen finden über Bekanntheit, Sympathie und politische Positionen statt. Glaubwürdigkeit erreicht ein einzelner Politiker, eine einzelne Politikerin, in dem sie moralisch integer ist, gesellschaftliche integriert und fachlich qualifiziert ist. Dabei sind die gängigen Kriterien anhand männlicher Biografien und Politikerkarrieren entwickelt worden, ohne dass es seit der Beteiligung von Frauen an Wahlen zu einem erheblichen Bewusstseinswandel gekommen wäre.

### *Arbeitshypothese 4*

Die Meinungsbildung bei Wahlen ist traditionellerweise geprägt durch Routinen, die bei früheren Entscheidungen entwickelt worden sind und via gelegentliche politische Diskussionen aufgefrischt werden. Neu kommen die Möglichkeiten der Werbung hinzu, die vor allem bewegliche BürgerInnen mit politischem Interesse ansprechen, während relativ distanzierte BürgerInnen kurzfristige, wenig beeinflussbare Entscheidungen ganz am Schluss fällen.

### *Arbeitshypothese 5*

Die Defizit der Frauenvertretung in der Schwyzer Politik sind eine Kombination von tradiertem PolitikerInnen-Vorstellungen, eine eher zurückhaltenden Engagement der Parteien in der Frauenförderung und Eigenheiten des Wahlsystems, das Frauen benachteiligt.

Wie dieser modulmässig beschriebene Ansatz in Form von Fragen im Interview ausgestaltet worden ist, zeigt die Tabelle im Anhang. Zusätzlich zu den Ergebnissen, die so entstanden sind, werden wir auch auf Vergleichsdaten auf schweizerischer Ebene oder im Kantonsvergleich zurückgreifen, die wir via separate Untersuchungen wie die VOX-Analysen oder das Wahlbarometer beschafft haben oder amtlichen Statistiken resp. der relevanter Forschungsliteratur entnehmen.

## **3. Die Befunde**

### **3.1. Der Überblick**

Die Befunde werden in vier Schritten präsentiert:

- Zuerst werden die Wählerschaften der vier im Kantonsrats vertretenen Parteien untersucht (3.2.).
- Danach bestimmen wir die Kriterien der Parteientscheidung auf der einen (3.3.),
- der Personenentscheidungen auf der anderen Seite (3.4.).
- Schliesslich fragen wir nach der Meinungsbildung, wie sie unter den Bedingungen des Wahlkampfes zustande kam (3.5.).

Damit schliessen wir die Präsentation der Befragungsergebnisse ab und leiten über zur synthetischen Darstellung der Ergebnisse aufgrund der einleitend entwickelten Problemstellungen, verbunden mit den empfehlenswerten Massnahmen.

### **3.2. Die Parteiwählerschaften unter der Lupe**

#### **3.2.1. Die Übersicht**

Das erste Kapitel hat vier Bestandteile:

- die Überprüfung der Wählenden-Stärken der Parteien in unserer Befragung im Vergleich zum effektiven Wahlresultat (3.2.2),
- die Bestimmung des politischen Standortes der Parteiwählerschaften auf der Links/Rechts-Achse (3.2.3.),
- das sozialstrukturelle Profil der Parteiwählerschaften einzeln (3.2.4.) und
- die Nähe zwischen den verschiedenen Parteien, wie sie über das Panaschierverhalten zum Ausdruck kommt (3.2.5.).

Jedes Unterkapitel wird nach der Präsentation der Befunde unter der übergeordneten Fragestellung in einer Zwischenbilanz zusammengefasst (3.2.6.).

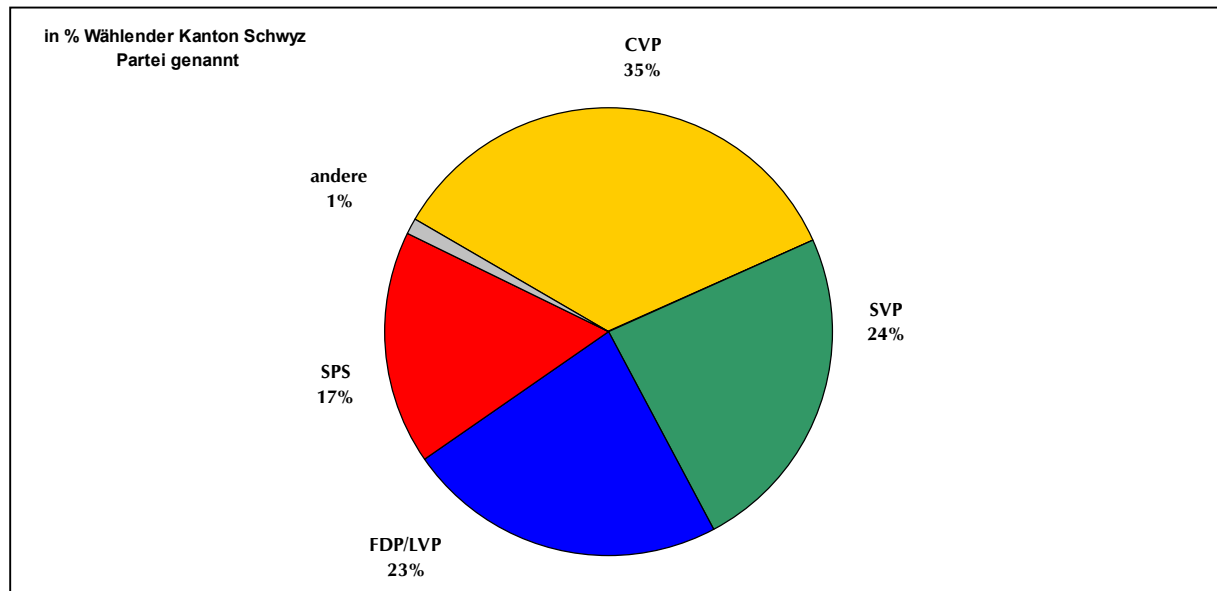
#### **3.2.2. Gewählte Partei gemäss Befragung der Wählenden**

Die Resultate aus unserer Befragung von Wählenden sind in der Hauptsache identisch mit dem effektiven Wahlergebnis. Am meisten Stimmen ermittelten wir für die CVP (35%). Am zweithäufigsten wurden mit einem Viertel der Wähleranteile die LVP (23%) und die SVP (24%) gewählt. Mit 16 Prozent hat die SP am wenigsten Parteistimmen



erhalten. Der Schnitt der ermittelten Abweichungen liegt damit deutlich unter einem Prozent.

**Grafik 5:**  
**Wahlverhalten I: gewählte Partei**  
„Welcher Partei haben Sie Ihre Stimme gegeben?“



**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Oder anders gesagt: Unsere Befragungsergebnisse sind für eine Repräsentativ-Befragung mit der gewählten Stichprobengrösse mindestens im erwartbaren Masse genau. Beobachtungen zu Verhältnissen oder Zusammenhängen, die sich aus den Befragungsdaten ergeben, können deshalb mit der üblichen Wahrscheinlichkeit verallgemeinert werden.

### **3.2.3. Der politische Standort der Parteiwählerschaften**

Wo stehen die Parteiwählerschaften im Kanton Schwyz auf der Links/Rechts-Skala? Die Summierung der gegebenen Antworten hilft, die Parteien im politischen Spektrum einzuordnen, und zwar nicht so, wie die VertreterInnen der Parteien es sehen, sondern so, wie es die Wählenden von sich selber sagen.

Insgesamt definiert sich die Wählerschaft des Kantons Schwyz, die im Jahr 2000 das Parlament wählte, recht nahe der Mitte. Darüber hinaus besteht eine leichte Tendenz nach rechts.

**Tabelle 4:**  
**Politischer Standort der Parteiwählerschaften 2000 im Kanton Schwyz (Angaben in Spaltenprozent)**

<i>Politischer Standort</i>	<i>Wählende 2000</i>	<i>SP</i>	<i>CVP</i>	<i>LVP</i>	<i>SVP</i>
Ganz rechts	1	0	0	1	11
Rechts	27	6	21	29	56
Mitte	44	19	57	53	26
Links	17	71	14	12	2
Ganz links	1	2	1	0	0
Keine Bedeutung	7	2	5	3	5
Keine Angabe	3	0	2	2	0
Indexwert	3,1	2,4	3,1	3,2	3,8

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Markant sind die Unterschiede zwischen den Parteien:

- Klar rechts der Mitte steht die SVP; zwei Drittel ihrer Wählerschaft folgt nicht dem allgemeinen Trend, sondern sieht sich mehr oder minder deutlich rechts davon. Ein Viertel positioniert sich selber in die Mitte, aber kaum jemand links davon.
- Das Umgekehrte resultiert bei der SP, wo sich drei Viertel links der Mitte verstehen, ein Fünftel sieht sich im Zentrum und kaum Wählende rechts davon.
- Zur Mitte tendieren dagegen die Wählerschaften der CVP und der LVP, wobei letztere etwas mehr rechts steht. Sie gleicht aber deutlicher jener der CVP als etwa der SVP.

Im Vergleich zur Wählerschaft, die 1999 den Nationalrat bestimmte, unterscheidet sich das Selbstverständnis der Schwyzer Wählenden auf der Links/Rechts-Achse nur wenig. National resultierte ein Mittelwert von 3.0 und die Verteilung der Parteien ist ähnlich. Die wichtigste Differenz betrifft die Mitte, die im Kanton Schwyz (44%) deutlich stärker besetzt ist als gesamtschweizerisch (34%). Der Vergleich der Parteistärken national und im Kanton Schwyz legt zudem nahe, dass es den Parteien CVP und LVP im Kanton Schwyz vergleichsweise gut gelingt, diese grösste Gruppe an sich zu binden.

### **3.2.4. Das soziologische Profil der Schwyzer Parteien heute**

Wie sind die Parteien sozialstrukturell bestimmt? Unter dieser Fragestellung interessiert uns, in welchem Masse sich systematische Unterschiede in den Stärken der Parteien unter den Wählenden nach

- regionalen Gesichtspunkten,
- aufgrund der Haushaltsstruktur resp.
- individueller biographischer Merkmale

nachweisen lassen. Aufgrund der spezifischen Fragestellung des Berichtes beginnen wir aber mit der Frage: Wählen Frauen im Kanton Schwyz andere Parteien als Männer? Die Antwort lautet: Ja. Die Unterschiede in Bezug auf die unterstützten Parteien sind beträchtlich, vor allem auch stärker als beispielsweise auf eidgenössischer Ebene. Von

Männerstimmen lebt insbesondere die SVP Schwyz, aber auch die LVP, während die CVP und die SP einen wesentlichen Teil ihrer Stärke den Schwyzer Wählerinnen verdanken.

**Tabelle 5:**  
**Parteiwählerschaften 2000 nach ausgewählten Merkmalen**  
**(Angaben in Zeilenprozent)**

<i>Geschlecht</i>	<i>SP</i>	<i>CVP</i>	<i>LVP</i>	<i>SVP</i>
Frauen	20	38	21	18
Männer	13	31	25	30

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Die Stärke der CVP als grösster Partei ist ihre weitgehend umfassende Präsenz im Kanton. Deutlich verstärkt ist dies in Wohngemeinden der Fall, deren Charakteristik ein grosser Anteil an Einheimischen ist, aber auch in Gemeinden mit ausgeprägt agrarischer Erwerbsstruktur. In die gleiche Richtung geht, dass die CVP bei ortsansässigen Personen besser abschneidet. Schwächer vertreten ist sie namentlich in den Gemeinden mit touristischer Erwerbsstruktur.

Die SVP ist in agrarisch geprägten Gemeinden eine erhebliche Konkurrenz zur CVP, wo sie etwa gleich stark und damit deutlich besser vertreten ist als im Kantonsmittel. Etwas verstärkt ist ihre Präsenz generell in den Landgemeinden, aber auch in den Vorortsgemeinden, die zur Agglomeration Zürich zählen. In Gemeinden, die durch einen hohen Anteil Einheimischer gekennzeichnet sind, bleibt die SVP zurück, ebenso in touristisch ausgerichteten Regionen.

Die LVP ist am stärksten in Gemeinden mit einer Erwerbsstruktur in Richtung Tourismus, etwas über ihrem Mittel Unterstützung kennt sie auch in den Agglomerationsgemeinden Richtung Zürich. Schwächer ist die LVP ebenso wie die SVP in Gemeinden, die stark durch Einheimische geprägt werden.

Die SP schliesslich schneidet am besten in der Agglomeration Pfäffikon ab sowie in Landgemeinden mit industriell ausgerichteter Erwerbsstruktur. Sie ist generell besser präsent bei Personen, die noch weniger als fünf Jahre an ihrem Ort wohnen. Klar Schwächen kennt die SP dagegen in touristischen Gemeinden sowie generell auf dem Land.

**Tabelle 6:**  
**Parteiwählerschaften 2000 nach ausgewählten Merkmalen der Region**  
**(Angaben in Zeilenprozent)**

<i>Regionale Merkmalsgruppen</i>	<i>SP</i>	<i>CVP</i>	<i>LVP</i>	<i>SVP</i>
Total Befragung	17	35	23	24
<i>Kantonsteil</i>				
Innerschwyz	17	34	22	25
Ausserschwyz	16	36	24	22
<i>Siedlungsart/Gemeindetyp</i>				
Kernstädte insgesamt	19	33	23	25
Vorortsgemeinden insgesamt	19	35	25	20
. Agglomeration Zürich	17	34	24	26
. Agglomeration Schwyz	19	34	23	24
. Agglomeration Pfäffikon	25	32	18	23
Landgemeinden insgesamt	13	36	24	26
. agrarische Gemeinden	4	43	10	43
. industrielle Gemeinden	23	30	25	22
. semitouristische Gemeinden	6	22	49	19
. Wohngemeinden mit vielen ZuzügerInnen	13	39	22	25
. Wohngemeinden mit vielen Einheimischen	15	55	15	15
<i>Ortsansässigkeit</i>				
Unter 5 Jahren	26	28	18	26
Über 5 Jahre	14	37	24	23

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Klare Unterschiede in der Bevorzugung einer Partei ergeben sich bei den Kantonsratswahlen 2000 aufgrund der Konfessionszugehörigkeit. Bei den KatholikInnen ist die CVP die stärkste Partei, gefolgt von der SVP. Demgegenüber rekrutieren LVP und SP ihre Wählerschaften verstärkt aus der protestantischen Wählerschaft resp. bei Personen, die keiner oder anderen Konfessionen angehören. Gliedert man die grösste Gruppe im Kanton, die KatholikInnen entlang der Häufigkeit des Kirchenbesuchs, verdeutlichen sich die Verhältnisse. Bei Personen mit sehr hoher Kirchenbindung ist die CVP weitgehend unangefochten die erste Partei. Indessen kann sie sich nicht halten, wenn die Bindung abnimmt. Bei solchen Wählenden konnte vor allem die SVP Wähler und Wählerinnen abholen. Sie liegt hier vor der LVP und auch klar vor der SP.

Stark bleibt die CVP auch bei Personen im Rentenalter, während sie bei Jahrgängen im erwerbsfähigen Alter mehr Mühe hat, ihre erste Stelle zu behaupten. SVP und LVP konkurrieren sich bei Personen im mittleren Alter, die SP vor allem bei den Wählenden unter 40 Jahren. Die SVP spricht dabei eher mittlere und untere Bildungsschichten an, während die LVP bei gut Ausgebildeten überdurchschnittlich stark ist. Letzteres gilt auch für die SP.

**Tabelle 7:**  
**Parteiwählerschaften 2000 nach ausgewählten Merkmalen der Befragten**  
**(Angaben in Zeilenprozent)**

<i>Regionale Merkmalsgruppen</i>	<i>SP</i>	<i>CVP</i>	<i>LVP</i>	<i>SVP</i>
Total Befragung	17	35	23	24
<i>Konfessionszugehörigkeit</i>				
Katholisch	14	37	21	28
Protestantisch	23	28	33	16
Anderes	34	16	29	19
<i>Kirchgang (nur KatholikInnen)</i>				
Wöchentlich	4	60	12	23
Monatlich	13	38	21	26
Mehrfach jährlich	14	33	26	26
Nur bei speziellen Anlässen	19	31	19	31
Nie	22	0	54	22
<i>Alter</i>				
18- bis 39-Jährige	21	30	21	25
49- bis 64-Jährige	17	32	24	25
65 und mehr	8	46	25	20
<i>Schulabschluss</i>				
Hoch	22	34	29	14
Mittel	15	34	22	27
Tief	16	37	19	27
<i>Beruf</i>				
Landwirte	6	41	12	29
Selbständige	12	31	33	23
Angestellte Privatwirtschaft	17	26	25	29
Angestellte Öffentlicher Dienst	16	35	20	29
Nicht-Berufstätige insgesamt	19	39	22	20
<i>Mitgliedschaft in Organisationen</i>				
<i>Frauenorganisation</i>				
Mitglieder	27	49	7	15
SympathisantInnen	32	30	25	11
<i>Gewerkschaften</i>				
Mitglieder	25	29	27	19
SympathisantInnen	35	19	21	24
<i>Angestelltenorganisation</i>				
Mitglieder	20	28	24	28
SympathisantInnen	29	25	15	31
<i>Gewerbeverband</i>				
Mitglieder	12	41	28	18
SympathisantInnen	16	39	32	21

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Namentlich bei Landwirten schneidet die CVP überdurchschnittlich stark ab. Probleme hat sie aber bei den Angestellten in der Privatwirtschaft. Diese neigen am stärksten zur SVP, während selbständig Erwerbende eine überdurchschnittliche Nähe zur LVP zeigen. Mit Ausnahme der Landwirte kennt die SP eine recht ausgeglichene Vertretung in den verschiedenen Erwerbsgruppen. Besser unterschieden werden kann die Stimmabgabe für linke und rechte Parteien entlang der Zugehörigkeit zu Interessengruppen. Die SP schneidet schwach ab bei den Mitgliedern des Gewerbeverbandes, verstärkt aber bei GewerkschafterInnen und noch besser bei den Mitgliedern von Frauenorganisationen. Diese, wie auch der Gewerbeverband, sind aber nach wie vor stark in den Händen der CVP, die hier jeweils überdurchschnittlich viele Stimmen macht. Mitglieder des Gewerbeverbandes haben auch über dem Mittel für die LVP gewählt, während die Kundschaft der Angestelltenorganisationen eher zur SVP neigt.

**Tabelle 8:**  
**Parteiwählerschaften 2000 nach ausgewählten Merkmalen des Haushaltes (Angaben in Zeilenprozent)**

<i>Regionale Merkmalsgruppen</i>	<i>SP</i>	<i>CVP</i>	<i>LVP</i>	<i>SVP</i>
Total Befragung	17	35	23	24
<i>Wohnverhältnisse</i>				
Einfamilienhaus	12	35	27	25
Mehrfamilienhaus	20	33	21	24
<i>Zivilstand</i>				
Ledig	27	21	16	33
Verheiratet	13	39	24	23
<i>Haushaltsgrösse</i>				
1 Person	18	31	23	27
2 Personen	15	37	20	27
3 Personen	22	28	30	19
4 Personen	19	34	21	26
Mehr Personen	13	37	33	17
<i>Haushaltseinkommen</i>				
Sehr hoch	16	35	33	16
Hoch	14	30	27	24
Mittel	16	39	21	22
Tief	20	31	22	25
Sehr tief	10	33	18	39

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Gewisse Unterschiede zwischen den Parteien finden sich entlang der Wohn- und Lebensverhältnisse. Die SP ist klar stärker vertreten bei Personen, die in Mehrfamilienhäusern leben und bei ledigen Wählenden. Letzteres trifft auch auf die SVP zu, während CVP und LVP bei den Verheirateten stärker sind, tendenziell auch bei den BewohnerInnen von Einfamilienhäusern.

Vor allem die CVP hat ein recht ausgeglichenes Profil entlang der Haushaltgrösse und dem Einkommen, das dem Haushalt zur Verfügung steht. Akzentuierter fallen die Eigenheiten der SVP aus, die bei tiefen und ganz tiefen Einkommen verstärkt abschneidet und eher bei Personen in Haushalten mit wenig BewohnerInnen stärker ist. Bezüglich des Einkommens ergibt sich damit eine Anlehnung an die SP, die namentlich in der unteren Mittelschicht verstärkt gewählt wurde. Etwas mehr als im Mittel ist sie in Haushalten mit drei Personen präsent. Die deutlichsten Eigenheiten bezüglich des Haushaltes finden sich bei der LVP. Sie ist im Kanton Schwyz stärker unter den Wählenden in begüterten Haushalten und auch in solchen mit recht zahlreichen Personen.

**Tabelle 9:**  
**Mediennutzung und Parteiwählerschaften 2000 (Angaben in Zeilenprozent)**

Zeitung	SP	CVP	LVP	SVP
Bote der Urschweiz	17	31	24	26
Neue Schwyzer Zeitung	16	40	23	19
Höfner Volksblatt	17	37	26	19
Schwyzter Woche	10	37	22	29
March Höfe Zeitung	18	32	25	23
March-Anzeiger	20	23	28	29

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

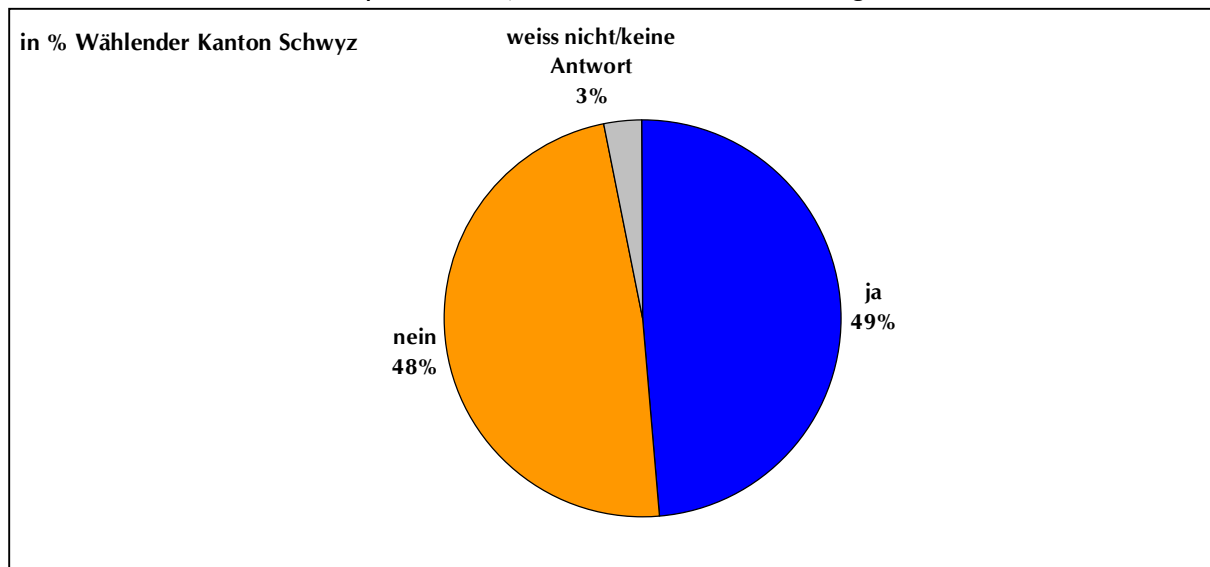
Wie haben die Leserschaften der grösseren Lokalzeitungen gewählt? Alle grösseren Zeitungen, die im Kanton Schwyz genutzt werden, haben eine Leserschaft, die sich zu mindestens 10 Prozent über alle vier Parteien erstreckt. Gewisse Eigenheiten sind trotz dieser Gemeinsamkeit sichtbar, etwa die starke Stellung der CVP bei den LeserInnen der "Neuen Schwyzer Zeitung"; bei der Leserschaft des "March-Anzeigers" ist sie schwächer vertreten, hier werden verstärkt die SVP und die LVP gewählt. Beim Publikum der "Schwyzter Woche" kann ebenso eine verstärkte Neigung zur SVP festgestellt werden. Diese hat insgesamt die am stärksten bürgerlich oder rechts ausgerichtete Wählerschaft, während dies beim "March-Anzeiger" am wenigsten der Fall ist.

### **3.2.5. *Parteinähen aufgrund des Panaschierverhaltens***

49 Prozent unserer Befragten gaben an, bei den jüngsten Kantonsratswahlen panaschiert und damit nicht parteirein gewählt zu haben.

**Grafik 6:**  
**Wahlverhalten II: Panaschieren**

„Haben Sie auch Kandidaten oder Kandidatinnen anderer Parteien auf Ihre Liste gesetzt, das heisst panaschiert, oder haben Sie dies nicht getan?“



**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Die Unterschiede nach Parteien fallen dabei eher gering aus. Am meisten panaschiert haben die Landwirte und die Wählenden mit einem sehr hohen Einkommen (je 61 %). Generell fällt auf, dass aber alle Gruppen recht häufig quer zu ihrer bevorzugten Partei Personen unterstützt haben. Damit schimmern verstärkt gewisse Nähen und Distanzen zwischen den Parteien auf: Einmal werden kräftig zwischen der LVP und der CVP Stimmen getauscht, sodann zwischen SVP und CVP. Die SP steht im Kanton Schwyz ziemlich stark für sich, zeigt selber aber gewisse Verbindungen zur CVP und zur LVP, kaum aber zu SVP.

**Tabelle 10:**  
**Parteinähen 2000 aufgrund der hauptsächlichsten Panaschier-Häufigkeiten (Angaben in Zeilenprozent)**

Gewählte Partei	SP	CVP	LVP	SVP
SP	0	42	30	2
CVP	21	0	33	25
LVP	10	57	0	12
SVP	4	42	30	0

**Lesebeispiel:** Leute, die hauptsächlich die SP gewählt und dabei panaschiert haben (1. Zahlenzeile), haben zu 42 Prozent Kandidaturen der CVP berücksichtigt, zu 30 Prozent solche der LVP und zu 2 Prozent BewerberInnen, die von der SVP nominiert worden waren. Die übrigen haben entweder andere Personen aufgeschrieben oder beim Panaschieren keine Partei besonders bevorzugt.

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)



### **3.2.6. Zwischenbilanz**

Politisch analysiert, unterscheiden sich die Parteien im Kanton Schwyz recht deutlich. Die SVP steht klar rechts, die Wählerschaften der LVP und der CVP sind sehr nahe beim Durchschnitt respektive bei der Mitte und die SP steht deutlich links davon. Aufgrund des Panaschierverhaltens lassen sich ähnliche NÄhen nachweisen, wobei die CVP aufgrund ihrer Stärke die attraktivere Partei für Wählende rechts wie links ist.

Fasst man die Ergebnisse der soziologischen Analyse zusammen, fällt zunächst die nach wie vor grosse Bedeutung der Konfession resp. Kirchenbindung für den Parteientscheid auf. Dabei gleichen sich CVP und SVP auf der einen Seite, LVP und SP auf der anderen Seite. Zwischen der SVP und der CVP gibt es vor allem schichtmässige Unterschiede, rekrutiert doch die SVP ihre Stimmen mehr aus den Angestelltenschichten, vor allem aber auch aus den unteren Einkommens- und Bildungsklassen. Die SVP-Stimmen stammen im Unterschied zu den CVP-Stimmen von jüngeren Wählenden und vor allem stammen die SVP-Stimmen vermehrt von Männern, während die CVP einen Teil ihrer Stärke namentlich den Frauen verdankt. Auch bei der LVP und der SP ist der wesentliche Unterschied sozialer Natur, vertritt die LVP doch die überdurchschnittlich begüterten Schichten, während die SP eher von der unteren Mittelschicht und Personen mit zeitlich geringerer Ortsansässigkeit und, damit verbunden, jüngeren Alters gewählt wird. Sie ist zudem für Frauen attraktiver als für Männer.

Stärker als bei den Männern sind die CVP und die SP bei den Frauen, während namentlich die SVP hier eine Schwäche kennt, aber auch die LVP mehr von Männern als von Frauen gewählt wird. Das Profil gleicht damit jenem in der ganzen Schweiz, während die Unterschiede in Schwyz deutlich stärker erscheinen als gesamtschweizerisch.

## **3.3. Die Kriterien der Parteientscheidung**

### **3.3.1. Die Übersicht**

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit den Gründen für den Parteienentscheid:

- Zuerst wird eine Übersicht über die hauptsächlichlichen Ursachen für den Parteienentscheid der Wählenden (3.3.2.),
- dann vertiefen wir die politischen Themen der Wählenden (3.3.3.)
- und fragen, ob die Personenauswahl, wie sie von den Parteien präsentiert wurde, genügend war, um die thematischen Erwartungen abzudecken (3.3.4.).

Am Schluss fassen wir die einzelnen Befunde wiederum zusammen und resümieren die Ergebnisse des Kapitels in einer Zwischenbilanz (3.3.5.).

### **3.3.2. Die Gründe für den Parteientscheid**

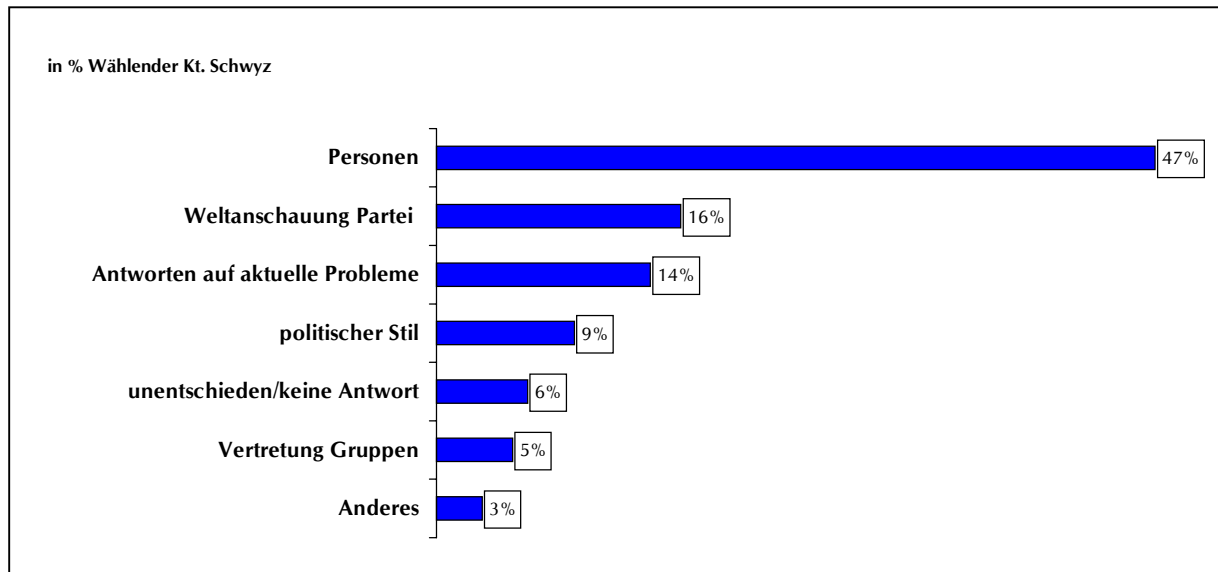
Die Entscheidung für eine Partei verläuft im Kanton Schwyz auf zwei Ebenen: Zuerst über die Personen, die man kennt, schätzt, damit auch für politisch kompetent hält, dann aber auch über Themen und weltanschauliche Ausrichtungen. Stilfragen und spezifische Interessenvertretungen sind dagegen nur von geringer Bedeutung.

47 Prozent der befragten Wählenden haben sich bei der Parteiwahl am meisten an den Personen orientiert, die von den Parteien vorgeschlagen worden waren. Im Vergleich zu den nationalen Wahlen ist damit die Bedeutung der einzelnen Kandidaturen für den Wahlentscheid zentraler. 16 Prozent der Wählenden nennen die allgemeine oder weltanschauliche Ausrichtung der gewählten Parteien als entscheidendes Kriterium. Weitere 14 Prozent haben sich auf die Themen bezogen, die ihnen wichtig sind und zu denen sie von den Parteien Stellungnahmen erwarten. Zusammen nennt damit ein knappes Drittel der Wählenden einen thematischen Aspekt für den Parteientscheid.

### Grafik 7:

#### Grund für Wahlentscheid

„Auf was haben Sie am meisten geachtet, als Sie sich für die Partei oder Liste entschieden haben? War das in erster Linie...“



**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (N = 1350, n=605 Wählende)

Namentlich die hohe Wichtigkeit des Personenbezugs gilt für alle Parteien. Dahinter machen sich aber gewisse Akzentsetzungen bemerkbar: Bei der SP, aber auch bei der CVP und der LVP, steht das weltanschauliche Element an zweiter Stelle, während bei der SVP die Antworten auf aktuelle Fragen von sekundärer Bedeutung waren und vor weltanschaulichen Fragen rangieren. Oder anders gesagt: Jenseits der vorherrschenden Personenbezüge bauen die einen auf ihre Verankerung in politischen Lagern via allgemeine Weltanschauungen, während dies bei der neu entstehenden SVP nicht entscheidend ist. Vielmehr handelt es sich bei der Wahlsiegerin um jene Partei, die aktuelle Stimmungslagen, die sich aus ungelösten, bewussten Problemen ergeben, am besten aufnehmen kann und so Überzeugungen formt, die wahlentscheidend werden.

**Tabelle 11:**

**Wichtigstes Entscheidungskriterium beim Wahlverhalten 2000 im Kanton Schwyz nach Parteiwählerschaften (Angaben in Spaltenprozent)**

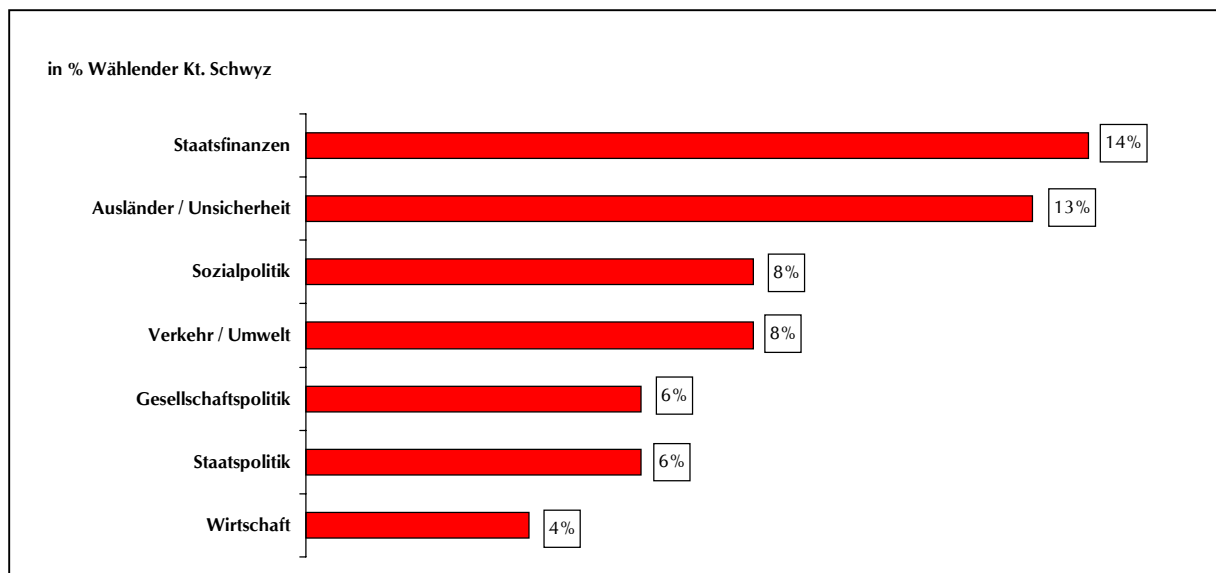
Entscheidungskriterium	SP	CVP	LVP	SVP
Person	43	48	54	46
Weltanschauung	26	15	17	13
Aktuelle Fragen	14	12	12	25
Politischer Stil	10	11	8	10
Vertretung von Gruppen	1	8	5	3

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

### 3.3.3. Antworten auf aktuelle Fragen

Die Staatsfinanzen und die Präsenz von AusländerInnen sind die beiden grossen Themenbereiche, welche die Wählenden beschäftigt haben und für die sie sich vom neu gewählte Parlament Lösungsvorschläge erhoffen. Die häufigste Einzelnennung überhaupt betrifft die Steuern. Obwohl wir keine Vorgaben machten, nannten 8 Prozent der befragten Wählenden dieses Thema zuerst. Weitere 6 Prozent betonten weniger den Aspekt der Einnahmen, sondern der Ausgaben des Staates. Asylsuchende und GastarbeiterInnen waren das Thema von 7 Prozent der Befragten. Mit dem Gefühl der Überfremdung verwandte Antworten, nämlich jene zur inneren (Un-)Sicherheit resp. zur Kriminalität, gab es bei zusätzlich 6 Prozent.

**Grafik 8:**  
**Wichtige Probleme der Kantonsregierung**  
„Welches ist Ihrer Meinung das wichtigste Problem, das die Schwyzer Kantonsregierung lösen sollte?“



**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (N = 1350, n=605 Wählende)

Hinter diesen beiden Top-Themenbereichen finden sich sozial-, verkehrs-, staats-, gesellschafts- und wirtschaftspolitische Themen. Bei den sozialpolitischen Sorgen rangieren die Arbeitslosigkeit, die AHV-Finanzierung, soziale Fragen generell und die Mutterschaftsversicherung etwa gleich auf. Bei den verkehrspolitischen Fragen stehen allgemeine Aussagen, vor allem generelle Probleme an der Spitze, während die Neat, die LSVA und die Umweltbelastungen dahinter auftauchen. Gesellschaftspolitisch interessiert die Schwyzer Wähler und Wählerinnen vor allem das Bildungs- und Schulwesen, aber auch die Förderung der Jugend, der Familien und der Frauen. Bei staatspolitischen Fragen geht es zuerst um Reformen des Kantons, die Zusammenarbeit mit der übrigen Innerschweiz und die Zusammensetzung der Regierung. Wirtschaftspolitische Fragen schliesslich kreisen um die allgemeine Entwicklung, die Löhne und die Situation in der Landwirtschaft.

Klare Unterschiede in der Einschätzung der Dringlichkeiten gibt es in der Überfremdungsfrage, die für gut ein Fünftel der SVP-Wählerschaft die aktuelle Herausforderung ist, während Gleiches bei der SP nur jeder Fünfzehnte so sieht. Bei der CVP und der LVP ist es etwa jede achte Person. Umgekehrtes gibt es namentlich bei verschiedenen Themen. Staatsfinanzen, gesellschafts- und bildungspolitische Fragen kennen jeweils bei der SP am meisten Resonanz, gefolgt von der CVP, während die LVP und namentlich die CVP deutlich tiefere Dringlichkeiten sehen. Parteipolitisch uneinheitlich fällt die Beurteilung der Dringlichkeit sozialpolitischer Themen aus.

**Tabelle 12:**  
**Wichtige Probleme im Kanton 2000 nach Parteiwählerschaften (Angaben in Spaltenprozent)**

<i>Wichtigstes Problem</i>	<i>SP</i>	<i>CVP</i>	<i>LVP</i>	<i>SVP</i>
Staatsfinanzen	19	17	10	10
Überfremdung	7	12	13	22
Sozialpolitik	7	12	9	11
Verkehrspolitik	9	8	9	9
Gesellschaftspolitik	11	7	7	3
Staatspolitik	5	6	9	2
Wirtschaftspolitik	3	4	4	3

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Mit anderen Worten: Bezüglich der thematischen Dringlichkeiten, die den Kanton zu beschäftigen haben, gleichen sich die CVP und die SP auffällig, stimmt aber auch die LVP in vielem überein. Ganz andere Dringlichkeiten finden sich bei der SVP. Deshalb kann gefolgert werden, dass der Wahlerfolg der SVP damit zu tun hat, Themen aufgegriffen zu haben, welche die Wählerschaft von den anderen Parteien ungenügend behandelt sieht. Konkret fällt dabei vor allem die Ausländer- und Asylfrage auf, verbunden mit dem Gefühl der Unsicherheit im eigenen Land.

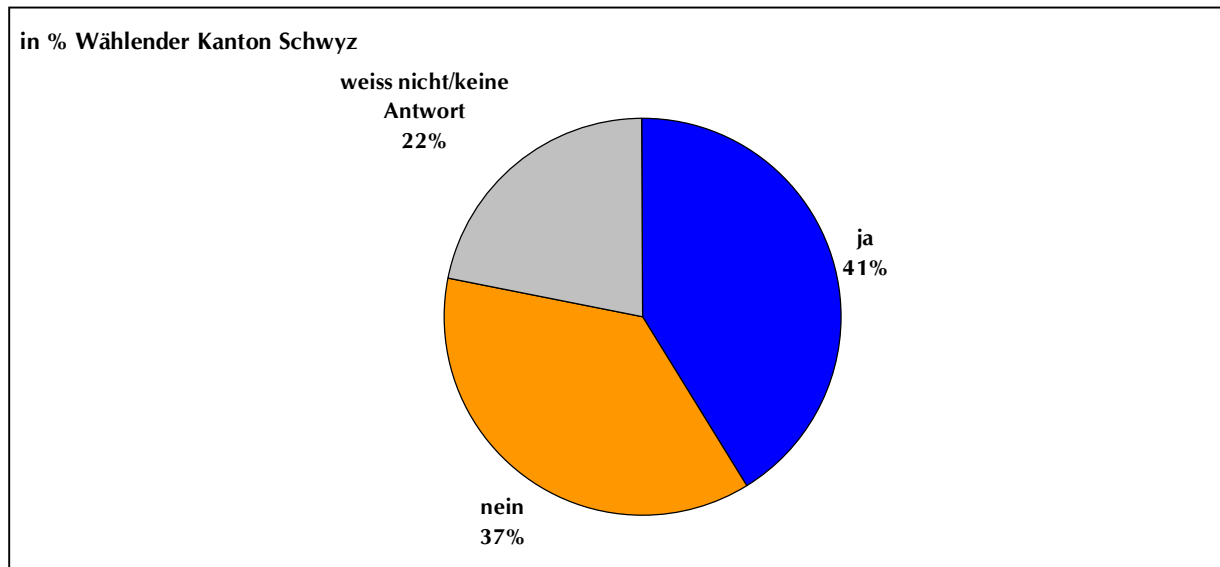
### **3.3.4. Kandidaturen als Garanten für die thematischen Erwartungen**

Fanden die Wählenden auch Personen unter den KandidatInnen, die etwas zur Lösung des genannten Hauptproblems beitragen wollen? Nur gerade 41 Prozent beantworten die Frage positiv. Gegliedert nach Parteien, fällt das Urteil überall ähnlich aus. Je 46 Prozent sind es bei der SVP und der CVP, 44 Prozent bei der SP und genau 4 von 10 bei der LVP.

### Grafik 9:

#### Problemlöser unter den Kandidaturen

„Gibt es aus Ihrer Sicht einzelne Personen, also Kandidat/-innen, die laut Wahlpropaganda zukünftig am meisten zur Lösung dieser Probleme beitragen möchten oder sich bereits dafür eingesetzt haben?“



**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (N = 1350, n=605 Wählende)

Die Unentschiedenen können dahingehend interpretiert werden, dass sie kein besonderes Thema hatten. Demgegenüber verstehen wir aber den recht hohen Anteil, der auf die Frage dezidiert mit Nein antwortete, als Fingerzeig für ein Problem der Parteien aufgrund ihrer Nominationsverfahren. Die Wählerschaften aller Parteien sehen in etwa gleichem Masse bei den Nominierungen der Parteien Defizite. Bisher blieben Wirkungen auf den Wahlentscheid aus, weil sich nur geringe Unterschiede zwischen den Parteien ergaben. Diesmal war dieses untergründig vorhandene Problem der Parteien bedeutsamer, da es mit der Überfremdungsfrage vor allem dem rechten Lager ein Thema gab oder gibt, das namentlich bei den Regierungsparteien zu wenig gut aufgehoben erscheint und den Wechsel zur SVP begünstigte.

### 3.3.5. Zwischenbilanz

Parteipolitische Entscheidungen bei Parlamentswahlen werden auf der kantonalen Ebene in erhöhtem Masse durch die Identifikation mit Personen, welche die Parteien repräsentieren, bestimmt. Dies gilt im Wesentlichen für alle Parteien. Dabei herrscht unübersehbar eine gewisse Unzufriedenheit mit dem Angebot der Parteien, wird es doch in nur bedingtem Masse auf die Probleme abgestimmt gesehen, die aus Bevölkerungssicht entscheidend sind. Das Phänomen trifft aber etwa alle Parteien gleich, weshalb es nur eine Voraussetzung, nicht eine Erklärung für verändertes Wahlverhalten ist.

Die unterschiedlichen Entwicklungen der Parteien bei den jüngsten Kantonsratswahlen erklären sich mehr aufgrund der thematischen Nachfragen und Angebote. Dabei unterscheiden sich die jetzigen Regierungsparteien CVP, LVP und SP und die SVP in zweierlei Hinsicht recht deutlich. Bei der Wählerschaft der erstgenannten Gruppe sind allgemeine, eher weltanschauliche Ausrichtungen für die Parteiidentifikation von Belang. Bei

jener der SVP, die im Kanton Schwyz nicht die gleiche Tradition hat, stehen dagegen konkrete Sachfragen weiter vorne. Bei diesen unterscheidet sich die Wählerschaft der SVP vor allem, wenn es um die Dringlichkeit geht, mit der "Überfremdungsfragen" angegangen werden müssen. Sie stehen bei der Wählerschaft des Wahlsiegers ganz zuoberst, während die Staatsfinanzen des Kantons resp. die Reform des Kantons und die Politik gegenüber den Nachbarn in der Innerschweiz die Wählerschaften der Regierungsparteien mehr beschäftigen.

## **3.4. Die Kriterien der Personenentscheidungen**

### **3.4.1. Die Übersicht**

In diesem Kapitel gehen wir den Gründen für die Personenentscheidung nach. Wir fragen:

- Welches sind die Voraussetzungen, dass man sich für bestimmte Politiker oder Politikerinnen bei der jüngsten Wahl entschieden hat (3.4.2.)?
- Welche Bedeutung hat das Geschlecht bei der Personenentscheidung (3.4.3.)?
- Welche Eigenschaften schätzt man an einem Mann resp. an einer Frau, der/die sich für ein politisches Amt bewirbt (3.4.4.)?
- Was macht eine glaubwürdige Politikerin, einen glaubwürdigen Politiker aus (3.4.5.)?

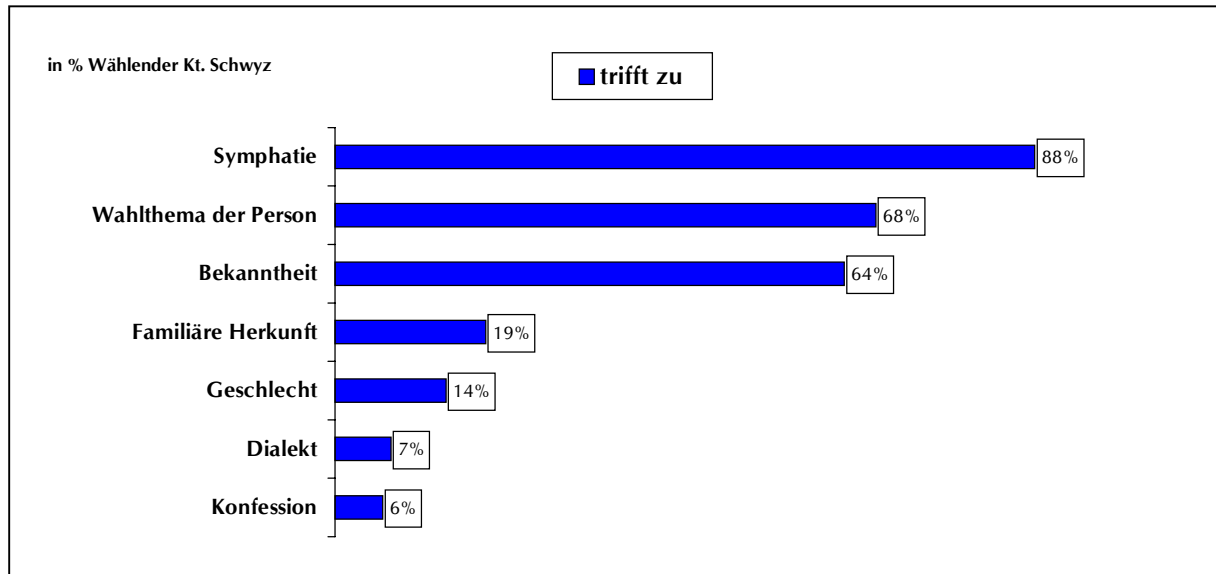
Am Schluss vergleichen wir Befragungsergebnisse aus Schwyz zur Frauenförderung selektiv mit solchen aus gesamtschweizerischen Erhebungen, um einen Begriff zu bekommen, wo sich der Kanton in dieser Frage befindet (3.4.6.) resp. versuchen wir auch hier, am Schluss ein Zwischenbilanz zu den Ergebnissen des Kapitels zu ziehen (3.4.7.).

### **3.4.2. Die Auswahlgründe**

Drei Faktoren bestimmten die Personenentscheidungen der Wählenden bei den jüngsten Kantonsratswahlen: Wer gewählt werden will, muss bekannt sein, auf die Wählerschaft oder Teile davon sympathisch wirken und mit einem Thema, das die Wählenden beschäftigt, in Verbindung gebracht werden.

**Grafik 10:**  
**Kriterien bei der Personenwahl**

„Welche der folgenden Kriterien haben Sie bei der Auswahl einzelner Personen beigezogen?“



**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Für 88 Prozent der von uns befragten Wählenden ist wichtig, dass ihnen Bewerberinnen oder Bewerber sympathisch sind. Für die Wahl in ein politisches Amt sind folglich so schwer bestimmbare Elemente wie Ausstrahlung oder Vertrauen entscheidend. Sie stehen allerdings nicht für sich alleine, denn die persönliche Beziehung von Wählenden und Gewählten ist gerade in kleinen Wahleinheiten eine wichtige Zusatzbedingung. Die Wähler und Wählerinnen sind damit aber noch nicht zufrieden. Sie nennen zu 68 Prozent auch die Themen, für die sich die Kandidaturen in politischen Ämtern einsetzen wollen, als wichtiges Kriterium der Entscheidung.

**Tabelle 13:**

**Kriterien der Personenentscheidungen im Kanton Schwyz 2000 nach Parteiwählerschaften (Angaben in Prozent, Mehrfachnennungen möglich)**

Kriterium	SP	CVP	LVP	SVP
Sympathie	86	89	88	84
Themen	69	62	64	81
Bekanntheit	60	71	66	57
Herkunft	10	18	19	24
Geschlecht	14	16	10	15
Dialekt	6	7	5	6
Konfession	2	7	4	8

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Deutlich hinter den drei genannten, hauptsächlichen Anforderungen an ein Mitglied des Schwyzer Kantonsrates raogieren Kriterien wie die Konfession, den Dialekt, die familiäre Herkunft oder das Geschlecht. Sie waren nur für Minderheiten von höchstens einem Fünftel von bewusster und bekundeter Bedeutung, wenn die Personenentscheidungen auf dem Wahlzettel getroffen wurden.



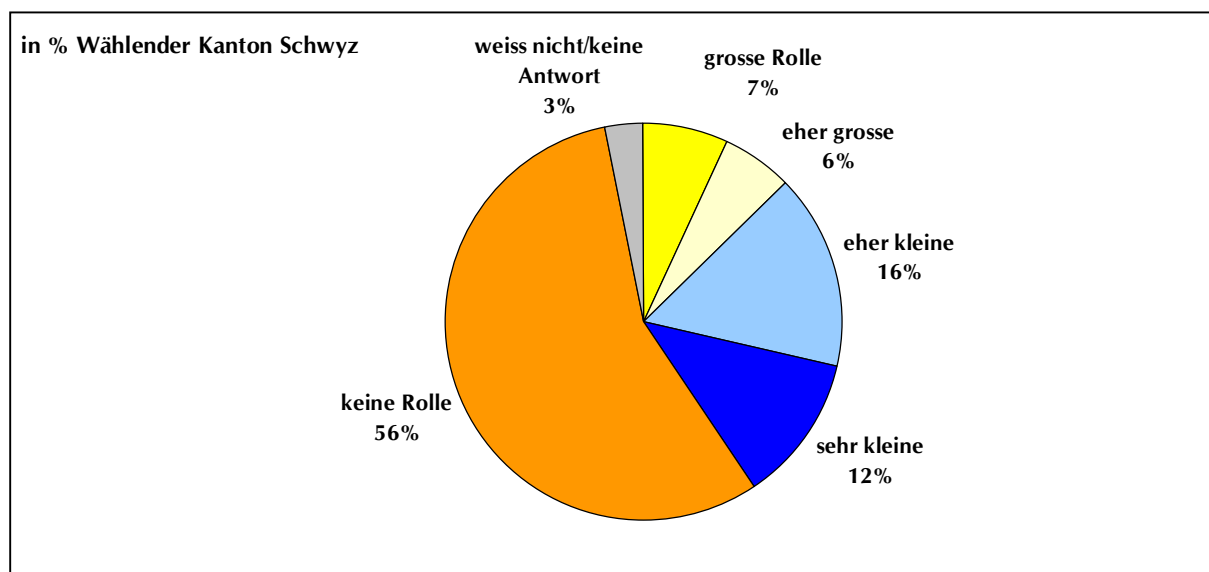
Die Reihenfolge ist bei fast allen Parteien identisch. Die einzigen Unterschiede ergeben sich zwischen der CVP und der LVP einerseits, der SP und der SVP andererseits. Bei den Parteien im Zentrum ist die Bekanntheit der Personen wichtiger als ihr Themenbezug. Den allgemeinen Eindruck bestimmen hier einmal die Parteien an den Polen, sind doch für die Wählenden, insbesondere der SVP, aber auch der SP, thematische Aspekte nicht nur beim Partei-, sondern auch bei den Personenentscheidungen wichtiger.

### 3.4.3. Die Bedeutung des Geschlechts

Speziell darauf angesprochen, ob das Geschlecht bei der Personenentscheidung eine – wie auch immer geartete Rolle – gespielt habe, gab mit 56 Prozent der Wählenden eine Mehrheit an, das Geschlecht der KandidatInnen sei bei den Personenentscheidungen nicht von Belang gewesen. 13 Prozent sahen es eindeutig umgekehrt und massen dem Geschlecht eine sehr (7%) oder eher (6%) grosse Rolle bei, während weitere 16 Prozent ihm eine eher kleine und zusätzliche 12 Prozent eine sehr kleine Bedeutung attestierten.

**Grafik 11:**  
**Wichtigkeit Geschlecht**

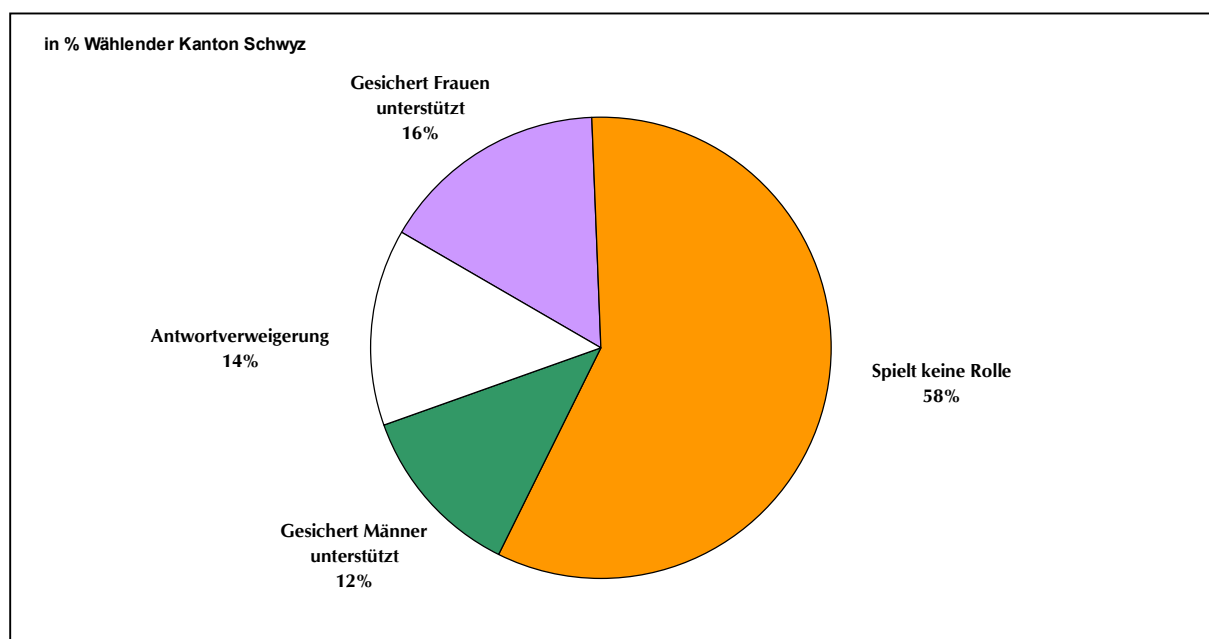
„Hat für Sie das Geschlecht der Kandidaturen bei der Wahlentscheidung eine sehr grosse, grosse, eher kleine oder sehr kleine Rolle gespielt?“



**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (N = 1350, n=605 Wählende)

Weil damit noch nicht feststeht, ob sich die Beachtung des Geschlechts für oder gegen Frauen ausgewirkt hat, haben wir folgendermassen nachgefragt. „Haben Sie sich im Zweifelsfall bei der Wahl der Kandidat/-innen für oder gegen eine Frau entschieden?“ Bei einem guten Drittel fielen die Entscheidungen im Zweifelsfall zugunsten von Frauen aus. Bei knapp einem Drittel zuungunsten, während ein Drittel sich nicht festlegen wollte. Hochgerechnet auf alle Wählenden bedeutet dies, dass sich 16 Prozent der Schwyzer Wählerschaft auf das Geschlecht achteten und sich im entscheidenden Moment zugunsten von Frauen entschieden. 12 Prozent wandten sich in dieser Situation eindeutig Männern zu, während 13 Prozent auf diese Frage passten.

**Grafik 12:**  
**Index der speziellen Unterstützung von Frauen und Männern**



**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Speziell Frauen unterstützt haben bei der SP 30 Prozent ihrer Wählenden, bei der LVP 17 Prozent und bei der CVP 15 Prozent. 8 Prozent sind es schliesslich bei der SVP-Wählerschaft. Auffällig ist die Proportionalität der ausgewiesenen Anteile von Wählenden, die bei ihren Personenentscheidungen Männer unterstützen mit der Antwortverweigerung. Oder anders gesagt: Hinter den „Unentschiedenen“ verbergen sich eher solche Personen, die sich für Männer entschieden haben, als umgekehrt. Das würde heissen, dass sich zwischen 3 bis 12 Prozent bei der SP gegen Frauen gewandt haben, bei der SVP minimal 22, maximal 41 Prozent.

**Tabelle 14:**  
**Bekundete spezifischen Unterstützung von Frauen resp. Männern bei den Schwyzer Kantonsratswahlen 2000 nach Parteiwählerschaften (Angaben in Spaltenprozent)**

Entscheidung	SP	CVP	LVP	SVP	Frauen total	Männer total
Zugunsten von Frauen	30	15	17	8	21	10
Keine Rolle	58	63	62	51	56	60
Zugunsten von Männern	3	10	11	22	14	16
Antwortverweigerung	9	12	10	19	9	14

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Vergleicht man die Anteile, die Frauen unterstützt haben, mit dem Prozentsatz Frauen, die im Kantonsrat die jeweilige Partei vertreten, ergibt sich eine weitgehende Übereinstimmung. Anders gesagt heisst dies auch, dass wir auf der Ebene der Wählenden einen

zuverlässigen Indikator gefunden haben, um die Frauenvertretung im Parlament zu bestimmen.

Aufgeteilt nach Geschlecht, bestätigen sich unsere Annahmen: 21 Prozent der Schwyzer Wählenden haben sich speziell stark gemacht für Frauen, als sie Personenentscheidungen fällten. Während es bei den Männern nur jeder Zehnte war. Demgegenüber haben mindestens 14 Prozent der Männer gegen Frauen entschieden, möglicherweise gehört sogar jeder Dritte in diese Kategorie. Bei den Frauen sind es minimal 9 Prozent, maximal 23 Prozent.

In den Einstellungen zur Frauenunterstützung bei Wahlen finden sich auch differierende Beurteilungen in den Konfessionsgruppen. So sind protestantische Frauen markant mehr für Frauenunterstützung bei Wahlen. Die ProtestantInnen aller Bildungsschichten sehen das gleich. Sie unterstützen vor allem auch bei tiefem Bildungsabschluss mehr die Frauenförderung. Schliesslich lässt sich auch zeigen, dass sich die protestantische Bevölkerung auf dem Land von der katholischen unterscheidet, und zwar in allen Haupttypen der Erwerbsstrukturen. Namentlich die Wählenden vom Land, in den tieferen Bildungsschichten, die katholisch sind, und nicht zuletzt die Frauen dieser Konfession zeigen ein geringes Verständnis für Frauenförderung bei Wahlen.

**Tabelle 15:**  
**Bekundete spezifische Unterstützung für Frauen bei den Schwyzer Kantonsratswahlen nach Konfession und ausgewählten Merkmalsgruppen (Anteil in Prozent)**

<i>Merkmalsgruppe</i>	<i>Katholische WählerInnen</i>	<i>Protestantische WählerInnen</i>	<i>Differenz</i>
<i>Total</i>	14	18	+ 4
<i>Geschlecht</i>			
. Frauen	18	30	+ 12
<i>Schulabschluss</i>			
hoch	8	33	+ 25
mittel	15	18	+ 3
tief	13	14	+ 1
<i>Landgemeinden insgesamt</i>	12	24	+ 12
. Agrarische Gemeinden	6	24	+ 18
. Semitouristische Gemeinden	10	24	+ 14
. Industrielle Gemeinden	20	26	+ 6

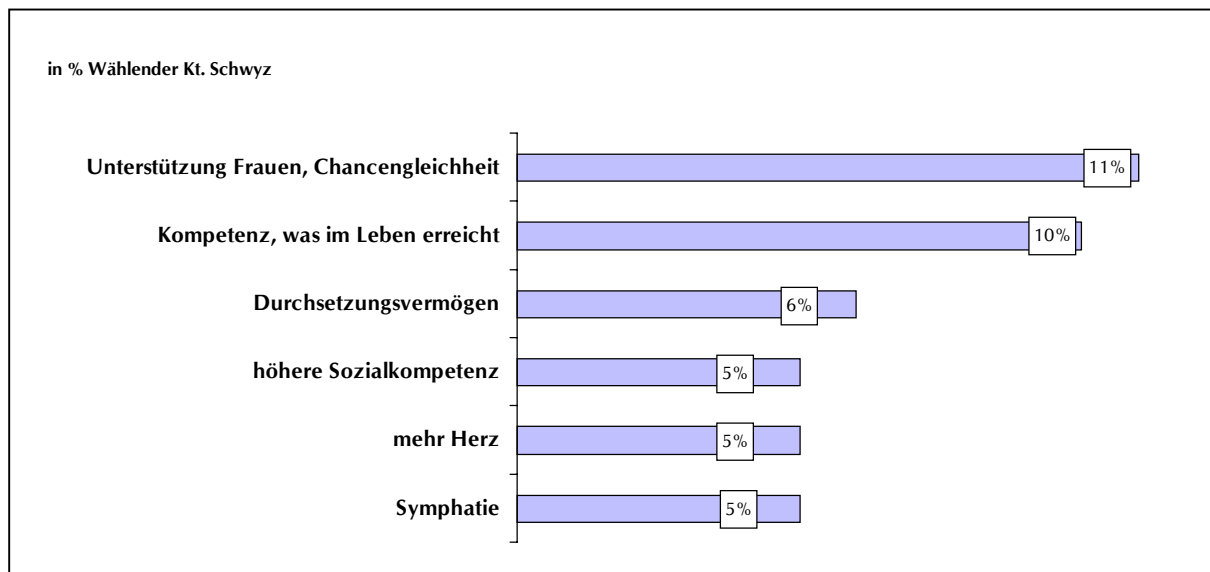
**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Spontan spricht aus der Sicht der Befragten die Chancengleichheit für die Bewerbung von Frauen für politische Ämter. An zweiter Stelle kommt bereits die „Kompetenz-Frage“. Es wird etwa argumentiert, Frauen würden soziale Kompetenzen und emotionale Intelligenz mitbringen, die Männern fehle und damit der Politik entgehe. Schliesslich werden Frauen als durchsetzungsfähig angesehen, was sie für politische Ämter empfiehlt.

**Grafik 13:**

**Die wichtigsten spontan genannten Gründe für Frauen**

„Nennen Sie mir im Folgenden die drei Gründe, die FÜR eine Frau als Kandidatin im Kantonsrat von Schwyz sprechen?“



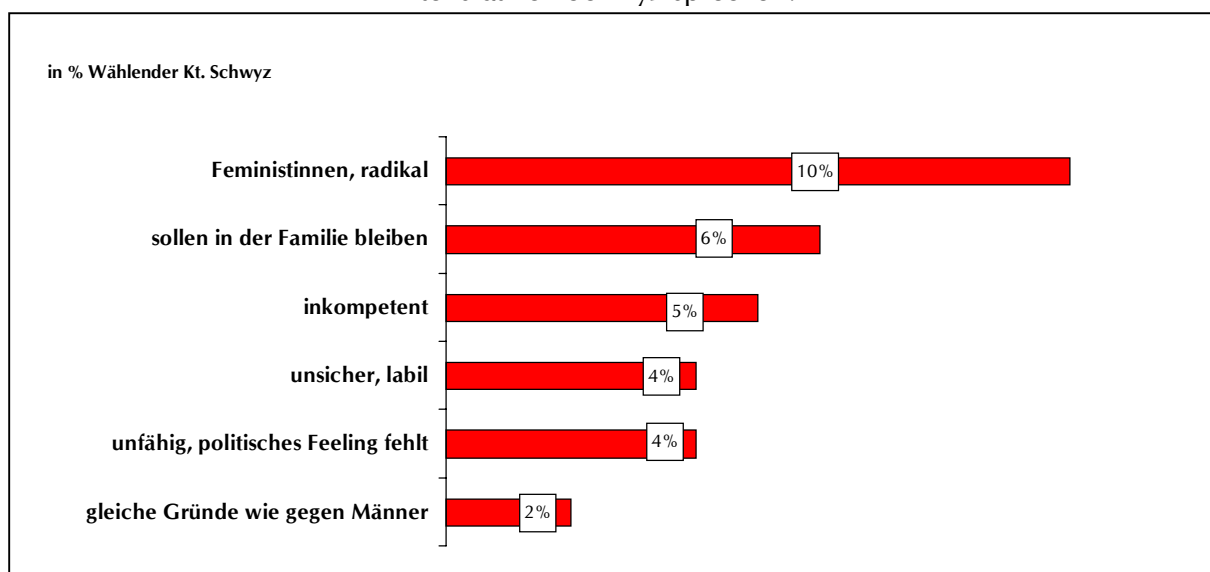
**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (N = 1350, n=605 Wählende)

Gegen Frauen als Politikerinnen wendet sich die Schwyzer Wählerschaft namentlich dann, wenn ihre Forderungen als „radikal“ oder „feministisch“ angesehen werden. Weiters kommt traditionelles Rollendenken vor. Skepsis gegenüber Frauen in der Politik findet sich dort, wo geäußert wird, dass „die Frau besser in der Familie bleiben sollte“, oder eigentliche Vorurteile angesprochen werden wie eine generelle Inkompetenz von Frauen, einer vermehrte Unsicherheit, Labilität resp. mangelndes politisches Verständnis.

**Grafik 14:**

**Die wichtigsten spontan genannten Gründe gegen Frauen**

„Nennen Sie mir im Folgenden die drei Gründe, die GEGEN eine Frau als Kandidatin im Kantonsrat von Schwyz sprechen?“



**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (N = 1350, n=605 Wählende)

### 3.4.4. *Typische Eigenschaften von Politikern und Politikerinnen*

Bei den persönlichen Eigenschaften eines Politikers resp. einer Politikerin wird zwischen Männern und Frauen nicht generell unterschieden. VertreterInnen beider Geschlechter sollten Eigenschaften wie realistisch, logisch und offen sein, praktisch, entschlossen und verantwortungsbewusst handeln sowie zielstrebig und kommunikativ an den eigenen Zielen arbeiten auf sich vereinen.

Eine ganze Reihe weiterer Eigenschaften sind mehr oder weniger unbestritten, und es treten teilweise Unterschiede in der Geschlechterzuschreibung auf. So wird beispielsweise Sachlichkeit, sprachliche Prägnanz und Ehrgeiz als vorteilhafte Eigenschaft eines Mannes in einem politischen Amt gewertet, während bei einer Frau in dieser Funktion eher Warmherzigkeit und Modebewusstheit positiv anerkannt wird. Gruppiert man die Antwortmuster der Befragten, zeichnen sich vier Dimensionen in den Antworten ab, die mit typisierbaren Rollenvorstellungen von Politikern oder Politikerinnen zu tun haben (Jung 1989; Bents/Blank 1995).

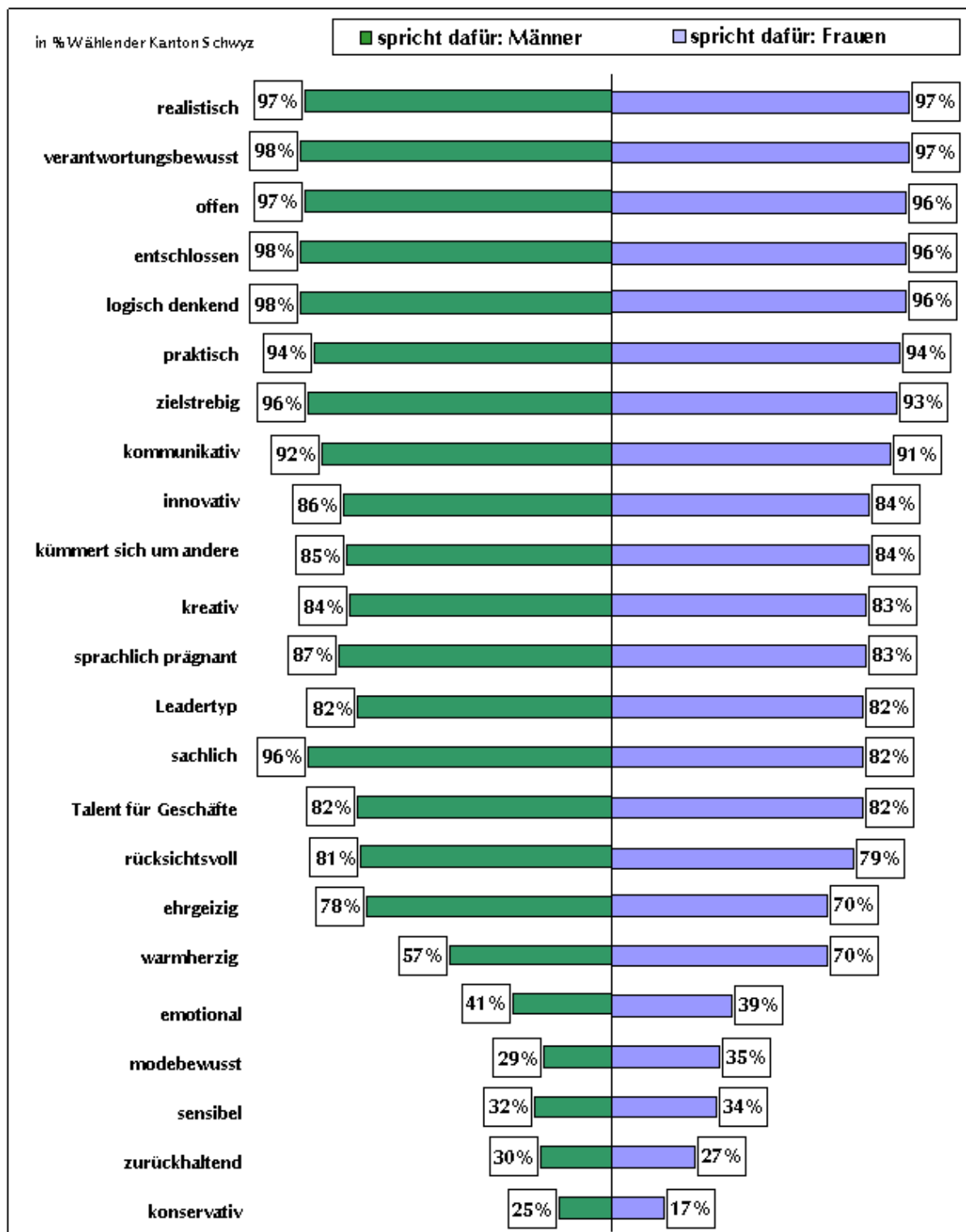
- *Zielstrebigster Typ*: Die Beurteilungen dieser Politiker oder Politikerinnen basieren auf Eigenschaften, die nach aussen getragen werden und als Bewertungsgrundlage für rationale Entscheidungen in der Politik dienen sollen. Dieser Typ ist gekennzeichnet durch Leadership, Ehrgeiz und Geschäftssinn, wobei diese Eigenschaften sowohl Männern wie Frauen dieses Typs zugeschrieben werden. Bei Männern kommt noch die Zielstrebigkeit hinzu, was das Bild des „kopf-orientierten“ Machers vervollständigt.
- *Praktischer Typ*: In vielen Dimensionen besteht Übereinstimmung mit dem ersten Typ. Er unterscheidet sich jedoch im Wesentlichen bezüglich der Problemlösungsfähigkeit, d.h. die Entscheidungen werden wertmässig und nicht analytisch gefällt. Zur Charakteristik dieses Typs zählen Praxiserfahrung, Kreativität und bei Männern zudem Innovation. Im Gegensatz zum ersten Typ könnte man diesen Typ auch den „bauch-orientierten“ Macher nennen.
- *Pragmatischer Typ*: Wie der praktische Typ entscheidet dieser wertmässig und nicht analytisch; er verlässt sich dabei aber mehr auf die eigenen Sinne als die Intuition. Er ist weniger nach aussen als nach innen gerichtet. Typische Eigenschaften sind Realitätssinn, Offenheit, logisches Denken, Entschlossenheit und Verantwortungsbewusstsein. Diese Eigenschaften werden ebenso auf Männer wie auf Frauen angewendet.
- *Sozialer Typ*: Dieser Typ ist am schwersten zu fassen, auch wenn die Beurteilungen am stärksten gefühlsmässig ausfallen und die Innen- der Aussenorientierung vorgezogen wird. Entsprechend gelten Emotionalität und Sensibilität als wichtigste Eigenschaften. Wird dieser Typ von einem Mann verkörpert, ist er als zurückhaltend gesehen, wogegen dieser bei einer Frau vorwiegend mit Anteilnahme für andere Personen in Verbindung gebracht wird.

Die drei ersten Typen vereinigen jeweils Merkmale auf sich, die von einer Mehrheit der Wählenden bei der Beurteilung von Männern und Frauen in einem politischen Amt als wichtig angesehen werden. Der vierte Typ ist nur für Minderheiten der Schwyzer Wählenden typisch und wird demnach auch seltener gewählt. In Ansätzen gibt es auch noch

einen fünften Typ, nämlich den/die modebewusste(n) PolitikerIn. Diese Eigenschaft stellt eigentlich eine eigene Dimension dar, die bei Frauen am ehesten noch mit „rücksichtsvoll“ kombiniert vorkommt, während die wichtigste Kombination mit modebewusst bei einem Mann der ruhige Auftritt ist.

Grafik 15:

**Allgemeine Eigenschaften, die für die Wahl einer Frau bzw. eines Mannes sprechen**  
 „Im folgenden nenne ich Ihnen einige Eigenschaften, sagen Sie mir, ob diese aus Ihrer Sicht für oder gegen die Wahl einer Frau/eines Mannes spricht?“



Quelle: GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (N = 1350, n=605 Wählende)

### 3.4.5. **Generelle Kriterien der Glaubwürdigkeit von Politiker und Politikerinnen**

Was schliesslich macht einen glaubwürdigen Politiker, eine glaubwürdige Politikerin aus? Die Analyse der Antworten auf diese Frage aus der Sicht der Schwyzer Wählenden macht drei Kriterien sichtbar:

- er oder sie soll integer sein,
- er oder sie muss gesellschaftlich gut integriert sein, und
- er oder sie soll berufliche Kompetenz vorweisen können.

**Grafik 16:**

**Wichtige Eigenschaften, die zur Glaubwürdigkeit einer Politikerin / eines Politikers beitragen**  
 „Welche der folgenden Eigenschaften ist aus Ihrer Sicht für die Glaubwürdigkeit einer Frau als Politikerin / eines Mannes als Politiker wichtig bzw. nicht wichtig?“

**"Dass sie / dass er..."**

(Mutter/Vater)

(Amt)

(Karriere)

(Selbständigkeit)

(Ehrlichkeit)

(Erfahrung)

(Natürlichkeit)

(Volksnähe)

(Ausbildung)

"...eine gute Mutter ist. / ein guter Familienvater ist."

"...in einem öffentlichen Amt tätig ist."

"...im Berufsleben eine wichtige Funktion hat."

"...selbständig erwerbend ist."

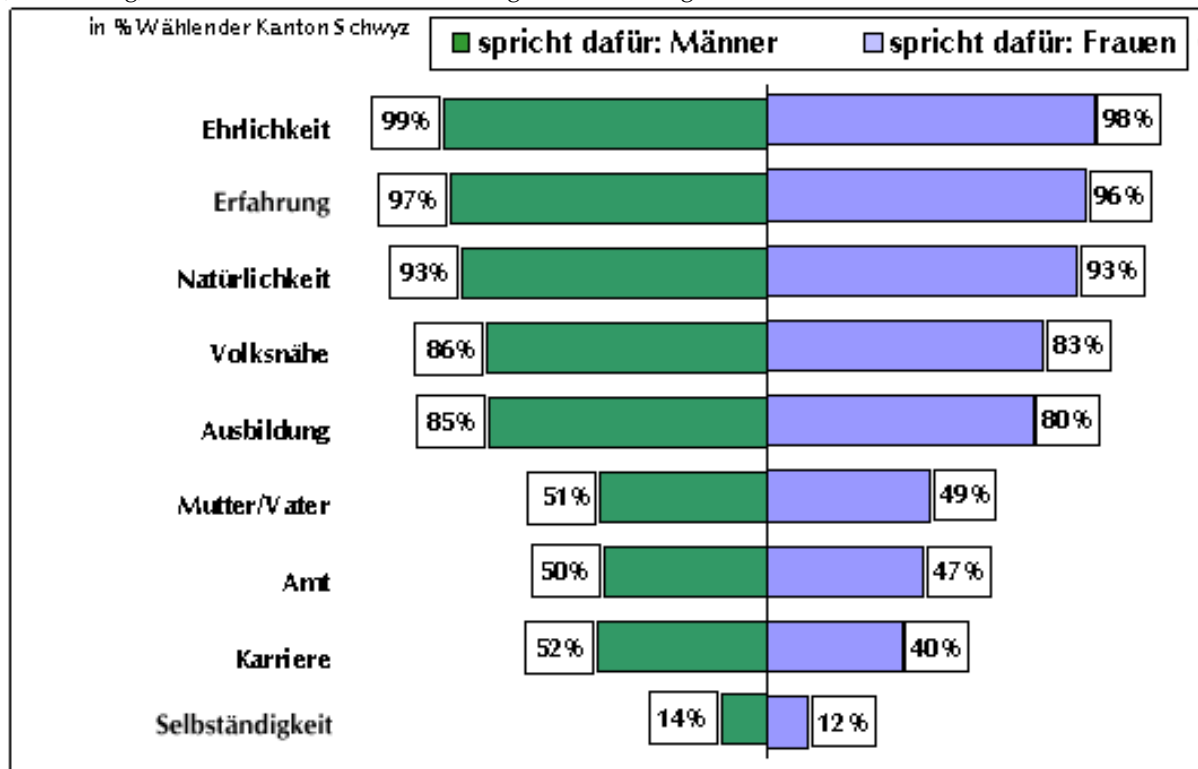
"...die Wahrheit sagt."

"...weiss, wie die Dinge anzupacken sind."

"...natürlich auftritt."

"...eine Frau/ein Mann vom Volk ist."

"...eine gute Ausbildung hat."



**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlchancen Frauen Kanton Schwyz März 2000, (N = 1350, n = 605 Wählende)

Die Integrität ergibt sich aus der hoch unterstützten Erwartung an Politiker resp. Politikerinnen, durch Ehrlichkeit und Natürlichkeit zu überzeugen sowie tatkräftig zu handeln. Ohne diese Voraussetzungen ist es für die Schwyzer Wählenden nur schwer vorstellbar, eine Person ins Parlament zu wählen. Danach werden schon mehr Akzente gesetzt: Gesellschaftliche Integration drückt sich vor allem dadurch aus, sich in der Familie bewährt zu haben und ein guter Vater, eine gute Mutter zu sein. Sie kann auch durch ausgesprochene Volksnähe entstehen. Bei Männern kommt die Integration auch dadurch zum Ausdruck, dass sie sich in öffentlichen Ämtern bereits bewährt haben, während bei Frauen diesbezüglich Unsicherheit herrscht. Schliesslich bemisst sich die berufliche Kompetenz an Kriterien wie der Ausbildung und dem beruflichen Leistungsausweis, bei Frauen tendenziell auch daran, sich unabhängig durchgesetzt zu haben.

**Tabelle 16:**  
**Dimensionen der Glaubwürdigkeit und typische Merkmale dazu bei Frauen und Männern als Politiker resp. Politikerinnen im Kanton Schwyz 2000**

<i>Dimensionen von Glaubwürdigkeit</i>	<i>Merkmale</i>	<i>Übereinstimmung mit der Dimension bei Frauen</i>	<i>Übereinstimmung mit der Dimension bei Männern</i>
Moralisch Integrität	Ehrlichkeit	.86	.76
	Unternehmungsfreudigkeit	.76	.75
	Natürlichkeit	–	.54
Gesellschaftliche Verbundenheit	Gute Mutter/guter Vater	.74	.63
	Volksnähe	.60	.67
	Politisches Amt haben	–	.52
Berufliche Kompetenz	Beruflicher Erfolg	.74	.67
	Gute Ausbildung	.63	.79
	Selbständigkeit	.56	–

**Lesebeispiel:** Ehrlichkeit als Kriterium der Wählenden für die Glaubwürdigkeit von Politikern oder Politikerinnen bildet bei Männern wie bei Frauen einen Bestandteil der Anforderungen, die man zur Integrität zählen kann. Bei Frauen ist der Zusammenhang mit der Dimension noch etwas stärker als bei Männern (0.86 statt 0.76). Damit wir überhaupt von einer „Übereinstimmung“ mit einer Dimension sprechen, haben wir Faktorladungen von mindestens .50 verlangt, die entsprechenden Werte finden sich in der Tabelle in der dritten resp. vierten Kolonne.

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Greifen wir als Beispiel das Kriterium des beruflichen Erfolgs heraus. Bei einem Mann ist dies für 61 Prozent der LVP-Wählerschaft eine Empfehlung, bei 53 Prozent der CVP resp. bei 52 Prozent der SVP ebenso. Bei der SP-Wählerschaft ist dies dagegen nur bei einer Minderheit von 40 Prozent eine Referenz. Eine gute Funktion im Erwerbsleben innezuhaben, ist dagegen bei einer Frau deutlich weniger förderlich. Bei der LVP-Wählerschaft ist das zu 37 Prozent ein Wahlgrund, wobei sich diese Gruppe damit kaum von den Wählerschaften anderer Parteien unterscheidet.



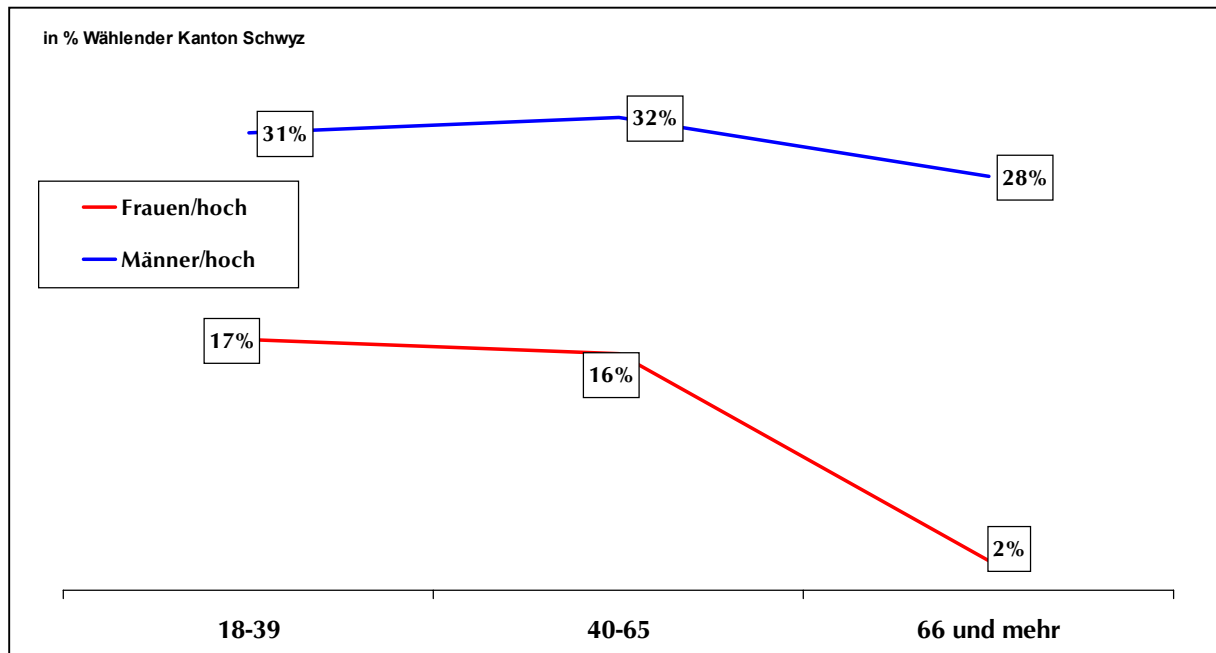
**Tabelle 17:**  
**Wichtigkeit einer guten beruflichen Funktion für die Wählerschaften bei einem Mann resp. bei einer Frau als Kriterium der Personenwahl im Kanton Schwyz 2000 nach Parteiwählerschaften (Angaben in Prozent)**

<i>Gute berufliche Funktion inne- haben</i>	<i>SP</i>	<i>CVP</i>	<i>LVP</i>	<i>SVP</i>
Wichtig für Wahl eines Mannes	40	52	61	53
Wichtig für Wahl einer Frau	35	38	37	40

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Wie problematisch diese Erwartungen aus der Sicht der Geschlechterdiskriminierung sind, sei durch einen Vergleich aufgezeigt. So haben Frauen weniger häufig politische Ämter (schon) inne und können auch weniger zahlreich beruflichen Erfolg vorweisen. Unsere Erhebung zeigt, dass 70 Prozent der Wähler berufstätig sind und 31 Prozent eine weiterführende gute Schulausbildung genossen haben, während nur 44 Prozent der Wählerinnen beruflich aktiv sind, und nur jede 10. Eine weiterführende Schule über eine (allfällige) Lehre hinaus besuchen konnte. Die Zusammenhänge werden unter Berücksichtigung des Alters noch deutlicher. Hohe Anteile mit tiefer Bildung unter den Frauen finden sich vor allem in der Renter-/Rentnerinnen-Generation, während sich die Verhältnisse bei den Jüngeren ausgleichen, ohne identisch zu werden. Gleichzeitig ist es dieselbe Altersgruppe, die bei der höheren Bildung deutlich auffällt.

**Grafik 17:**  
**Hohe Schulbildung nach Geschlecht und Altersgruppe**



**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Zu erwarten ist insbesondere, dass sich Frauen der SP und der CVP, die altersmässig anders zusammengesetzt sind, am deutlichsten unterscheiden. Die zweite Folgerung

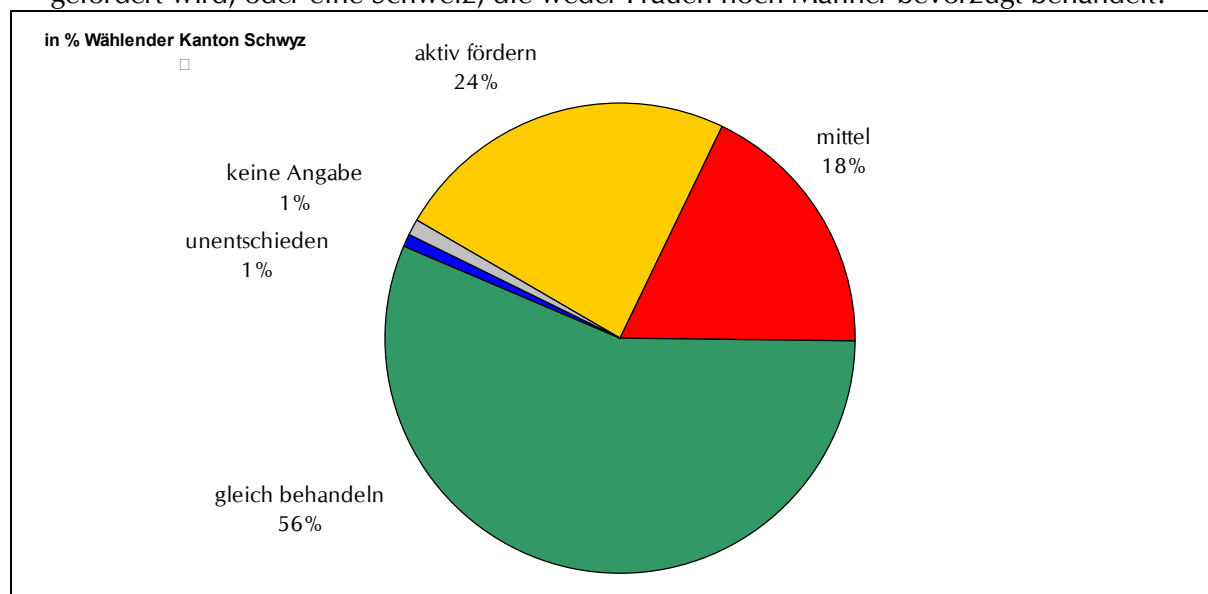
betrifft den damit angesprochenen Generationeneffekt. Zu erwarten ist auch, dass die Gegensätze stark bleiben, bis sie durch den Generationenwechsel verschwinden werden.

### 3.4.6. Haltung zur Durchsetzung der Frauenförderung

Es bleibt noch die generelle Frage nach der Durchsetzung der Frauenförderung in der Schweiz. Die spezifische Fragestellung hierzu gab den Befragten die Möglichkeit, zwischen einer aktiven Durchsetzung der Gleichberechtigung und der Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu unterscheiden. Da beide Pole an sich positiv besetzt sein können, bedarf es einer Entscheidung, die geeignet ist, Werthaltungen sichtbar zu machen.

**Grafik 18:**  
**Frauenförderung**

"Möchten Sie eine Schweiz, in der die Durchsetzung der Gleichberechtigung für Frauen aktiv gefördert wird, oder eine Schweiz, die weder Frauen noch Männer bevorzugt behandelt?"



**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

56 Prozent der Wählenden im Kanton Schwyz entscheiden sich für die Gleichbehandlung der Geschlechter, egal ob dabei auch eine Gleichstellung resultiert. 24 Prozent befinden sich ausdrücklich auf der anderen Seite, indem sie für die aktive Durchsetzung der Gleichberechtigung sind, auch wenn dies spezielle Aufholmassnahmen zugunsten der Frauen bedarf.

Die grösste Zustimmung zur aktiven Frauenförderung findet sich bei den Wählenden der SP mit 31 Prozent, die geringste bei der SVP. Dazwischen angesiedelt sind die CVP und die LVP, wobei die LVP wiederum wenig mehr Zustimmung zeigt. In keiner der untersuchten gesellschaftlichen Gruppen ist die Zustimmung zur aktiven Frauenförderung höher als bei der SP. Bei den Frauen insgesamt stellen wir einen Wert von 29 Prozent fest, gegenüber 18 Prozent bei den Männern. Charakteristische Unterschiede ergeben sich aber innerhalb der Parteien nach Geschlecht. Bei der aktiven Durchsetzung zeigen sich die Frauen mit Ausnahme der CVP durchwegs stärker zustimmend. Die Dif-

ferenz ist vor allem bei der SVP am grössten, was darauf schliessen lässt, dass die Frauen dort ihre minderheitliche Position am stärksten erfahren und dies deshalb in allgemeinen Fragen in der Erhebung auch ausdrückten.

**Tabelle 18:**  
**Zustimmung zur Gleichbehandlung der Geschlechter resp. zur aktiven Frauenförderung unter den Wählenden insgesamt und separat nach Frauen und Männern (Angaben in Prozent)**

<i>Position</i>	<i>SP</i>	<i>CVP</i>	<i>LVP</i>	<i>SVP</i>
<i>Gleiche Behandlung von Frauen und Männern</i>				
Total	47	55	55	62
Frauen	43	56	54	59
Männer	53	54	57	63
Differenz	-10	2	-3	-4
<i>Aktive Durchsetzung zugunsten der Frauen</i>				
Total	31	25	26	14
Frauen	37	24	35	27
Männer	22	26	19	7
Differenz	15	-2	16	20

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

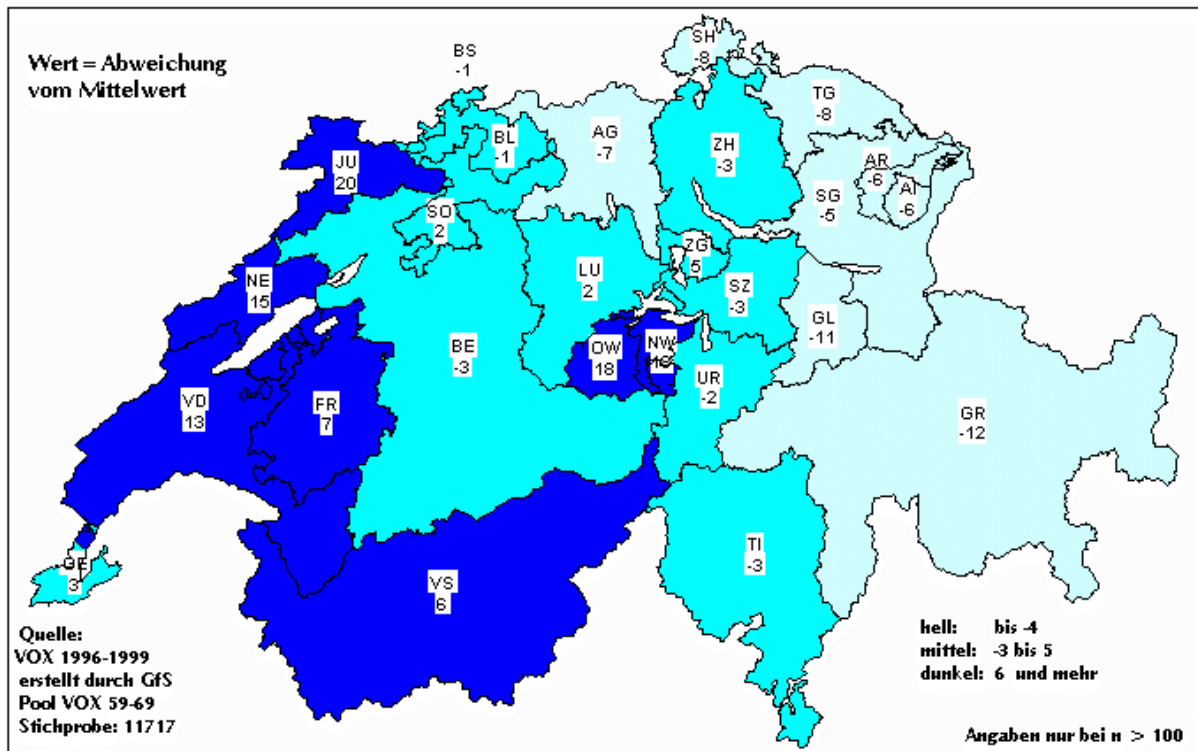
Bei der CVP ergibt sich dagegen ein gegenteiliges Ergebnis. Hier sind die Frauen weniger für Massnahmen, die den Frauen Verbesserungen bei ihnen selber, aber auch Veränderungen bringen würden. Vielmehr sind ihre Antworten weitgehend identisch mit jenen, welche die CVP-Männer geben.

Abstrahiert man dieser Besonderheit, kann man festhalten, dass der Kanton Schwyz mit den vorgestellten Einstellungsverteilungen nicht wesentlich vom Mittel der deutschsprachigen Schweiz abweicht. Die nebenstehenden Karten zeigen die Unterschiede unter den Wahlberechtigten in den Kantonen. Sie basieren auf der gleichen Frage, beziehen sich aber auf die Mittelwerte von 1996 bis 1999. Weil die Vergleichsbasis nicht ganz identisch ist mit jener, die wir 2000 für die Wählenden des Kantons Schwyz erhoben haben, beziehen wir uns beim Vergleich nicht auf die absoluten Zahlen, sondern auf die Abweichungen in den Kantonen vom Mittel.

Zum Ausdruck kommt zuerst, dass spezifische Massnahmen zugunsten der Frauen in der Romandie generell weniger umstritten sind als in der Deutschschweiz. In dieser Sprachregion wiederholt sich das Ost/West-Gefälle, indem die Ostschweiz und der Kanton Aargau die geringste Zustimmung zeigen. Gleiches wiederholt sich mehr oder weniger, wenn man die Zustimmung zum anderen Pol betrachtet. Immerhin ergeben sich in der Innerschweiz gewisse Differenzierungen. So erscheint die Zustimmung zur aktiven Frauenförderung in Ob-/Nidwalden stärker, gefolgt von Zug, Luzern, Uri und Schwyz. Bei der Zustimmung zur Gleichbehandlung steht Uri an der Spitze, gefolgt von Schwyz, Zug, Luzern und Ob-/Nidwalden.

Karte 1:

a91h: Chancengleichheit Frauen/Männer: Wunsch nach aktiver Förderung



Quelle: GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

### 3.4.7. Zwischenbilanz

Volksnähe und Bekanntheitsgrad sind nebst der Sympathie und Fachkompetenz aus der Sicht der Schwyzer und Schwyzerinnen die elementaren Voraussetzungen für die Wahl einer Person in den Kantonsrat.

56 Prozent der Wählenden geben an, dass das Geschlecht bei der Wahlentscheidung eine Rolle spielt und 41 Prozent haben es in ihre Wahl effektiv einbezogen. Ein gutes Drittel der Wählenden, die das Geschlecht als Entscheidungskriterium anlässlich der Kantonsratswahlen einbezogen haben, geben an, dass sie sich im Zweifelsfalle zu Gunsten einer Frau entschieden haben. Umgerechnet auf die gesamte Wählerschaft im Kanton Schwyz haben im Zweifelsfalle 16 Prozent der Wählenden speziell die Wahl von Frauen unterstützt.

Speziell Frauen unterstützt haben die SP-Wählenden (30%), bei den LVP-Wählenden waren es 17 Prozent und bei Wählenden mit einer CVP-Vorliebe 15 Prozent. Die Unterteilung nach Männern und Frauen zeigt, dass 21 Prozent der Wählerinnen sich speziell für Frauen stark gemacht haben, wogegen dies nur bei 14 Prozent der Männer der Fall war.

Die Analyse der Erwartungen der Wählerschaft an die Politiker und Politikerinnen zeigt, dass zwischen Frauen und Männern bei den elementaren Eigenschaften keine grossen Unterschiede im Anforderungsprofil gemacht werden. Folgende Typen haben gemäss unserer Analyse eine erhöhte Wahlchance:

- Der zielstrebige Typ oder der/die „kopf-orientierte“ MacherIn,
- Der praktische Typ oder der/die „bauch-orientierte“ MacherIn
- und der pragmatische Typ.

Am niedrigsten sind die Wahlchancen des „sozialen“ Typs, der sich vorwiegend durch emotionale Eigenschaften charakterisieren lassen. Dieser vierte Typ ist nur für Minderheiten der Schwyzer Wählerschaft typisch und wird demnach auch seltener gewählt.

Als zentrale Kriterien bei der Beurteilung der Glaubwürdigkeit einer Politikerin bzw. eines Politikers gelten zudem die folgenden Eigenschaften:

- er oder sie soll integer sein,
- er oder sie muss gesellschaftlich gut integriert sein und
- er oder sie soll berufliche Kompetenz vorweisen können.

Die letzten beiden Anforderungen haben bewusst oder unbewusst einen diskriminierenden Aspekt, weil Frauen diese erforderlichen Erfahrungen weniger sammeln konnten.

## **3.5. Meinungsbildung unter dem Eindruck des Wahlkampfes**

### **3.5.1. Die Übersicht**

In diesem Kapitel beschäftigen wir uns mit Aspekten der Entscheidungsfindung unter dem Eindruck der Kampagne. Konkret werden drei Sachverhalte geklärt:

- der Zeitpunkt der Entscheidung (3.5.2),
- die Nutzung der Wahlwerbung (3.5.3.) und
- das Diskussionsverhalten während des Wahlkampfes (3.5.4.).

Am Schluss folgt die Zwischenbilanz (3.5.5.), die darauf gerichtet ist, die inhaltlichen Ergebnisse unter dem Aspekt der Meinungsbildung nochmals Revue passieren zu lassen.

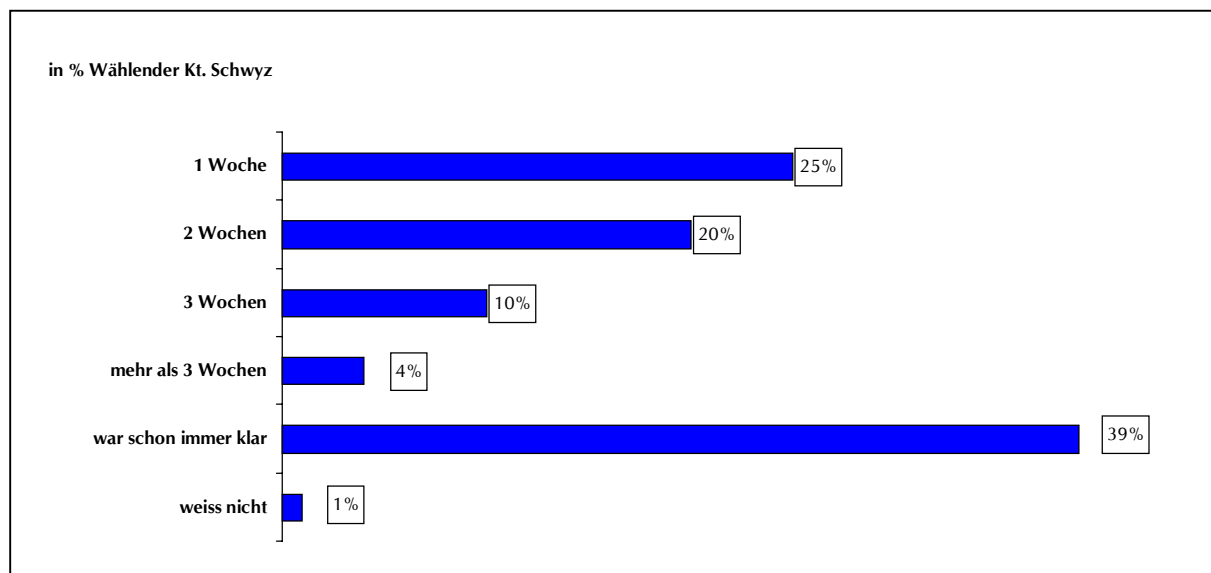
### **3.5.2. Der Zeitpunkt der Wahlentscheidungen**

39 Prozent der Wählenden vom 12. März 2000 gaben an, dass der Parteientscheid von Beginn weg klar war. Sie wussten, welche Partei sie unterstützen würden und haben dies schliesslich auch gemacht. Immerhin 3 von 5 Wählenden haben sich demgegenüber erst unter dem Eindruck des Wahlkampfes festgelegt. Übertrieben wäre die Annahme, sie hätten sich alle anders entschieden als vier Jahre zuvor. Dennoch kann angenommen werden, dass sie eine Weile nicht wussten, was sie wählen sollten oder wenigstens phasenweise schwankten, ob sie gleich oder anders als vier Jahre zuvor wählen sollten. Insofern lassen sich Verschiebungen in den Parteistärken als Folge dieses Wählenden-Typs annehmen. Ein Viertel der Wählenden blieb sogar bis ganz am Schluss

offen, das heisst, diese Personen legten sich erst in der Woche vor den Wahlen definitiv fest.

**Grafik 19:**  
**Zeitpunkt der Wahlentscheidungen**

„Reden wir jetzt noch einen Moment lang von den Kantonsratswahlen in Schwyz. Wann ungefähr haben Sie sich entschieden, wie Ihr Wahlzettel definitiv aussieht? Machen Sie mir die Angaben in Wochen vor dem Wochenende; zum Beispiel 1 Woche vor den Wahlen.“



**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Bei den Parteien gibt es verschiedene Akzentsetzungen: Personen, die sich schon von Beginn weg oder früh entschieden haben, sind bei der SP und der LVP zahlreicher als bei der SVP und bei der CVP, die diesbezüglich den geringsten Anteil kennt. Diese Parteien haben denn auch einen erhöhten Anteil an Personen, die sich erst in der letzten Woche entschieden haben. Zu diesem Zeitpunkt entschied sich fast ein Drittel der SVP-Wählerschaft, während der Anteil bei der LVP unter einem Fünftel lag. Dieser Partei gelang es am schlechtesten, sich bei Spätentscheidenden als politische Kraft anzubieten.

**Tabelle 19:**  
**Entscheidungszeitpunkt bei den Schweizer Parlamentswahlen 2000 nach Parteiwählerschaften (Angaben in Spaltenprozent)**

Zeitpunkt	SP	CVP	LVP	SVP
War schon immer klar	43	33	41	39
Frühe Wahlkampfphase	18	15	17	11
Zweitletzte Woche	12	22	20	19
Letzte Woche	26	28	18	29
Keine Angabe	1	2	4	2

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Am stärksten in der letzten Woche entschieden sich folgende Personengruppen:

- politisch geringes Interesse (34%),
- sehr tiefes Haushaltseinkommen (32%),
- weniger als 5 Jahre im Kanton (30%),
- Wohnort Ausserschwyz (31%).

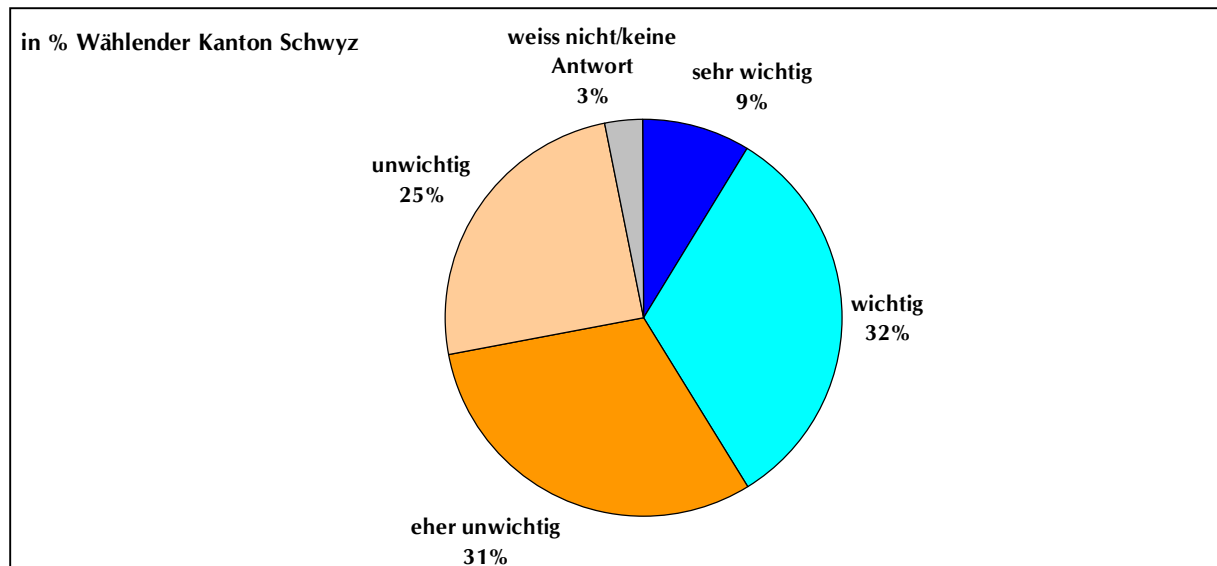
Sie verweisen auf zwei wichtige Faktoren: tiefe soziale Schichtung und geringe lokale Integration, die dazu führen, dass man sich mit der Kantonspolitik weniger identifiziert bzw. weniger mit ihr vertraut ist und sich bei Wahlen spät entscheidet. Interessant ist auch, dass themenorientiert wählende Personen nicht bis am Schluss warteten, sondern schon früher zu einer definitiven Entscheidung gekommen waren.

### 3.5.3. Zur Bedeutung der Werbung

41 Prozent der Wählenden im Kanton Schwyz geben an, dass sie die Werbung als sehr wichtig (9%) bis wichtig (32%) einstufen. 31 Prozent geben an, sie sei eher unwichtig, und 25 Prozent sind der Meinung, sie sei unwichtig.

**Grafik 20:**  
**Bedeutung der Werbung**

„Hat für Sie die Werbung im Zusammenhang mit den Kantonsratswahlen eine sehr wichtige, wichtige, eher unwichtige oder ganz unwichtige Bedeutung.“



**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Die Unterschiede nach Parteien sind nicht erheblich. Die Proportion, die Werbung als erheblich betrachtet, ist fast überall gleich.

**Tabelle 20:**  
**Bekundete Wichtigkeit der Wahlwerbung bei den Schwyzer Parlamentswahlen 2000 nach  
 Parteiwählerschaften (Angaben in Spaltenprozent)**

Wichtigkeit	SP	CVP	LVP	SVP
Sehr wichtig	12	4	15	12
Eher wichtig	32	40	29	33
Eher unwichtig	26	31	31	34
Ganz unwichtig	25	21	19	27

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Vielmehr machen sich regionale Eigenheiten bemerkbar, wird doch die Werbung in der Region Ausserschwyz als wichtiger angesehen als in der Region Innerschwyz. Sie ist auch für die Leserschaften verschiedener Zeitungen wie

- dem Höfner Volksblatt (50 %),
- dem March Anzeiger (49 %) und
- der March Höfe Zeitung (48 %) bedeutsamer,

als etwa für Personen, die vermehrt zum Boten der Urschweiz oder zur Neuen Schwyzer Zeitung greifen (je 39%).

Interessant ist, dass vor allem bestimmte Typen von Wählenden auf die Werbung achten: Etwa jene, die sich aufgrund

- der Vertretung von Gruppeninteressen entscheiden (50 %) oder
- den Stil der Parteien (47%)

in ihre Beschlussfassung miteinbeziehen.

Demgegenüber fallen Entscheidungen von themenorientierten Wählenden (39%) resp. von Personen, die sich vor allem für Köpfe entscheiden (41%), weniger häufig aufgrund der Werbung. Damit stimmt überein, dass Wählende, die nicht panaschiert haben, häufiger die Werbung verwendet haben (46%) als jene, die parteiübergreifend Personen unterstützt haben (39%).

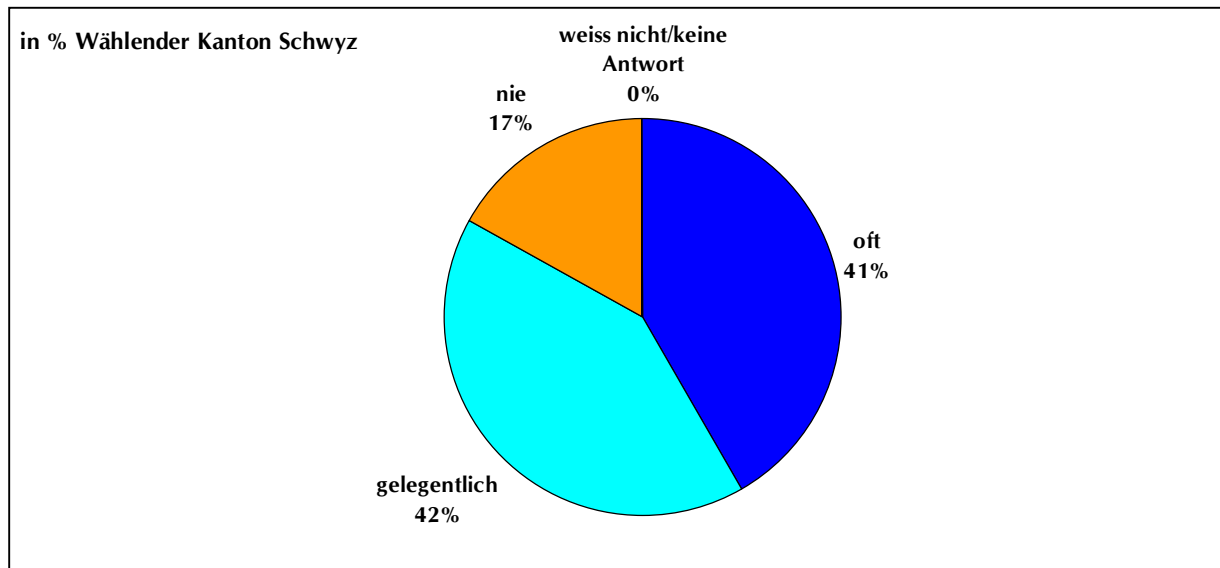
### **3.5.4. Zum Diskussionsverhalten während der Kampagne**

27 Prozent der Wählenden geben an, dass sie sich oft mit Kollegen und Kolleginnen, Familienmitgliedern oder anderen Bekannten über die Wahlen unterhalten haben. Lediglich 11 Prozent haben sich vor dem Urnengang mit niemandem darüber unterhalten, während dies bei 61 Prozent wenigstens gelegentlich der Fall war.



**Grafik 21:**  
**Diskussion über die Wahlen**

„Haben Sie sich selber oft, gelegentlich oder nie zu den Wahlen unterhalten? Egal ob dies mit Familienmitgliedern, Kollegen/Kolleginnen, Freunden/Freundinnen oder Fremden der Fall war? War dies ... der Fall.“



**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Am intensivsten über die Wahlen diskutiert haben die Wählerschaften der SP und der SVP, während namentlich die CVP-Wählerschaft eine deutlich geringere Diskussionshäufigkeit kennt.

**Tabelle 21:**  
**Bekundetes Diskussionsverhalten während des Wahlkampfes zu den Schwyzer Parlamentswahlen 2000 nach Parteiwählerschaften (Angaben in Spaltenprozent)**

Diskussionsverhalten	SP	CVP	LVP	SVP
Oft	37	25	29	31
Gelegentlich	54	61	64	57
Nie	9	15	7	12

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Eine überdurchschnittliche Diskussionsintensität zeigt sich bei Personen, die

- selbständig erwerbend sind (47%) oder
- im öffentlichen Dienst angestellt sind (36%).

Die Diskussionsintensität wird durch hohe Bildung (44%) oder durch eine sehr gute finanzielle Situierung (37%) gefördert und kommt vor allem bei Personen vor, die vermehrt zur Neuen Schwyz Zeitung greifen.

### 3.5.5. Meinungsbildung unter dem Eindruck des Wahlkampfes

Die hier beschriebenen Randbedingungen der Meinungsbildung unter den Bedingungen des Wahlkampfes sind nicht losgelöst voneinander. Zuerst können wir festhalten, dass die bewusste Nutzung der Werbung für die Meinungsbildung und das Diskutieren über die Wahlen einigermaßen parallel verlaufen. Es gibt Personen, die das eine vermehrt tun, aber das andere ebenso häufig anwenden. Personen beispielsweise, welche die Werbung für sehr wichtig ansehen, haben zu 55 Prozent häufig über die Wahlen gesprochen. Immerhin zeichnet sich ganz leicht auch ein Gegentyp ab, Wählende nämlich, welche die Werbung nicht beachten und dennoch diskutieren.

**Tabelle 22:**  
**Bekundete Wichtigkeit der Werbung und bekundetes Diskussionsverhalten bei den Schwyzer Parlamentswahlen 2000 nach Zeitpunkt der Entscheidung (Angaben in Spaltenprozent)**

Zeitpunkt	1 Woche	2 Wochen	3 Wochen	Von Beginn weg klar
<i>Werbung</i>				
Sehr wichtig	5	8	13	12
Eher wichtig	30	31	36	33
<i>Diskussionsverhalten</i>				
Häufig	14	20	30	37
Gelegentlich	66	71	60	55

**Bemerkung:** Wir weisen nur jene Entscheidungszeitpunkte aus, für die wir genügend Befragte haben.

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Die Aufgliederung des genannten Zusammenhangs nach Zeitpunkt der Entscheidung macht verschiedene Reaktionsweisen deutlich. Personen, deren Entscheidung von Beginn weg klar ist, diskutieren eher häufiger, beachten die Werbung aber nur durchschnittlich. Dagegen nutzten Personen, die sich rund 20 Tage vor den Wahlen definitiv festlegen, die Werbung etwas stärker und diskutieren auch recht häufig darüber. Personen schliesslich, die ihre Entscheidung hinauszögerten, sind schwieriger ansprechbar über die Werbung und sie diskutieren vor allem weniger intensiv. Letztlich fällen sie ihre Entscheidungen verstärkt alleine.

Interessanterweise verbergen sich hinter den Unterschieden im Masse der politischen Aktivität auch konfessionelle Aspekte. So sind von 100 wählenden Protestantinnen mehr Menschen politisch sehr aktiv, betrachten mehr die Werbung als wichtig bzw. diskutierten mehr über die Wahlen, als dies unter den Katholiken bzw. Katholikinnen der Fall ist. Dafür war bei diesen der Anteil höher, der an den Wahlen teilnahm, ohne sich gross zu engagieren, das heisst kein grösseres Interesse zeigte, die Werbung für unwichtig hält, auch nie über die anstehende Entscheidung mit anderen diskutierte.

**Tabelle 23:**  
**Grade politischer Aktivität und Passivität unter den Wählenden 2000 nach**  
**Konfessionszugehörigkeit**

<i>Indikator</i>	<i>Katholische Wählenden</i>	<i>Protestantische Wählenden</i>	<i>Differenz</i>
<i>Aktivität</i>			
<i>Politisches Interesse</i>			
. sehr hoch	24	34	+ 10
<i>Bedeutung der Werbung</i>			
. Sehr wichtig	7	13	+ 6
. Eher wichtig	31	34	+ 3
<i>Diskussionsverhalten während Wahlkampf</i>			
Oft	27	29	+ 2
<i>Passivität</i>			
<i>Politisches Interesse</i>			
. Sehr und eher tief	21	13	- 8
<i>Bedeutung der Werbung</i>			
. Ganz unwichtig	27	17	-10
<i>Diskussionsverhalten während Wahlkampf</i>			
. Nie	11	7	- 4

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Der Grund ist in langfristig anderen Menschen- und Bürgerbildern zu suchen, die durch die frühe Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft geformt worden ist. Sie haben in der protestantischen Wählerschaft eine aktivere politische Involvierung erzeugt als bei der katholischen Bevölkerung. Deshalb werden Vorstellungen einer entscheidungsorientierten und damit partizipativeren politischen Kultur auch stärker unterstützt, während in der katholischen Bevölkerung das passivere Element wichtiger bleibt und politische Kultur verstärkt auch ergebnisorientiert betrachtet wird. Auf ähnliches sind wir nicht zuletzt bei den Problemen gestossen, katholische Frauen für Politik und für Frauensolidarität in der Politik zu bewegen.

### **3.5.6. Zwischenbilanz**

Die Bedeutung des Wahlkampfes ist unterschiedlich, je nachdem, an wen sie sich wendet. Dabei ist es wichtig zu wissen, wie gross der Anteil Wählender ist, der eigentlich von Beginn weg weiss, was er oder sie wählen wird. Bei diesen Personen kommt dem Wahlkampf allenfalls eine Verstärkungswirkung zu, während bei den übrigen Wählenden der Wahlkampf Partei- und Personenentscheidung verstärkt (re)aktiviert.

2 von 5 Wählenden wussten schon im Voraus, was oder wen sie wählen wollten und änderten daran nichts. Sie sind die stabilen Wählerschaften. Sie sind in allen Parteien ähnlich stark vorhanden und zeichnen sich in der Regel durch eine überdurchschnittliche Integration, höhere soziale Schicht und ein starkes politisches Interesse aus. Sie diskutieren recht intensiv über die Wahlen, ohne dass sie dabei die Wahlwerbung über dem Mittel nutzen.

3 von 5 Wählenden entschieden sich definitiv erst unter dem Eindruck des Wahlkampfes, ohne dass alle von ihnen zu einem anderen Schluss kommen müssen als bei früheren Wahlen. Sie sind in der Region Ausserschwyz häufiger als in der Innerschwyz. Generell gilt, dass dabei die Beachtung von Werbung und das Diskutieren über die Wahlen parallel verlaufen. Vor allem Wählende, die sich rund 20 Tage vor den Wahlen definitiv festlegen, nutzen die Angebote des Wahlkampfes der Parteien verstärkt und besprechen ihre Eindrücke auch mit anderen, während Personen, die sich ganz am Schluss entscheiden, beides weniger häufig machen. Sie stammen verstärkt aus der Unterschicht und haben ein geringes politisches Interesse. Sie kommen bei der SVP-Wählerschaft am häufigsten vor.

## **4. Die Synthese**

### **4.1. Die Übersicht**

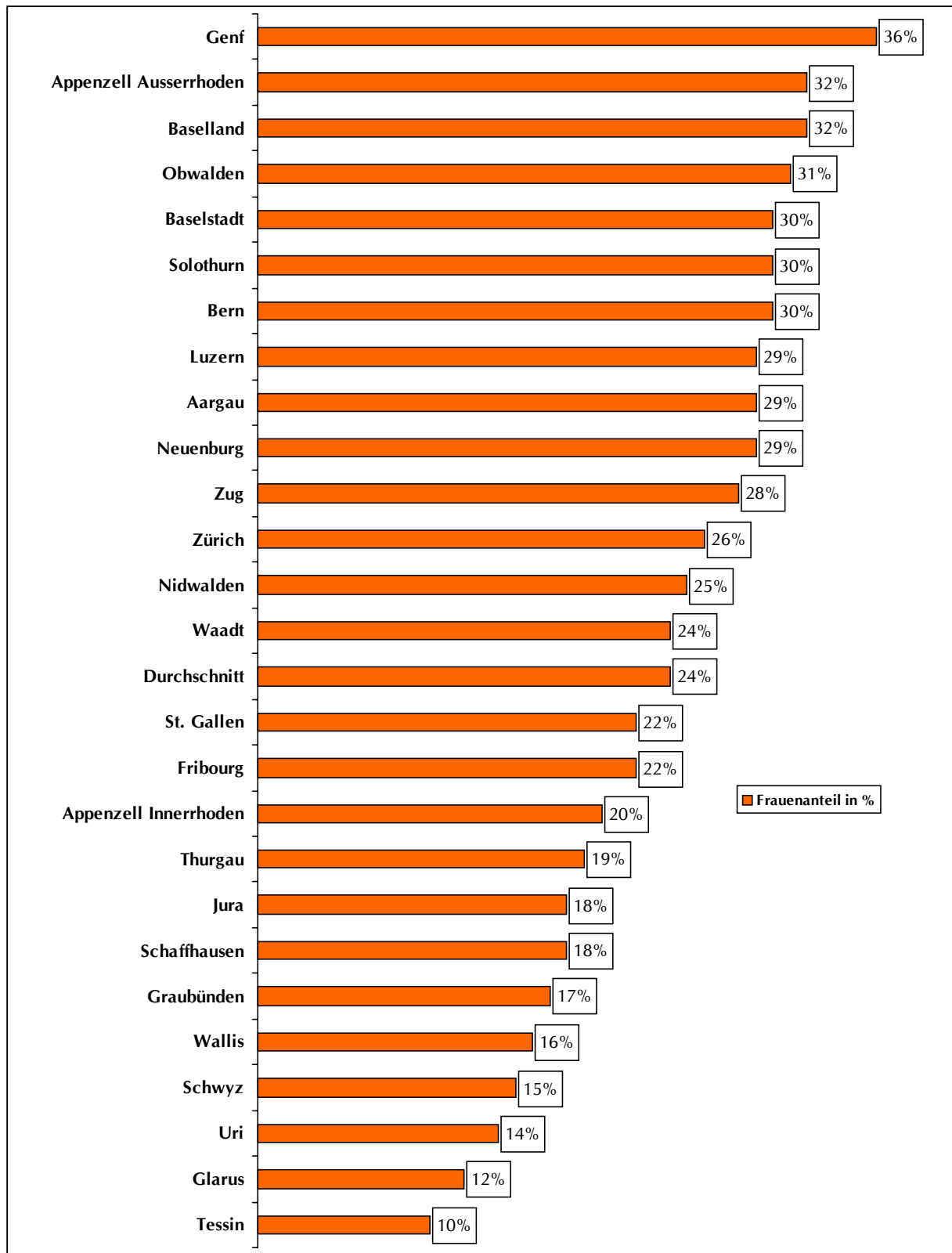
Ziel der Synthese ist es, die Befunde, die wir gegliedert vorgestellt und in Zwischenbilanzen verdichtet haben, zu einem Ganzen zusammenzufügen. Wir leisten dies in verschiedenen Schritten:

- Wir rekapitulieren kurz den Ausgangspunkt der vorliegenden Studie (4.2.).
- Wir würdigen die Ergebnisse entlang der vier ersten Arbeitshypothesen, die wir einleitend vorgestellt haben (4.3.).
- Wir suchen danach systematischen Erklärungen für die Situation der Frauen in der Schwyzer Politik (4.4.).
- Schliesslich entwickeln wir ein Raster für Probleme und Massnahmen in Sachen Frauenförderung, das den allgemeinen Erkenntnissen entlehnt ist, auf die spezifisch schwyzerischen Eigenheiten aber Bezug nimmt (4.5.).

### **4.2. Der Ausgangspunkt der Studie**

Ausgangspunkt für die Ausarbeitungen der vorliegenden Arbeit war der beschränkte Erfolg der Frauen bei den jüngsten Kantonsratswahlen. Zwar erhöhte sie ihre Sitzzahl von 12 auf 15, doch rangiert das Schwyzer Kantonsparlament mit seinem jüngsten Ergebnis weiterhin im letzten Viertel der Rangliste unter Kantonsparlamenten nach Frauenvertretung.

**Grafik 22:**  
**Frauenanteil in den Kantonsparlamenten (Stand: Juli 1999, Ergänzung für Schwyz)**



Quelle: BfS, [http://www.statistik.admin.ch/stat\\_ch/ber17/frauen](http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber17/frauen)

Es bleibt die Frage, weshalb sich die Schwyzer Politik stärker als jene anderer Kantone als Männerdomäne behaupten kann?

### 4.3. Die Würdigung der Befunde

*These 1:*

Die Schwyzer Kantonsratswahlen sind in hohem Masse Persönlichkeitswahlen, was sich vorerst aber mehr für Männer als für Frauen als Vorteil erweist.

Das Geschlecht als Wahlkriterium ist bei den Schwyzern und Schwyzerinnen nicht vorrangig. Bei der Parteientscheidung achtet sich jede(r) Siebte auf die Geschlechtervertretung. Bei der Personenentscheidung geben immerhin 41 Prozent an, sich an der Geschlechterzugehörigkeit zu orientieren.

Eher zugunsten einer Frau entscheiden sich dabei aber nur 21 Prozent der Frauen und 10 Prozent der Männer, was anders ausgedrückt heisst, dass jede(r) Sechste im Kanton Schwyz bei Wahlen Frauen besonders unterstützt. Mehr sind es eindeutig bei der SP, weniger bei der SVP. Nahe beim Mittel sind die LVP resp. die CVP. Das Interessante dabei ist, dass diese Werte weitgehend mit jenen übereinstimmen, welche die Frauen unter den Gewählten ihrer Parteien ausmachen. Nicht übersehen werden kann, dass es im Kanton Schwyz aber auch das Gegenteil gibt, nämlich der Entscheid gegen Frauen. 12 Prozent unserer Befragten äusserten sich klar in dieser Hinsicht, weitere 13 Prozent verweigerten die Angabe und zeigen deutlich mehr Übereinstimmung mit den Männern als den Frauenförderern. Am häufigsten sind sie bei der SVP, recht zahlreich aber auch bei der LVP und der CVP, während sie bei der SP seltener vorkommen.

Alles in allem bestätigt unsere Untersuchung aber auch, dass Persönlichkeiten, die gewählt werden wollen, eine Chance haben. Nicht nur bei der Parteiidentifikation sind die Kandidaturen oder Parteivertretungen von hoher Bedeutung. Auch bei den Personenentscheidungen bestehen recht klare Vorstellungen, wenn auch nicht übersehen werden kann, dass sie sich weiterhin stark am männlichen Karriere- und Rollenbild orientieren. Personen, die selber besondere Chancen haben wollen, gewählt zu werden, sollten aus der Sicht der Wählenden drei Vorbedingungen erfüllen: Ihre Wahlaussichten steigen,

- wenn sie gesellschaftlich integriert sind,
- wenn sie integer sind und
- wenn sie berufliche Kompetenz vorweisen können.

Ersteres bemisst sich im Kanton Schwyz insbesondere daran, Kinder zu haben und diese als vorbildliche Eltern grosszuziehen, resp. eine Nähe zum allgemeinen Volk zu zeigen. Integrität zeigt ein Bewerber/eine Bewerberin, wenn er oder sie natürlich auftritt, ehrlich ist und wenn er/sie Lebenserfahrung mitbringt. Für den beruflichen Ausweis stehen Kriterien wie eine gute Ausbildung und sichtbarer Erfolg. In der Regel wird dabei nicht zwischen Männern und Frauen unterschieden, was die Frauen strukturell benachteiligt. Hauptgrund ist, dass Frauen seltener in qualifizierten Positionen sind und auch bei der

schulischen Weiterbildung gegenüber Männern benachteiligt bleiben. Interessanterweise erhalten sich dabei charakteristische Unterschiede zwischen den Religionen. So bleibt die sozio-ökonomische Situation der Frauen unter den Katholiken schlechter bleibt.

Immerhin zeigt unsere Studie, dass die Wählenden unsicher sind, ob sie beim Kriterium „beruflicher Erfolg“ Frauen nicht anders als Männer beurteilen sollen. So ist beruflicher Erfolg namentlich im bürgerlichen Lager ein verbreiteter Grund, einen Mann zu wählen, was bewusst oder unbewusst eine Bevorzugung mit sich bringt. Unterschiede ergeben sich aber auch bei der Einschätzung, wie notwendig es ist, schon vor der Wahl in den Kantonsrat, politische Ämter innegehabt zu haben. Dies ist namentlich den Wählerschaften der CVP und der LVP wichtig und bei den Männern ein Wahlgrund, der ähnlich wie Volksnähe und Vaterschaft gesellschaftliche Integration bezeugt. Bei Frauen ist die Unsicherheit deutlich grösser, wobei sich hier Rücksichtnahme und traditionelles Rollenverständnis von Frauen mischen, die ganz gegen die politische Beteiligung sprechen.

Für Frauen nicht unproblematisch ist auch, dass die Schwyzer resp. Schwyzerinnen drei typische Vorstellungen haben, was ein guter Politiker/eine gute Politikerin ist: Nach den Vorstellungen der Mehrheit soll er/sie

- pragmatisch,
- praktisch und
- zielorientiert sein.

Dabei fällt auf, dass bei Frauen die gleichen Massstäbe angewendet werden, wie sie aus dem Politikerbild abgeleitet werden. Dies kontrastiert teilweise mit dem Frauenbild der Schwyzer resp. Schwyzerinnen. So sehen sich politisierende Frauen teilweise pauschalen Vorurteilen ausgesetzt, wonach Politikerinnen zu radikal und feministisch seien, ihnen das „politische Gespür“ abgehe und sie bisweilen auch labil, unsicher und inkompetent auftreten würden.

Immerhin gibt es im Kanton Schwyz neben diesen drei Eigenschaften, die man sich von Politikern oder Politikerinnen wünscht, auch weitere Bilder, die allerdings weniger deutlich ausgeprägt und in nur geringerem Masse verbreitet sind. So können auch Eigenschaften identifiziert werden, die für ein soziales Rollenverständnis typisch sind, und sich durch Emotionalität, Sensibilität, Anteilnahme für andere und Warmherzigkeit ausdrücken. Das Interessante dabei ist, dass diese Eigenschaften aber nur von Minderheiten akzeptiert werden. Schliesslich zeichnet sich auch noch ein fünfter Typ ab, nämlich jener des Modebewussten, wobei auch dies kein Mehrheitskriterium ist. Bei Frauen ist es wichtiger und wird es mit "angepasst" in Verbindung gebracht, während Modebewusstsein bei Politikern weniger wichtig ist und am ehesten mit ruhigem Charakter in Verbindung gebracht wird.



## *These 2:*

Nebst der Personenorientierung steigt die Bedeutung der Themenausrichtung von Parteien; sie ist vor allem für Wählenden von Belang, die Wechslerbereitschaft zeigen.

Der Gewinn der SVP bei den Regierungsratswahlen erklärt sich vor allem aus der aktuellen Themenlage im Kanton. Die Parteien CVP, LVP und SP sind, genauso wie ihre verbliebenen Wählerschaften, in erster Linie mit den traditionellen Themen der Schweizer Politik, der Finanzpolitik und der Staatsreform, beschäftigt. Wenigstens bei der Beurteilung von Dringlichkeiten sind sie sich ähnlich. Unterschiede finden sich aber bei gesellschaftspolitischen Forderungen wie dem Ausbau des Bildungswesens oder der Förderung bestimmter Gruppen wie der Jugend oder der Frauen, die von linken und bürgerlichen Wählerschaften unterschiedlich dringlich eingeschätzt werden. Als stark von dieser traditionellen Themendefinition abweichend, fällt dagegen der Sorgenkatalog der neuen SVP-Wählerschaft auf, welche die Asyl- und Ausländerfrage an der Spitze sieht. Die Defizite im Kanton, die hier vor allem als Druck der Bundespolitik geortet werden, sind der Ausgangspunkt für die Verschiebungen im aktuellen Wahlverhalten. Dabei fällt die Nähe von Nennung zwischen der Überfremdungsfrage und der Kriminalität resp. der inneren (Un-)Sicherheit auf. Entstanden ist so vor den Wahlen 2000 eine Stimmung der Unzufriedenheit mit den etablierten Kräften, die nicht nur die Parteistärken nachhaltig beeinflusste, sondern auch die Wahlkriterien verschob. Sind die weltanschaulichen Bindungen für die Wahl einer der Regierungsparteien nach wie vor wichtig, rangiert die Themenorientierung bei der SVP-Wählerschaft vor diesem Kriterium.

Unsere Studie legt nahe, dass die weltanschauliche und thematische Orientierung noch durch die Personenidentifikation übertroffen wird. Wahlen in den Kantonsrat sind in hohem Masse auch Personenwahlen und bieten damit Persönlichkeiten, die sich engagieren wollen, auch Chancen. Die Wählenden identifizieren sich mit Bewerbenden,

- die bekannt sind aus den persönlichen Beziehungen familiärer, beruflicher oder gesellschaftlicher Natur resp. mit Personen, die in den Medien präsent sind,
- die ihnen sympathisch vorkommen und
- die thematische Kompetenzen in politischen Fragen in ihren bisherigen Funktionen, sei es auf Gemeinde- oder Bezirksebene, erworben haben.

Für die Parteien heisst dies, Personen zu nominieren, welche diesen drei Bedingungen genügen. Während die ersten beiden Punkte selbstverständlich erscheinen, zeigt unsere Studie, dass auch die thematischen Positionen der Kandidierenden gerade in der Phase des Umbruchs, in der sich der Kanton befindet, von Belang sind.

Insgesamt ergeben sich in unserer Studie verschiedenste Hinweise, welche die These stützen, dass das Themenwählen die Veränderungen im Wahlverhalten der Schwyzer und Schwyzerinnen, wie es 2000 zum Ausdruck kam, bestimmte. Dabei ist es nicht einmal nötig, dass die Verschiebungen unter den Wählenden dort am stärksten sind, wo auch die Migrationsbewegungen ihre Zentren kennen. Dies ist in der Regel in den

urbanen Gebieten stärker der Fall, während es im ländlichen Kontext zu einer antizipierten Abwehr befürchteter Bewegungen kommt, die sich 1999, speziell in der deutschsprachigen Schweiz, an der Fluchtbewegung aus dem Kosovo fast flächendeckend entzündet hatte.

Dafür spricht auch, dass der Vormarsch der SVP alles andere als nur kampagnebedingt war. Zwar stimmt es, dass die SVP in der letzten Woche vor den Wahlen knapp am meisten Stimmen auf sich zog, doch hat die Partei mit 39 Prozent Wählenden, die schon vor der Kampagne fest entschieden waren, einen Sockelanteil, mit dem sie sich von den traditionellen Parteien nicht (mehr) unterscheidet. Mit anderen Worten: Die Kernwählerschaft der SVP sichert ihr heute, wie den anderen Parteien auch, den Sockel, auf den sie zählen kann, während sich der Rest unter dem Eindruck des Wahlkampfes entscheidet, ohne zwingend die bisherigen Gewohnheiten bei Wahlen abzuändern, sich aber vermehrt an sensitiven Themen ausrichtet und Personenentscheidungen auch so zu fällen beginnt.

*These 3:*

In den Entscheidungen der Wählenden mischen sich alte Konfliktlinien regionaler, konfessioneller und schichtmässiger Art, während die neuen Konfliktlinien demografischer, teilweise auch schichtmässiger Natur sind.

Mit dieser Typisierung stimmt der Wahlerfolg der SVP Schwyz 2000 recht gut mit jenem der Mutterpartei 1999 bei den Nationalratswahlen überein. Hierfür spricht auch, dass sich die SVP gesamtschweizerisch wie auch im Kanton Schwyz vor allem im Segment der rechten Wählerschaft klar von der CVP wie auch von der LVP absetzt, weil sie kaum Wählende in der Mitte bindet. Wie in keiner anderen Partei bekennt sich eine klare Mehrheit zu einer eigenen politischen Position rechts der Mitte. Bei 11 Prozent ist diese sogar ganz rechts, bei weiteren 56 Prozent „rechts“.

Dennoch legt unsere Studie nahe, von einem erheblichen strukturellen Unterschied zwischen der Situation in Schwyz und der gesamtschweizerischen auszugehen. Die Gewinne der SVP Schwyz sind nicht vorwiegend auf Wechseltendenzen der protestantischen Bevölkerung zurückzuführen, die in der Agglomeration lebt und der Ober- oder der oberen Mittelschicht angehört. Entsprechend war denn auch die Steuerfrage nicht das Thema der Opposition, sondern weiterhin in den Händen der Regierung. Der Erosionsprozess im Kanton Schwyz kennt vielmehr eine andere sozialstrukturelle Eigenheit. Deutlich mehr als von Frauen wird die SVP von Männern gewählt; stärker ist sie namentlich in der erwerbsfähigen Altersgruppe, wobei die eigentlichen Schwerpunkte bei Angestellten im privaten wie im öffentlichen Bereich auszumachen sind, die ein eher unterdurchschnittliches Einkommen haben. Hinzu kommt, dass die Schwyzer SVP relativ mehr Stimmen in der katholischen als in der protestantischen Wählerschaft macht und da insbesondere bei Personen, die eine gelockerte Bindung an die katholische Kirche haben. Eine Nähe zwischen der SVP- und der CVP-Wählerschaft kommt auch im Panaschierverhalten zum Ausdruck, wo sich seitens der SVP eine stärkere Bindung an CVP-Kandidaturen als etwa an solche der LVP zeigt. Auf die CVP bleibt die neue Konkurrenz nicht ohne Wirkung. Sie erscheint, je nachdem in welchem Wählersegment man sich

orientiert, noch mit altem Gesicht der Mehrheitspartei, während sie in anderen gesellschaftlichen Bereichen schon deutlich das Gepräge einer starken Minderheitspartei hat. Typisch für das Erste ist, dass es speziell bei Wählenden vorkommt, die sehr häufig in die Kirche gehen und mehrheitlich CVP wählen. Stark ist die Partei auch dort, wo die Einheimischen und/oder die Erwerbstätigen über dem Kantonsmittel im Agrarbereich vertreten sind. Fast mehrheitlich gewählt wird die CVP weiterhin von der älteren Generation, wobei Rentnerinnen zahlreicher sind als Rentner. Überhaupt gehört es zu den Eigenheiten, dass im traditionell christlichen Verständnis gebundene Frauen bei der CVP verblieben sind, wie etwa der Anteil Wählerinnen unter den Mitgliedern von Frauenorganisationen zeigt.

Die klassischen Schwächen der CVP finden sich bei konfessionslosen Bürgern resp. Bürgerinnen resp. bei Personen, die protestantischen Glaubens sind. Schwach ausgeprägt ist ihre Verankerung links der Mitte und bei Personen, die mit den Gewerkschaften sympathisieren resp. Mitglieder sind. Deutlich zum Ausdruck kommen ihre Schwächen vor allem in Regionen, die eine touristische Erwerbsstruktur haben. Die LVP resp. die SP können hier als die traditionellen Konkurrentinnen gelten. Neueren Datums dürfte aber die relativ schwache Stellung der CVP dort sein, wo die SVP ihre Stärken hat: Bei den Männern im erwerbsfähigen Alter, namentlich bei Erwerbstätigen im Angestelltenbereich und bei Personen mit kleinem Einkommen.

Die LVP setzt sich von ihrem Profil her sowohl von der CVP wie auch der SVP recht deutlich ab. Die LVP ist bei protestantischen Wählerinnen und Wählern stärker als bei katholischen. Sie ist insbesondere in Gegenden stark, die vom Tourismus leben. Sie vertritt auch deutlicher als alle anderen Parteien die selbständig Erwerbenden und die begüterten Schichten. Über dem Mittel gewählt wird sie von Personen im Umfeld des Gewerbeverbandes. Die SP-Wählerschaft hat dagegen einen Schwerpunkt in der unteren Mittelschicht. Sie ist jünger als alle anderen Wählerschaften und kennt die geringste soziale Integration. Die SP rekrutiert ihre Stimmen wie keine andere Partei im Kanton bei den Frauen.

*These 4:*

Politische Werbung ist ein zunehmend wichtiger Ansatzpunkt von Veränderung bei Wahlen im Kanton Schwyz. Sie könnte teilweise auch zugunsten der Frauenförderung eingesetzt werden.

Nicht alle Wählenden im Kanton Schwyz reagieren gleich auf den Wahlkampf. Generell können zwei Gruppen unterschieden werden: solche, die von Beginn an wissen, was sie wählen wollen und daran auch nichts ändern sowie solche, die sich erst unter dem Eindruck des Wahlkampfes entscheiden, auch wenn sie ihre Meinung nicht unbedingt ändern müssen.

Bei allen Parteien macht die erste Gruppe rund 4 von 10 Wählenden aus, eine beträchtliche Minderheit, welche als Sockel das Wahlergebnis sichert. Von Belang ist dabei, dass die SVP heute einen ebenso starken Sockel hat wie die anderen Parteien. Eigenheiten dieser Personen sind, dass sie zwar recht häufig über die Wahlen sprechen, Wer-

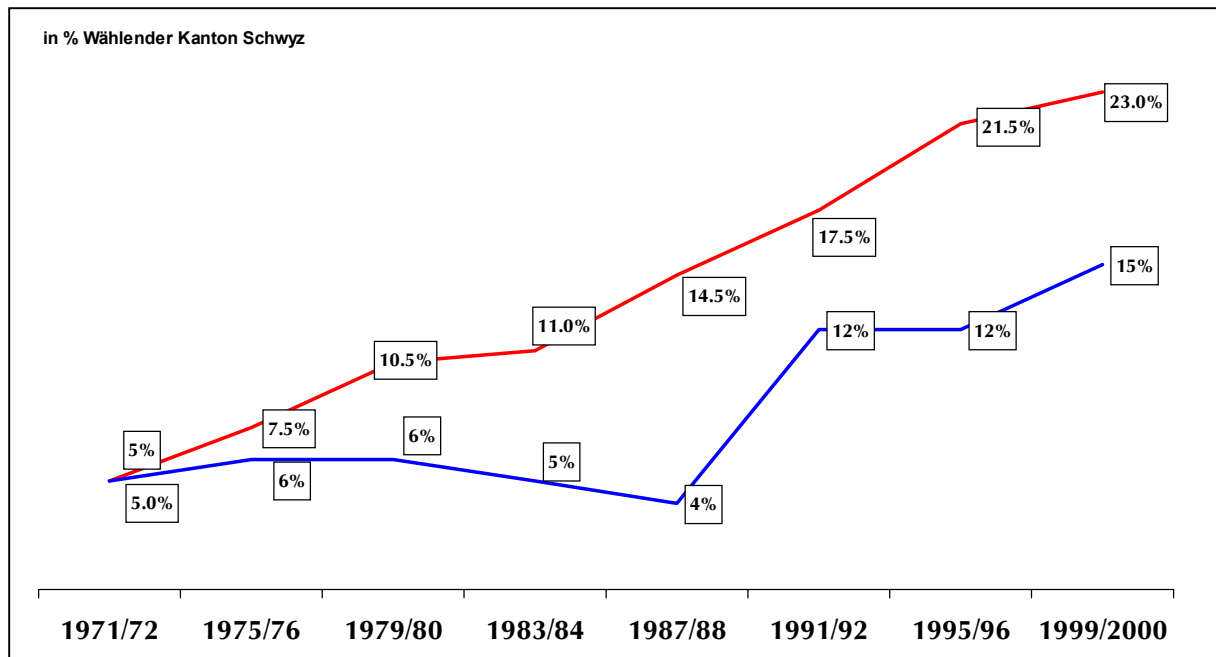
bung der Parteien aber nur unterdurchschnittlich verwenden. Namentlich solche Wählende, die sich zu Beginn der „heissen“ Wahlkampf-Phase entscheiden, also rund 20 Tage vor der Wahl, können als zweiter Typ angesehen werden, der verstärkt die Werbung konsultiert und über die Wahlen auch spricht, während Wählende, die sich erst ganz am Schluss entscheiden, in nur geringerer Masse auf Werbung zurückgreifen und auch über ihre Schwierigkeiten, sich zu entscheiden, nicht diskutieren. Unterschiede auf der Ebene von Personen ergeben sich vor allem hinsichtlich des politischen Interesses und der Schicht, vor allem aber auch zwischen den Regionen. Generell nutzen die Wählenden in Ausserschwyz die Werbung stärker und sind auch diskussionsfreudiger, während Gegenteiliges in der Innerschwyz häufiger vorkommt.

Dahinter verbirgt sich ein konfessioneller Unterschied. Protestantische Wählende zeigen bei allen Indikatoren der politischen Aktivität höhere Anteile in den aktivsten Gruppen, während die Katholikinnen resp. Katholiken höhere Anteile bei passivem Wahlverhalten aufweisen. Dies kann auch als Hinweise dafür genommen werden, dass partizipative Vorstellungen von Politik in der katholischen Bevölkerung generell seltener vorkommen und damit auch das Verständnis von Politik mehr ergebnisorientiert ist als im protestantischen Bevölkerungsteil.

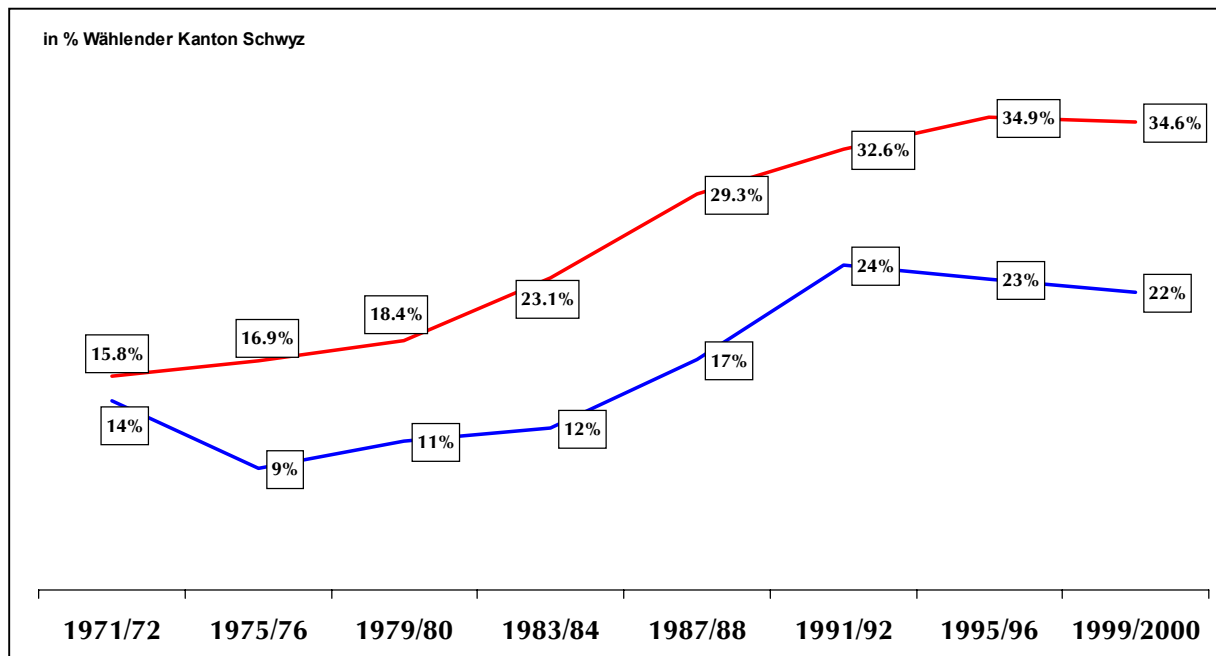
### **4.3. Faktoren des Repräsentationsdefizites von Frauen in der Schwyzer Politik**

Unabhängig davon, ob man die Frauenvertretung im Schwyzer Parlament mit 15 Prozent hoch, gerade richtig oder zu tief einstuft, bleibt mit einem Verhältnis von 85 Männern und 15 Frauen ein Repräsentationsdefizit. Ziel der Gleichstellungskommission des Kantons Schwyz ist es, einen 30-prozentigen Anteil der Frauen im Kantonsrat zu erwirken. Das ist nicht einmal so utopisch, wie es im ersten Moment klingen mag. Die Beispiele von Obwalden oder Luzern, wo die Frauen annähernd 30 Prozent im Kantonsparlament ausmachen, zeigen, dass unter vergleichbaren Bedingungen die geforderte Frauenvertretung möglich ist. Ohne Massnahmen geht es allerdings nicht.

**Grafik 23a:**  
**Frauenvertretung im Nationalrat (1971 – 1999), resp. im Schwyzer Kantonsrat (1972 – 2000)**



**Grafik 23b:**  
**Frauenvertretung unter Kandidierenden für den Nationalrat (1971 – 1999), resp. für den Schwyzer Kantonsrat (1972 – 2000)**



Quelle: BfS / Kanton Schwyz

Der Gleichstellungsgedanke unter den Geschlechtern gesteht den Frauen die politischen Rechte zu. Mit der Einführung des Frauenwahl- und Stimmrechts wurde der erste Schritt in diese Richtung getätigt. Zur Zeit geht es nun vorwiegend darum, dass die Frauen in ein politisches Amt gewählt werden (Liebig 1997). Fragen nach den Wahlchancen von Frauen sind demnach zentral. Ansatzpunkte ergeben sich auf verschiedenen Ebene: einmal bei den Frauen, die sich für ein Amt bewerben wollen, sodann aber auch bei der Wählerschaft.

Bei der Entwicklung von Schritten hierzu hinkt der Kanton Schwyz der gesamtschweizerischen Entwicklung nach. Bei den Ergebnissen der Schwyzer Wahlen 2000 werden Werte für die Frauenrepräsentation erreicht, wie sie gesamtschweizerisch in den 80er Jahren typisch waren. Namentlich hat der beschleunigte Abbau der Repräsentationsdefizite, wie er im Nationalrat ab 1987 sichtbar wurde, in Schwyz noch kaum eingesetzt.

Bei der Analyse der Gründe für die Untervertretung von Frauen in politischen Gremien, speziell im Schwyzer Parlament, gilt es, die Ansätze denkbarer Ursachen in ihrer ganzen Breite zu betrachten, auch wenn sie hier nicht speziell untersucht worden sind. Allgemein gesprochen ist das Wahlergebnis ein Produkt aus

- den Angeboten der Parteien,
- der Nachfrage der Wählenden und
- dem Wahlrecht, das die Regeln der Auswahl bestimmt.

*These 5:*

Die Parteien nominieren zu wenig Frauen für den Kantonsrat, was sich bei der Wahl verschärft, weil kandidierende Frauen eine geringere Wahlchance haben als Männer, die sich für ein Amt bewerben. Es gibt aber auch parteispezifische Eigenheiten.

Auf diesen drei Ebenen sei das Repräsentationsdefizit in der Folge analysiert. Der wichtigste Punkt ist, dass Frauen im Kanton Schwyz weniger zahlreich unter den Nominierungen der Parteien vorkamen als Männer und dass sie es schwerer hatten gewählt zu werden. Der geschlechtsspezifische Selektionsprozess, wie er bei Wahlen allgemein bekannt ist (Poledna/Kaufmann 1989), kommt damit auch im Kanton Schwyz vor. Er fällt hier noch verstärkt zum Nachteil der Frauen aus.

**Tabelle 24:**

**Vertretung von Frauen unter den Wählenden, den Kandidierenden und den Gewählten bei den Schwyzer Kantonsratswahlen 2000 und bei den Nationalratswahlen 1999**

<i>Anteil Frauen</i>	<i>Schwyz Kantonsrat 2000</i>	<i>Nationalrat 1999</i>	<i>Differenz</i>
Unter den Wählenden	49 %	48 %	+ 1 %
Unter den Kandidierenden	22 %	35 %	-13
Unter den Gewählten	15 %	23 %	-8 %

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Die Parteien haben insgesamt 66 Frauen und 229 Männer nominiert. Die Frauen machten damit zwischen einem Viertel und einem Fünftel der Bewerbungen aus. Aufgeteilt nach Parteien ergeben sich unterschiedliche Anteile. Eine annähernd gleichmässige Verteilung kennt nur die SP, wo die Frauen 44 Prozent der Bewerbungen ausmachten. Bei den bürgerlichen Parteien lagen die Anteile durchwegs erheblich tiefer; 14 Prozent machten sie bei der SVP aus, 18 bei der LVP und 21 von Hundert bei der CVP.

**Tabelle 25:**  
Zahl der männlichen und weiblichen Bewerbungen bei den Schwyzer Kantonsratswahlen 2000 insgesamt und nach Parteien

Kriterium	SPS	CVP	LVP	SVP	Total
Kandidierende Männer	29	70	63	60	229
Kandidierende Frauen	23	19	14	10	66
Frauenanteil unter Bewerbungen	44%	21 %	18 %	14 %	23 %

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Die Chancen der kandidierenden Frauen, gewählt zu werden, waren bei den jüngsten Wahlen geringer als jene der Männer. 37 Prozent der männlichen Kandidaturen führten zu einem Parlamentsmandat. Demgegenüber konnten nur 22 Prozent der Frauen, die sich der Wahl stellten, erfolgreich in den Kantonsrat einziehen. Es bestehen allerdings auch hier erhebliche Unterschiede nach Parteien: Frauen, die sich bei der CVP für ein Kantonsratsmandat stellten, wurden mit einer Wahrscheinlichkeit von 46 Prozent gewählt, Frauen, die Gleiches bei der SVP taten, dagegen nur mit 10-prozentiger Wahrscheinlichkeit.

**Tabelle 26:**  
Zahl der männlichen und weiblichen Gewählten bei den Schwyzer Kantonsratswahlen 2000 insgesamt und nach Parteien

Kriterium	SPS	CVP	LVP	SVP	Total
Männer	8	36	22	19	85
Frauen	3	7	4	1	15
Wahlchancen von Männern	28 %	51 %	35 %	32 %	37 %
Wahlchancen von Frauen	12 %	36 %	29 %	10 %	22 %
Frauenanteil unter Gewählten der Partei	27 %	16 %	15 %	5 %	15 %

**Definitionen:** Die „Wahlchancen“ nach Geschlecht bestimmen sich als Verhältnis von gewählten zu nominierten Personen nach Geschlecht einer Partei resp. im ganzen Kanton

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Daraus den Schluss zu ziehen, die CVP-Wählenden seien der Frauenförderung gegenüber positiver eingestellt, wäre zu vereinfachend. Auch die nominierten CVP-Männer

hatten eine deutlich überdurchschnittliche Chance, als Kantonsvertreter ins Parlament gewählt zu werden. Der Anteil gewählter Frauen in der CVP ist nur deshalb so hoch, weil sich relativ wenige Frauen beworben haben. Dies legt auch der Anteil Frauen unter den Gewählten der CVP nahe, der mit 16 Prozent deutlich tiefer ist als etwa bei der SP, bei der 27 Prozent der Abgeordneten Frauen sind.

*These 6:*

Das Bewusstsein der Wählenden in Schwyz ist im Vergleich zur Schweiz eher weniger geschärft für Fragen der Frauenvertretung; es richtet sich noch stark an den Vorstellungen der Männerkarriere in Beruf und Politik aus und trägt weiblichen Karrieremustern zu wenig Rechnung.

Direkter analysiert werden kann das Bewusstsein der Wählenden in Sachen Frauenförderung, wenn unsere Befragungsergebnisse beigezogen werden. Am Anteil der wählenden Frauen hat es nicht gelegen, dass Frauen bei den Schwyzer Wahlen nicht sonderlich gut abgeschnitten haben. Unsere Befragung legt nahe, dass eher mehr Frauen wählen, als es auf nationaler Ebene normalerweise der Fall ist. Immerhin betrug der Frauenanteil unter den Wählenden bei den Nationalratswahlen 1999 nur 46 Prozent, bei den Schwyzer Kantonsratswahlen dagegen 49 Prozent. Die Folgerung daraus ist eindeutig: Das Bewusstsein der wählenden Schwyzer und Schwyzerinnen, Frauen zu unterstützen, ist kleiner als gesamtschweizerisch.

Der genaue Wert hierfür in unserer Untersuchung, nämlich 16 Prozent, stimmt ziemlich genau mit jenem überein, den die Frauen im Parlament ausmachen. Dies ist nicht nur insgesamt der Fall; die hohe Übereinstimmung zeigt sich auch, wenn man nach Parteien gliedert. Aufgeteilt nach Geschlecht, ergibt sich in dieser Frage ein signifikanter Unterschied: 21 Prozent der Frauen unterstützen Frauen bewusst, wenn sie das Parlament wählen, während es bei den Männern nur 10 Prozent sind. Der Parteivergleich verweist auf einige weitere Eigenheiten der politischen Gruppierungen: Frauen, die SP oder LVP wählen, sind in den Schwyzer Parteien zahlreicher als unter allen Wählenden des Kantons, während sie bei der SVP am seltensten sind, aber auch bei der CVP leicht unter dem Mittel vorkommen. Männer, die über dem Kantonsmittel speziell Frauen unterstützen, finden sich nur bei der SP zahlreicher, während die CVP-Männer genau dem Schnitt entsprechen und bei der SVP und der LVP unter dem Mittel vorkommen.

**Tabelle 27:**  
**Anteil Frauen resp. Männer, die Frauen speziell unterstützten bei den Schwyzer Kantonsratswahlen 2000**

<i>Indikator</i>	SPS	CVP	LVP	SVP	Total
Frauenförderung unter Wählenden	27 %	16 %	15 %	5 %	15 %
Abweichung vom Mittel in %pkten.	+12	+1	+/-0	-10	---
Unter Frauen	37 %	20 %	29 %	11 %	21 %
Abweichung vom Mittel in %pkten.	+16	-1	+8	-10	---
Männer	19 %	10 %	7 %	5 %	10 %
Abweichung vom Mittel in %pkten.	+9	0	-3	-5	---

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)



Mit anderen Worten: Männer und Frauen, die SVP wählen, unterstützen bei Wahlen seltener als es für Schwyzer Verhältnisse üblich ist, bewusst Frauen. Wählende beider Geschlechter, die sich für die SP entscheiden, unterstützen über dem Mittel Frauen, was ihre relativ starke Position in der Kantonsratsvertretung erklärt. Bei der LVP schliesslich ist namentlich bei den Männern die Frauenunterstützung relativ selten, während bei der CVP vor allem die Frauen im Vergleich zu den Schwyzer Frauen insgesamt weniger für eine aktive Frauenförderung sind.

Von Belang erscheint uns dabei auch, dass die geschlechtsspezifische Zusammensetzung der Wählerschaften im Kanton Schwyz ausgeprägter ist als gesamtschweizerisch. Die rechten Parteien finden ihre Stärke mehr als auf der nationalen Ebene bei den Männern, während die CVP und insbesondere die SP im Kanton Schwyz deutlicher von Frauen gewählt wird, als dies auf der übergeordneten Ebene der Fall ist.

**Tabelle 28:**  
**Wahlverhalten 2000 im Kanton Schwyz und 1999 gesamtschweizerisch nach Geschlecht**  
**(Angaben in Spaltenprozent)**

<i>Wahlkreis/Geschlecht</i>	<i>SP</i>	<i>CVP</i>	<i>LVP</i>	<i>SVP</i>
<i>Total Schwyz</i>	16	35	23	24
Frauen	20	38	21	18
Männer	13	31	25	30
Frauenüberschuss Schwyz	+7	+7	-4	-12
<i>Total Schweiz</i>	22	16	20	23
Frauen	24	17	19	20
Männer	21	15	21	25
Frauenüberschuss Schweiz	+3	+2	-2	-5

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000 (n = 605 Wählende)

Eine generelle Ursache für die relativ tiefen Werte der Frauenanteile im Schwyzer Parlament sehen wir im Anforderungsprofil, das an Kandidierende gestellt wird. Dieses ist noch stark dem Modell der „Männerkarrieren“ entlehnt. Auch wenn wir keine Trenddaten haben, die dies belegen, gehen wir davon aus, dass sie sich seit der Einführung des Frauenwahlrechts nur wenig verändert haben. Letztlich sind sie durch die Trias von „guter Familienvater, beruflicher Erfolg und politische Karriere“ auf untergeordneter Stufe gekennzeichnet. Dies garantiert soziale Integration, moralische Integrität und politische Erfahrung. Für Frauen erweist sich die Erfüllung aller Kriterien gleichzeitig als Erschwernis. Frauen sind weniger in qualifizierten Positionen berufstätig und weniger können seltener politische Kompetenzen geltend machen. Die Kriterien sind denn auch weniger auf typische Karriereverläufe ausgerichtet, wie sie bei Frauen bekannt sind (Randall 1987); genannt sei das Drei-Phasen-Modell, bei dem es nach der Kindererziehung zu politischen Aktivitäten kommt, das Modell der Berufspriorität, wobei das politische Engagement parallel zur beruflichen Tätigkeit in jungen Jahren entwickelt wird, und das Männerkarriere-Modell, bei dem Frauen, gefördert durch einflussreiche Männer, politische Karriere machen. Das Drei-Phasen-Modell hat das Problem, dass entsprechend sozialisierten Frauen beim Einstieg in die Politik der berufliche Erfolg abgeht, während die Berufspriorität häufig zu Kinderlosigkeit oder später Elternschaft

führt. Das Männerkarriere-Modell geht eher von angepasstem Verhalten aus und nicht unbedingt von einer ambitionierten Kombination der verschiedenen Wahlkriterien, die formell oder informell vorhanden sind.

Einer der Erklärungsgründe verweist auf die Bedeutung der Konfession. So sind die katholischen Wählenden insgesamt etwas weniger freundlich eingestellt gegenüber Massnahmen der Frauenförderung als die Protestanten resp. Protestantinnen. Die Verhältnisse lassen sich insbesondere bei Frauen nachweisen. Sie finden sich aber auch stark in tiefen Bildungsschichten und in den ländlichen Gebieten, wo die katholische Bevölkerung durchwegs weniger tut für die Frauenvertretung in den Behörden des Kantons Schwyz.

*These 7:*

Das Wahlrecht mit dem Proporzverfahren ist mit der Forderung nach einer in Bezug auf die Geschlechter ausgeglichenen Vertretung vereinbar, es kommt aber in den ganz kleinen Wahlkreise nicht richtig zum Tragen und wirkt sich da nachteilig auf die Frauenvertretung aus.

Der Kanton Schwyz kennt aber nicht nur im Bewusstsein der Wählenden Eigenheiten, sondern auch beim Wahlrecht resp. bei seiner Ausgestaltung. Zwar wurde das Verhältniswahlrecht 1907 für die Wahl des Parlamentes eingeführt (Stadlin 1990), doch blieb die Umsetzung im Kanton beschränkt. Hauptgrund hierfür ist die Wahlkreisgrösse, funktioniert doch der Proporz eigentlich nur in Wahlkreisen mit mehreren Sitzen. In einigen Wahlkreisen ergeben sich keine Unterschiede zum Mehrheitswahlrecht, bei zwei und auch bei drei Sitzen sind die Veränderungen nur beschränkt (Poledna 1988, 1998).

**Tabelle 29:**  
**Anteil Frauen unter den Kandidaturen und den Gewählten nach Wahlkreisgrösse**

<i>Kriterium</i>	<i>1-2 Sitze</i>	<i>3-4 Sitze</i>	<i>5 Sitze und mehr</i>	<i>Total</i>
Zahl der Sitze insgesamt	18	22	60	100
Anteil Kandidatinnen	5 %	14 %	31 %	22 %
Anteil Gewählte	6 %	18 %	17 %	15

**Quelle:** Staatskanzlei des Kantons Schwyz, eigene Auswertung

In der Tat zeigt eine Spezialauswertung der Nominierungen und Gewählten 2000, dass die Wahlkreisgrösse nicht nur die Zahl der Parteien, der Kandidierenden und ihre Wahlchancen bestimmt, sondern auch geschlechtsspezifische Aspekte bei den Bewerbungen und den Kantonsräten und -rätinnen produziert. In Wahlkreisen mit nur einem oder zwei Sitzen ist der Anteil Frauen, die sich bewerben, deutlich geringer. Nur eine Frau schaffte es bei den Kantonsratswahlen 2000, aus Regionen mit einer entsprechenden Wahlkreisgrösse gewählt zu werden. Immerhin 18 der 100 Sitze im Schwyzer Kantonsrat werden über kleine Wahlkreise verteilt. Diese Einflüsse verschwinden schon bei drei

**Tabelle 30:**  
**Zusammenhänge von Wahlkreisgrösse, Listenzahl, Frauenanteilen unter Kandidierenden und Gewählten nach Wahlkreisen im Kanton Schwyz 2000**

Wahlkreis	Sitzzahl	Listen- zahl	Kandi- dierende Frauen	Gewählte Frauen	SP Frauen	CVP Frauen	LVP Frauen	SVP Frauen	Gesamt Frauen	SP Männer	CVP Männer	LVP Männer	SVP Männer	Gesamt Männer
Schwyz	11	4	26%	27%	4	3	2	1	10	6	8	9	10	33
Freienbach	10	4	25%	10%	4	3	2	2	11	6	7	8	8	29
Einsiedeln	10	4	23%	10%	5	2	2	0	9	5	8	8	10	31
Küssnacht	7	4	28%	29%	2	2	2	2	8	2	6	6	5	19
Arth	7	4	25%	0%	3	1	1	2	7	4	6	6	5	21
Ingenbohl	6	4	30%	17%	2	2	1	1	6	1	4	4	5	14
Lachen	5	4	17%	20%	3	0	0	1	3	2	3	3	4	13
Schübelbach	5	4	7%	20%	0	1	0	0	1	0	2	3	5	10
Wollerau	4	2	13%	25%		2	0		2		2	4		6
Wangen	3	3	11%	33%	0	0	1		1	2	2	1		5
Galgenen	3	2	25%	33%		0	1		1		2	1		3
Feusisberg	3	2	17%	33%		1	0		1		2	3		5
Muotathal	3	3	11%	0%		0	1	0	4		3	2	3	5
Altendorf	3	4	3%	0%		1	1	1	3		2	2	2	6
Oberiberg	3	3	0%	0%		0		0	0		1		1	2
Tuggen	2	1	0%	0%		0			0		2			2
Reichenburg	2	2	0%	0%	0	0			0	1	1			2
Steinen	2	2	0%	0%		0	0		0		1	1		2
Innerthal	1	1	100%	100%		1			1		0			
Gersau	1	2	0%	0%		0	0		0		1	1		2
Sattel	1	2	0%	0%		0		0	0		1		1	2
Morschach	1	2	0%	0%		0			0		0			0
Rothenthurm	1	1	0%	0%		0			0		1			1
Unteriberg	1	1	0%	0%		0			0		1			1
Lauerz	1	1	0%	0%		0			0		1			1
Steinerberg	1	1	0%	0%										
Alpthal	1	1	0%	0%		0			0		1			1
Illgau	1	1	0%	0%		0			0		1			1
Riemenstalden	1	1	0%	0%		0			0		1			1
Vorderthal	1	1	0%	0%			0		0			1		
Total	100	---	23%	15%	23	19	14	10	66	29	70	63	60	229

**Quelle:** Staatskanzlei Kanton Schwyz, eigene Zusammenstellung

und auch bei vier Sitzen deutlich, während bei mehr Sitzen kein systematischer Zusammenhang nachweisbar ist, sondern die Angebote der Parteien entscheidender sind.

Strikte genommen, müssten die hier aufgedeckten Zusammenhänge für jeden Kanton nachgewiesen werden. Sie entsprechen aber den Erwartungen, die man bei kleinen Wahlkreisen haben kann. Deshalb dokumentieren wir hier nur noch die Details in jedem Wahlkreis.

#### 4.4. Folgerungen für den Kanton Schwyz

Was die eigentliche Förderungsarbeit für angehende Politikerinnen betrifft, dürften die gleichen Erfahrungen und Massnahmen Gültigkeit haben, die im Vorfeld der Eidg. Wahlen, namentlich von der Eidg. Kommission für Frauenfragen oder von Gleichstellungskommissionen der Kantone (Eidg. Kommission für Frauenfragen 1994,1995 und 1999, Stämpfli 1994a, Arioli 1997, Wytttenbach 1998) vorgestellt und ansatzweise auch evaluiert worden sind (Ballocco/Götsch Neukomm 1996; Seitz 1996 resp. 2000). Unsere Studie gibt darüber hinaus einige Anhaltspunkte, was für den Kanton Schwyz spezifisch betont werden sollte.

**Tabelle 31:**  
**Übersicht über die hauptsächlich identifizierten Probleme der Frauen in der Schwyzer Politik nach Akteursebene samt Ansätzen zur Lösung**

<i>Akteursebene</i>	<i>Problem</i>	<i>Lösungsansatz</i>
Wahlrecht	Kleine Wahlkreise	Wahlkreisverbände
Parteien generell	Zahl/Anteil der Nominierten	Parteiinterne Förderungsmassnahmen
Parteien einzeln	Unterschiedlich starke, parteiinterne Marginalisierung der Frauen ausser in Wahlzeiten	Ausbildung in der parteiinternen Karriereplanung
Frauen in Parteien	Unbekanntheit von Frauen	Bekanntheit fördern
Wählende generell	Zahl/Anteil der Gewählten	Öffentlichkeitsarbeit
Wählende individuell	Mangelndes Bewusstsein gegenüber geschlechterdiskriminierenden Rollenerwartungen an Politiker/Politikerinnen	Neue Rollenbilder verständlich machen, die weiblichen Karriereverläufen entsprechen

**Quelle:** Staatskanzlei des Kantons Schwyz, eigene Auswertung

Auf der Ebene des Wahlrechts besteht das Hauptproblem in der Wahlkreisgrösse, die sich auf die Parteistruktur, die Zahl der Bewerbungen und den Frauenanteil darunter einschränkend auswirkt, was die Wahlchancen von Frauen insbesondere bei Einer- und Zweier-Wahlkreisen beeinträchtigt. Die wichtigste Massnahme gegen dieses Problem

sehen wir in der Förderung von grösseren Wahlkreisen oder im Zusammenschluss kleiner Wahlkreise in Wahlkreisverbände für die Verteilung der Sitze. Aus der Sicht des Proporz ist allgemein bekannt, dass Wahlkreisverbände mit 4-5 Sitzen nötig sind, damit die Gesetzmässigkeiten des Verhältniswahlrechts auf der Parteiebene zum Tragen kommen. Bezogen auf eine Vertretung im Kantonsrat, die Männer nicht bevorzugt, müsste man fordern, dass Einer- und Zweier-Wahlkreise minimal zu Wahlkreisverbänden mit 3 Sitzen zusammengezogen würden.

Auf der Ebene der Parteien ist zuerst der Anteil nominierter Frauen festzuhalten, der deutlich unter jenem bei gesamtschweizerischen Wahlen liegt. Dies spricht für generelle parteiinterne Förderungsmassnahmen, die von der Gleichstellungskommission angeregt und geleistet werden können mit dem Ziel, dass ganz allgemein mehr Frauen für ein politisches Amt kandidieren (Norris 1997). Die Ausbildung hierbei müsste unter Frauen das Wissen um parteiinterne Mechanismen der Karriereplanung verbreitern und zum Aufbau von Netzwerken beitragen (Ballocco/Götsch Neukomm 1996). Dabei sind verschiedene geschlechtsspezifische Unterschiede bekannt. So werden Männer wie Frauen für Kandidaturen meist angefragt, Männer aber eher von Schlüsselpersonen der Partei, und haben damit von Beginn weg mehr parteiinterne Unterstützung. Häufig bringen Männer aber auch Beziehungen zu einflussreichen Interessenorganisationen schon bei der Nomination mit oder wird ihnen diese für den Fall einer Kandidatur zugesichert, was ihnen Vorteile verschafft (Hardmeier et al. 2000).

Hier müssten allerdings die unterschiedlichen Voraussetzungen in den Parteien selber miteinbezogen werden. Absolut am wenigsten Frauenkandidaturen gab es im Jahr 2000 bei der SVP, zahlenmässig am meisten bei der CVP. Relativ zur Gesamtzahl der Kandidaturen war die Situation der Frauen in der SP relativ gut, jene in der SVP ziemlich schlecht. Verwiesen sei dabei auf eine Beobachtung, die vielerorts in der Politik gemacht wird und auf dem „kritischen Anteil“ (Stämpfli/Longchamp 1990) basiert. Demnach gibt es in politischen Ämtern oder Organisationen eine qualitative Veränderung des Verhältnisses von Mehrheit und Minderheit, wenn diese minimal 30 Prozent ausmacht. Die Wahrscheinlichkeit der bewussten oder unbewussten Diskriminierung, des Übergehens oder des Vergessens sinkt erfahrungsgemäss, wenn dieser Anteil erreicht wird und in kleinen Gruppen minimal zwei Frauen vertreten sind. Von Belang ist hier aber auch, dass es nicht nur im unmittelbaren Vorfeld von Wahlen zum Ausschauhalten nach geeigneten Frauen kommen sollte, sondern dass politische Karrieren auch seitens der Parteien geplant, aufgebaut und wie bei Männern zum Erfolg gebracht werden sollten. Damit angesprochen ist auf der Ebene der Parteien aber auch der Beitrag, den die potentiellen Politiker und Politikerinnen leisten können. Zentral ist, frühzeitig an der eigenen Bekanntheit, der Unterstützung der Partei und eigenen Netzwerken zu arbeiten (Segermann-Peck 1994). Speziell dort, wo es sich um grössere und bevölkerungsreichere Wahlkreise handelt, kommt diesem Kriterium eine zentrale Bedeutung zu. Bekanntheit ergibt sich dabei nicht nur durch gesellschaftliche Verwandt- oder Bekanntschaften, sondern auch durch den beruflichen Werdegang, politische Ämter und das Beziehungsnetz zu Medien. Bei den politischen Ämtern, die häufig das geschlechtsspezifische Nadelöhr darstellen, könnte erwogen werden, statt der Wahl in eine Gemeinde- oder Bezirksbehörde auch die Arbeit in Kommissionen oder aber politische Basisarbeit von Frauen vermehrt zur Geltung zu bringen.

Auf der Ebene der Wählenden schliesslich dürfte es das wichtigste sein, die gängigen Stereotypen von Politikern und Politikerinnen zu kritisieren. Dies sollte vor allem dort geschehen, wo sie sich, wie gezeigt wurde, geschlechterdiskriminierend auswirken

(Riggle/Mittler 1997). Aktiv werden sollte hier die Gleichstellungskommission mit Unterstützung der lokalen Medien, die bei der künftigen Präsentation von Kandidatinnen in Wahlkämpfen von Belang sind (Eidg. Kommission für Frauenfragen 1996). Allerdings sollte darüber hinaus auch den unterschiedlichen Voraussetzungen der Parteiwähler-schaften Rechnung getragen werden, die sich in unterschiedlichem Masse bereits auf die verschiedenen, spezifisch weiblichen Karriereverläufe eingestellt haben. Dominant dürfte im Kanton Schwyz der Typ sein, bei dem sich eine Politikerin auf einen einflussreichen Mann als Partner verlassen kann oder aber jener, bei dem eine Frau erst nach der Kindererziehung in die Politik einsteigt. Demgegenüber wünschen gerade neue PolitikerInnen-Generationen, dass sie ihr politisches Engagement frühzeitig entwickeln können, meist parallel zu einer guten beruflichen Ausbildung und ohne Zwang zu einer vorgängigen Familiengründung. Den grössten Aufholbedarf ortet die Studie bei der SVP. Wir konnten zeigen, dass die SVP-Frauen sich ihrer Benachteiligung bewusst sind, aber diese nicht direkt zu thematisieren wagen, wenn es Konsequenzen hätte für die Männer. Ähnliches stellten wir auch bei der CVP fest, kombiniert mit der christlich traditionellen Vorstellung, dass Frauen für die Familienarbeit, nicht für die Politik zuständig sind. Bei der LVP stellten wir einige Unterschiede zwischen Männern und Frauen fest, doch haben beide Geschlechter schon ein erhebliches Bewusstsein über ihre Karriereaussichten in der Politik entwickelt. Bezogen auf den Kanton Schwyz erscheint die Situation in der SP am wenigsten problematisch.

**Tabelle 32:**  
**Anteile Frauen unter den Abgeordneten in allen Kantonsparlamenten und im Kantons Schwyz nach Parteien**

<i>Partei</i>	<i>Frauenanteil in allen Kantonsparlamenten in %</i>	<i>Frauenanteil im Schwyzer Kantonsparlament in %</i>	<i>Differenz in %punkten</i>
SP	41	27	14
FDP/LVP	20	15	5
CVP	18	16	2
SVP	12	5	7

**Quelle:** BfS, [http://www.statistik.admin.ch/stat\\_ch/ber17/frauen](http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber17/frauen)

Diese Feststellung gilt allerdings nicht, wenn die Vergleiche der Schwyzer Parteien mit den nationalen Parteien gemacht werden. Dabei fällt auf, dass die CVP und LVP des Kantons Schwyz recht gute Abbilder der gesamtschweizerischen Parteien sind, wenn es um Frauenförderung geht. Die SVP Schwyz hat ein Handicap, wird sie doch von deutlich weniger Frauen gewählt als die schweizerische SVP. Bei der SP erweist sich die Differenz zwischen der nationalen und der kantonalen Partei am grössten. Dies kann auch als Hinweis dafür genommen werden, dass der Schwyzer SP aufgrund ihrer Umgebung Visionäres mehr fehlt als der SPS, was sich beim Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter auch nachteilig auswirken kann. Dies scheint auf die Schwyzer SP zuzutreffen, obwohl sie 61 Prozent ihrer Stimmen bei Frauen macht – mehr als die SP Schweiz.

Unsere Untersuchung verweist darauf, dass Werbung ein Ansatzpunkt ist, Veränderungen zu bewirken. Wenigstens 2 von 5 Wählenden im Kanton Schwyz können hier als

Potenzial gesehen werden. Die politische Werbung kann verschiedene Formen annehmen, für die Gleichstellungskommission wäre sie aber nur überparteilich denkbar. Dabei sollten die Anstrengungen nicht nur kurzfristig vor Wahlen erfolgen, sondern längerfristig ausgerichtet sein und sich vor allem an den Kriterien orientieren, die wir in dieser Studie als entscheidend herausgearbeitet haben. Teilweise gilt es auch, Bewusstseinsarbeit zu leisten. Gerade was stark vereinfachende Vorstellungen über Politikerinnen betrifft, die allgemein bekannt sind (Riggle/Miller 1997) und im Kanton Schwyz nachgewiesen werden können, scheint es uns auch nötig zu sein, diesen kontinuierlich entgegenzuwirken (Eidg. Kommission für Frauenfragen 1995). Typisch hierfür sind Beurteilungen von Männern und Frauen, mit denen das Gleiche gemeint sein kann, dieses aber anders, und zwar zu Ungunsten der Frauen, ausgedrückt wird:

- Er hat in einer politischen Frage eine klare Haltung. Sie ist dagegen radikal.
- Er kümmert sich um das allgemeine Wohl. Sie allerdings vernachlässigt die Familie.
- Er hat die Sache vor Augen. Sie die Karriere.
- Er scheut sich nicht, offen und laut zu sagen, was er denkt. Sie aber drängt sich vor.
- Er verhandelt geschickt. Sie ist dagegen labil, wenn sie entscheiden sollte.

Das Auffällige an der Situation im Kanton Schwyz besteht nämlich darin, dass sich traditionelle Bilder von Politikern, die sich in der Familie und Gesellschaft bewährt haben müssen, mit neuen Vorstellungen mischen, die namentlich aus der leistungsorientierten Erwerbsgesellschaft stammen. Die gleichzeitig Kombination aller Anforderungen macht es nicht einfach, im Kanton Schwyz politisch tätig zu sein. Gefragt sind Persönlichkeiten, doch nützen die gültigen Anforderungen hierzu momentan mehr den Männern. Es mag sein, dass angesichts vorhandener Unterschiede in den Alterskategorien der Wandel der Vorstellungen über den Generationentausch stattfinden wird. Diese Annahme hat dem Bericht denn auch den Titel gegeben: Die Schwyzer Wahlen sind heute in erheblichem Masse Persönlichkeitswahlen. Da dies aber männlich definiert ist, wirkt es sich zugunsten der Männer aus. Mit dem Zusatz vorerst spielen wir darauf an, dass einiges in Veränderung ist, sich wohl aber auch noch vieles ändern muss und kann. So wäre es auch denkbar, dass sich für Frauen Chancen ergeben, verstärkt die Schwyzer Politik zu bestimmen.

Manchmal braucht es nicht allerdings nur Geduld und Aufklärungsarbeit, damit sich etwas verändert. Manchmal sind Aktionen angesagt, die schneller als im Generationen-Rhythmus Wirkung zeigen. Die grössten Verschiebungen in der Frauenvertretung in kantonalen Parlamenten fanden Mitte der 90er Jahre statt und können als Folge der Nicht-Wahl von Christiane Brunner in den Bundesrat verstanden werden. Das nationale Thema, das als "Brunner-Effekt" bezeichnet worden war, hatte auf die Politisierung von Frauen, das Bewusstsein für ungleiche Chancen und die Ergebnisse von Wahlen unmittelbar danach erhebliche Auswirkungen (Hass et al. 1993). So stieg in Solothurn der Frauenanteil auf einen Schlag um 24 Prozent, in Neuenburg um 14 und im Aargau um 13 Prozent. Verschiedene Wahlen in der Folge zeigten aber, dass die Wirkung nicht nur kurzfristig war, sondern sich auch dort zeigte, wo vor Ort der Wille für Veränderungen gegeben ist. Auch in Kantonen, wo man es auf Anhieb nicht erwartet hätte, vergrösserte sich von einer Wahl zur nächsten der Frauenanteil um 10 Prozent, so in Ob- und Nidwalden resp. in Zug .

# Anhang

## A1. Die technische Berichterstattung

Die technische Berichterstattung schliesst sich an die inhaltliche an. Sie zeigt, welchen Weg wir bei der Ausarbeitung der Studie gegangen sind. Aufgeführt werden die Schritte nur soweit, als sie für den Nachvollzug der Studie von Belang sind. Für die allgemeinen Grundlagen der Demoskopie, auf denen die Studie basiert, sei auf die sozialwissenschaftliche Literatur verwiesen (Diekmann 1995; Noelle-Neumann/Petersen 1996, Kromrey 1998, Blaikie 2000).

### A1.1. Der Fragebogen

Der Fragebogen enthält im Wesentlichen neun materielle Schwerpunkte, die sich aus dem Konzept der Studie ergeben, das sozialpsychologisch, soziologisch und politologisch bedeutsame Indikatoren der Beschreibung und Erklärung politischen Verhaltens resp. politischer Einstellungen verwendet (Schloeth 1998; Longchamp 2000c). Einzeln aufgezählt sind die Schwerpunkte in der Tabelle A1.

Ein Beispiel des effektiven Fragebogens findet sich im Tabellenband zur Befragung.

Bei der Ausgestaltung der Fragen, insbesondere bei der Formulierung von Fragevorgaben und von Fragebatterien mit Unterfragen, folgten wir eng den Bedürfnissen der Auftraggeberin. Wo es darüber hinaus sinnvoll erschien, verwendeten wir Fragevorgaben aus anderen Wahluntersuchungen des Instituts, vor allem aus Nachanalysen von Wahlen auf eidgenössischer Ebene (Longchamp et al. 1999).

Die Konstruktion des Fragebogens richtete sich nach den allgemeinen Grundsätzen der Fragebogentechnik. Diese sieht zunächst drei Phasen des Interviews vor:

- die Einleitung, bei der es darum geht, das Vertrauen für die Befragung herzustellen,
- die Hauptphase, bei der die zentralen Fragestellungen erhoben werden,
- die Phase mit den Fragen zur Person, bei denen die Identität der Interviewten spezifiziert wird.

Die Hauptphase gliederten wir im Wesentlichen nach der „Trichter“-Technik gegliedert (Wyss 1991). Diese legt fest, dass zuerst allgemeine Aspekte eines Themas geprüft werden, die in der Folge zunehmend konkretisiert werden.

Im Kontaktgespräch garantierten unsere Befrager und Befragerinnen den Interviewten als erstes die Anonymität der Erhebung. Dies geschah, um Ausfälle wegen Misstrauen zu verringern. Nicht vermieden werden konnten in dieser Phase allerdings, dass Personen, die an der Untersuchung kein Interesse zeigten, die Zusammenarbeit verweigerten und das Gespräch an dieser Stelle abbrachen. Das Problem, das so entsteht, ist solange nicht von Belang, als damit nicht einzelne Gesellschaftsgruppen systematisch aus der Stichprobe ausscheiden (Koch 1998).



**Tabelle A1:**  
**Analytische Struktur des Fragebogens**

<p><i>Verhaltensweisen</i>          Parteientscheid          Panaschierentscheid          Parteien der panaschierten Kandidaturen</p>
<p><i>Entscheidungspräferenzen</i>          Kriterien des Parteientscheides          Kriterien des Personenentscheides          Bedeutung des Geschlechts beim Personenentscheid          Bedeutung des Geschlechts im Zweifelsfall</p>
<p><i>Orientierungen im Wahlkampf</i>          Entscheidungszeitpunkt Schwyzer Kantonsratswahlen          Bedeutung der Werbung für die Entscheidungsfindung          Diskussionshäufigkeit während des Wahlkampfes</p>
<p><i>Orientierungen an Themen</i>          Politisches Problembewusstsein Kanton Schwyz          Existenz von Kandidierenden zur Lösung des vordringlichsten Problems</p>
<p><i>Orientierungen an Politikern resp. Politikerinnen</i>          Images glaubwürdiger Politiker/Politikerinnen (geschlechtsspezifisch)          Eigenschaften von Politikern resp. Politikerinnen (geschlechtsspezifisch)</p>
<p><i>Allgemeine politische Orientierungen</i>          Eigene Links/Rechts-Positionierung          Bedeutung der Chancengleichheit für Mann und Frau          Bedeutung der Frauenförderung          Nutzung Schwyzer Lokalmedien          Mitgliedschaft in ausgewählten Organisationen</p>
<p><i>Allgemeine politische Involvierungen</i>          Generelles Interesse an Politik</p>
<p><i>Merkmale des Person</i>          Geschlecht          Alter          Konfessionszugehörigkeit          Kirchgang          Ortsansässigkeit          Schulabschluss          Eigener Erwerbsgrad          Eigene berufliche Stellung          Eigene Nicht-Erwerbstätigkeiten</p>
<p><i>Merkmale des Haushaltes</i>          Wohnform          Haushaltsstruktur          Haushaltseinkommen          Zahl der Personen, die am Haushaltseinkommen beteiligt sind</p>
<p><i>Merkmale des Ortes</i>          Ortsgrösse          Siedlungsart</p>

## **A1.2. Die Stichprobe**

Ziel der Stichprobenbildung ist es, ein massstabgetreu verkleinertes Abbild der Wahlberechtigten zu erhalten, welche die Grundgesamtheit für diese Studie darstellen.

Ausgangspunkt bildete das CD-Rom-Telefonverzeichnis der Swisscom. Aus diesem ermittelten wir in einem ersten Schritt die Telefonnummern der Haushalte, die zu kontaktieren waren. Dabei wählten wir ein systematisches Zufallsverfahren, welches garantiert, dass alle (Telefon)-Haushalte im Kanton Schwyz die gleiche Chancen haben, angerufen zu werden. Insbesondere achteten wir darauf, dass die ausgewählten Adressen in regionaler Hinsicht (Sprache und Siedlungsart) den Proportionen in der Bevölkerung entsprachen.

Für die Personenauswahl innerhalb des Haushaltes galten die folgenden Vorschriften: Zu befragen war die Person im Haushalt, die wahlberechtigt war und als letztes innerhalb des Kalenderjahres Geburtstag hatte. Diese Methode bringt es mit sich, dass nicht jene Personen, die als erstes das Telefon abnehmen, eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, in der Befragung berücksichtigt zu werden: Vielmehr erfolgt auch die Personenauswahl in einem Haushalt mit mehr als einer wahlberechtigten Personen nach einem Zufallsverfahren.

Realisiert wurden die Interviews mit computergesteuerten Telefonbefragungen (Fuchs 1994). Wenn es bei einem fünffachen Rückruf nicht gelang, die (identifizierte) Zielperson zu erreichen, liessen wir die Adresse aus. Damit sich auf diesem Weg nicht Verzerrungen in die Stichprobe einschleichen, gaben wir Maximal- bzw. Minimalquoten hinsichtlich des Geschlechts und des Alters vor, die garantieren. Dieses Verfahren ist identisch mit jenem, welches das GfS-Forschungsinstitut meist bei politischen Repräsentativ-Befragungen, insbesondere bei den VOX-Analysen, wählt. Es gilt als zuverlässiges Verfahren für die effiziente Bestimmung von repräsentativen Querschnitten (Longchamp/Bieri/Ulrich 2000).

## **A1.3. Der Ablauf der Befragung**

Durchgeführt haben wir die Befragung zwischen dem 12. und dem 26. März 2000. Dabei fanden zuerst die 1350 telefonische Kontaktinterviews mit Wahlberechtigten des Kantons Schwyz statt. Die computergesteuerte telefonische Befragung hat das GfS-Forschungsinstitut mittels seiner eigenen dezentralen Befragungsanlage realisiert. An der Arbeit waren 35 instruierte Befrager resp. Befragerinnen des GfS-Forschungsinstituts beteiligt. Von den 1350 wurden die 605 Interviews der effektiven Wählenden ausgewertet. Dies sind 41 Prozent unserer kontaktierten Personen.

## **A1.4. Die Überprüfung der Repräsentativität**

Die statistische Fehlerquote beträgt im Schnitt +/- 4.2 Prozent. Mit anderen Worten: Wird ein Wert von 50 Prozent angegeben, liegt der effektive Wert statistisch gesehen (mit 95prozentiger Wahrscheinlichkeit) zwischen 45.8 und 54.2 Prozent. Dabei ist die Wahrscheinlichkeit für maximale Abweichungen geringer ist als für minimale.

Die ermittelten nachprüfbaren Verhaltensweisen in unserer Befragungen kommen den effektiv feststellbaren nahe resp. liegen meist innerhalb des Stichprobenfehlers, was für die Qualität unserer Stichprobe spricht.

Leicht unterschätzt wird die Beteiligung, was auf den ersten Blick überrascht. Normalerweise liegt das umgekehrte Problem vor, weil Personen, die sich nicht für die Wahlen interessierten, schneller ein Interview zu diesem Ereignis verweigern. Wenn wir es hier mit dem Gegenteil zu

tun haben, verweist dies voraussichtlich darauf, dass es unter den Wählenden im Kanton Schwyz zu eine leicht stärkeren Verweigerung von Interviews gekommen ist als es gesamt-schweizerisch üblich ist.

**Tabelle A2:  
Einflüsse politischer Merkmale auf das Wahlverhalten**

Merkmal	Wahlteilnahme	n
Beteiligung effektiv:	47%	
Total befragt	100 %	1350
Total befragt und beteiligt	41%	605

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000

Auf die parteimässige Zusammensetzung der Stichprobe hatte diese Selektivität der Teilnahme an der Befragung jedoch keine nennenswerten Einfluss. Die Abweichungen vom effektiven Wahlergebnis liegen bei allen Parteien innerhalb des Stichprobenfehlers, was für eine hohe Wahrscheinlichkeit spricht, dass unsere Befragungsergebnisse nicht nur theoretisch, sondern auch effektiv repräsentativ sind. Die kleinste Differenz haben wir bei der CVP mit weniger als einem Prozent, die grösste bei der Liberalen Partei mit rund 3 Prozentpunkten. Angesichts der hohen Übereinstimmung haben wir auf Gewichtungen nach politischen Merkmalen verzichtet.

### **A1.5. Grundsätze der Auswertung**

Die Auswertungen der Daten folgte den nachstehenden Grundsätzen (Bortz 1993; Fielding/Gilbert 2000):

- Untergruppen mit weniger als 50 Befragten unter den 605 Wählende werden nicht ausgewertet; bei Merkmalsgruppen mit mehr Befragten sind eindimensionale Auswertungen mit Prozentuierungen zulässig, aber wenn stets die erhöhte Unsicherheiten aufgrund des Stichprobenfehlers bedacht werden müssen. Dieser besagt, in welcher Bandbreite Aussagen, die sich in der Stichprobe finden, mit 95prozentiger Wahrscheinlichkeit auch in der Grundgesamtheit finden.
- Kombinationen von Merkmalsgruppen über zwei Variablen werden mit Signifikanztests überprüft, wobei dieser ebenfalls besagt, dass ein Zusammenhang zwischen der einen und der anderen Variable mit 95prozentiger Wahrscheinlichkeit besteht.

Die Stärke der Übereinstimmung von Antworten auf mehrere Fragen klärten wir je nach Fragestellung anders. Das einfachste Mass ist die Korrelation, die sagt, mit welcher Wahrscheinlichkeit gemeinsame Antworten auf zwei (oder mehr) Variablen von einer einzelnen Person gegeben wird. Verwendet haben wir in der Regel der Korrelationskoeffizient Cramers V, weil er auf alle Variablen angewendet werden kann. Ging es dagegen um die Verwandtschaft von mehreren Variablen, verwendeten wir die Faktorenanalyse, die den Vorteil hat, nicht nur Übereinstimmung zu quantifizieren, sondern auch zu prüfen, ob verschiedene Dimensionen in den Antworten sind, das heisst einzelne Variablen untereinander stärker übereinstimmen als mit Gruppen von anderen. Das Ergebnis einer Faktorenanalyse ist deshalb doppelter Natur: Zunächst bestimmt sie, wie viele Dimensionen in den Übereinstimmungen bestehen, sodann, welche Variablen mit den Dimensionen am stärksten übereinstimmen. Die Interpretation von Ergebnissen aus der Korrelations- oder Faktorenanalyse braucht aber auch nicht-statistische

Überlegungen. So besagt die mittels Korrelationen bestimmte Übereinstimmung nicht ohne weiteres, dass auch ein kausaler Zusammenhang besteht. Bei der Faktorenanalyse bedürfen insbesondere die ermittelten Dimensionen einer inhaltlichen Bestimmung, die sich nicht alleine aus der Statistik ergibt, sondern Vorwissen zu Zusammenhängen voraussetzt.

### **A1.6. Randverteilungen der wichtigsten analytischen Variablen**

Die wichtigste Kriterium der Auswertung nebst dem Wahlverhalten ist aufgrund der aufgeworfenen Fragestellung das Geschlecht.

**Tabelle A3:  
Zusammensetzung der Befragten nach Geschlecht**

Merkmal	Zusammensetzung	n
<b>Geschlecht</b>		
Frauen	49 %	299
Männer	51 %	306
Total Befragung:	100%	605

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000

Gemäss unserer Erhebung hätten sich unter den Wählenden 51 Prozent Männer und 49 Prozent Frauen befunden. Diese Verteilung erscheint uns leicht, wenn auch nicht entscheidend, zugunsten von Frauen verteilt zu sein. Die Erfahrung auf Bundesebene lehrt uns, dass in der Regel 55 Prozent der Teilnehmenden Männer und 45 Prozent Frauen sind. Es kann sein, dass das Thema etwas mehr Männer zum Ausstieg aus dem Interview bewog als Frauen.

Bei den übrigen Merkmalsgruppen unter den ermittelten Wählende bei den Kantonsratswahlen 2000 werteten wir interessante Segmente aus, sofern sie mindestens 50 Befragte enthielten. Wo dies im einzelnen der Fall war, zeigt die nachstehende Übersicht.

**Tabelle A4:**  
**Verteilungen der Hintergrundmerkmale in der Stichprobe insgesamt und Anteile der Geschlechter in den Merkmalskategorien**

<i>Ortsbezogene Merkmale</i>	%	N	%-Frauen	%-Männer
	unter	in	unter	unter
	Wählenden	Stichprobe	Wählenden	Wählenden
<i>Region</i>				
Innerschwyz	71	410	49	51
Ausserschwyz	29	177	50	50
<i>Siedlungsart/Commendotyp</i>				
Agglomerationen insgesamt	57	346	49	51
. Agglomeration Schwyz	33	197	49	51
. Agglomeration Zürich	17	105	51	49
. Agglomeration Pfäffikon	5*	32	--	--
. Agglomeration Einsiedeln	2*	12	--	--
Landgemeinden insgesamt	43	259	49	51
. agrarische Landgemeinden	12	75	51	49
. industrielle Landgemeinden	16	95	50	50
. semitouristische Landgemeinden	5*	36	--	--
. Landgem. mit hohem Zuzüger-Anteil	5*	39	--	--
. übrige Landgemeinden	5*	39	--	--
<i>Ortsansässigkeit</i>				
unter 5 Jahren	21	124	50	50
über 5 Jahre	79	481	49	51
<i>Haushaltsbezogene Merkmale</i>				
<i>Wohnhaus</i>				
Einfamilienhaus	41	249	53	47
Mehrfamilienhaus	59	352	47	53
<i>Zivilstand</i>				
ledig	17	100	28	72
im Konkubinat	3*	19	--	--
verheiratet	70	422	52	48
geschieden	3*	16	--	--
verwitwet	6*	39	--	--
Antwortverweigerung	1*	9	--	--
<i>Haushaltsstruktur</i>				
Einpersonenhaushalte	17	100	42	58
Zweipersonenhaushalte	35	210	43	57
Dreipersonenhaushalte	14	86	48	52
Vierpersonenhaushalte	21	129	58	42
grössere Haushalte	3	25	--	--
<i>Haushaltseinkommen</i>				
über 9000 CHF/monatlich	8	50	43	57
7-9000 CHF/monatlich	11	69	44	56
5-7000 CHF/Monatlich	26	157	47	53
3-5000 CHF/Monatlich	25	149	53	47
unter 3000 CHF/monatlich	8	50	53	47
weiss es nicht	7*	41	--	--
Antwortverweigerung	15	93	53	47

<i>Einkommensstruktur</i>				
Ein Haushaltseinkommen	44	264	49	51
Zwei Haushaltseinkommen	47	286	49	51
Mehrfache Einkommen	9	54	52	48
<hr/>				
<b><i>Personenbezogene Merkmale</i></b>				
<hr/>				
<i>Alter</i>				
unter 40 Jahren	35	207	47	53
40-65jährig	45	275	52	48
über 65jährig	20	123	47	53
<hr/>				
<i>Eigene Erwerbstätigkeit</i>				
Ja	57	344	44	56
. Angestellte Privatwirtschaft	29	174	36	64
. Angestellte Öffentlicher Dienste	13	77	42	58
. Selbständigerwerbende	10	62	32	68
. Landwirte	3*	18	--	--
. Arbeiter/Arbeiterinnen	2*	7	--	--
Nein	43	258	65	35
. Rentner/Rentnerinnen	22	135	47	53
. Hausfrau/Hausmann	17	104	95	5
. Ausbildung	2*	14	--	--
. Ehrenamtlich	1*	5	--	--
. Arbeitslose	1*	6	--	--
<hr/>				
<i>Konfessionszugehörigkeit</i>				
Katholisch	79	477	50	50
Protestantisch	13	76	51	19
anderes	2*	15	--	--
keine	5*	33	--	--
Antwortverweigerung	1*	4	--	--
<hr/>				
<i>Kirchgang (bei Konfessionszugehörigkeit)</i>				
wöchentlich	16	94	57	43
monatlich	14	87	59	41
mehrfach jährlich	23	139	50	50
bei speziellen Anlässen	37	225	43	57
nie	3*	19	--	--
Antwortverweigerung	1*	8	--	--
<hr/>				
<b><i>Mediale Orientierungen</i></b>				
<hr/>				
<i>Nutzung Bote der Urschweiz</i>				
regelmässig	42	252	50	50
gelegentlich	17	80	59	41
nicht	41	250	50	50
<hr/>				
<i>Nutzung Neue Schwyzer Zeitung</i>				
regelmässig	18	112	45	55
gelegentlich	11	60	30	70
nicht	71	432	54	46
<hr/>				
<i>Höfner Volksblatt</i>				
gelegentlich	25	155	51	49
nicht	75	446	49	51
<hr/>				

<hr/>				
<i>March Höfe Zeitung</i>				
gelegentlich	16	92	59	41
nicht	84	510	48	52
<hr/>				
<i>Schwyzer Woche</i>				
gelegentlich	16	92	59	41
nicht	84	510	48	52
<hr/>				
<i>March Anzeiger</i>				
gelegentlich	12	97	44	56
nicht	88	504	50	50
<hr/>				
<i>Mitgliedschaften Angestelltenverband</i>				
Mitglied	11	61	23	77
SympathisantIn	10	60	43	57
nichts davon	79	484	54	46
<hr/>				
<i>Mitgliedschaft Gewerbeverband</i>				
Mitglied	8	50	24	76
SympathisantIn	9	57	47	53
Nichts davon	83	499	52	48
<hr/>				
<i>Mitgliedschaft Gewerkschaft</i>				
Mitglied	7	41	--	--
SympathisantIn	9	53	42	58
Nichts davon	84	511	53	47
<hr/>				
<i>Mitgliedschaft Frauenorganisation</i>				
Mitglied	5	28	--	--
SympathisantIn	10	63	90	10
Nichts davon	85	514	42	58
<hr/>				
<b><i>Politische Orientierungen</i></b>				
<hr/>				
<i>Links/Rechts-Positionierung</i>				
ganz rechts	1	12	--	--
rechts	27	166	32	68
Mitte	43	260	55	45
links	17	102	60	40
ganz links	1	6	--	--
Einteilung hat keine Bedeutung	7	42	--	--
keine Angabe	3	17	--	--
<hr/>				

**Quelle:** GfS-Forschungsinstitut, Wahlen Schwyz, März 2000

## A2. Verwendete Literatur

- Almond, G.A. (1971)  
„Zum Vergleich politischer System“, in: Dieker, G. (Hg.): Vergleichende Analyse politischer Systeme, Freiburg.
- Altermatt, U. (1989)  
Katholizismus und Moderne. Zürich.
- Arioli, K. (Hg.) (1997)  
Frauenförderungsmassnahmen durch Quoten, Basel.
- Asher, H. (1998)  
Polling the Public. What every Citizen Should Know, 4<sup>th</sup> edition, Washington D.C.
- Ballmer-Cao, T.-H. (1988)  
Le conservatism politique féminin en Suisse: mythe ou réalité?, Genève.
- Ballmer-Cao, T.-H., Wenger, R. (1989)  
L'élite politique féminine en Suisse/Die politische Frauenelite in der Schweiz, Zürich.
- Ballmer-Cao, T.-H.; Bendix, J. (1994)  
Frauen in den kantonalen Parlamenten (1961-1994). Determinanten der Frauenvertretung in den schweizerischen Legislativen, Bern.
- Ballmer-Cao, T.-H.; Sgier, L (1998)  
„Die Wahlbeteiligung in der Schweiz – eine geschlechtsspezifische Untersuchung anhand der Nationalratswahlen 1995“, in: Kriesi, H.; Linder, W.; Kloeti, U. (Hg.): Schweizer Wahlen 1995, Bern.
- Balocco, C.; Götsch Neukomm, R. (1996)  
Frauenquoten – Chancenlos. Eine Analyse der Einstellungen und Einstellungsunterschiede der Zürcher Kantonsrats-Kandidierenden 1995 zu Quoten und Frauenförderungsmassnahmen, Zürich.
- Bassand, M. (ed.) (1981)  
L'identité régionale; Regionale Identität, St. Saphorin.
- Bents, R; Blank R. (1995)  
Typisch Mensch. Einführung in die Typentheorie, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Göttingen.
- Betz, H.G. (1994)  
Radical Right-Wing Populism in Western Europa, New York.
- Blaikie, N. (2000)  
Planing Social Research, Cambridge.
- Bortz, J. (1993)  
Statistik für Sozialwissenschaftler, Berlin.
- Bundesamt für Statistik (1994)  
Der lange Weg ins Parlament. Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1971 bis 1991, Bern.
- Bundesamt für Statistik (1995a)  
Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1995. Entwicklung seit 1971, Bern.
- Bundesamt für Statistik (1995b)  
Auf dem Weg zur Gleichstellung? Frauen und Männer in der Schweiz, Bern.
- Bürklin, W.; Klein, M. (1998)  
Wahlen und Wählerverhalten. Eine Einführung, 2. Auflage, Opladen.
- Campbell, A. et al. (1960)  
The American Voter, Chicago/London.
- Dalton, R.J.; Flanagan, S. C.; Beck, P. A. (1984)  
Electoral Change in Advanced Industrial Democracies, Princeton.
- Danis, J. (1989)  
Frauenförderung in Westeuropa, Brüssel.
- Diekmann, A. (1995)  
Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen, Hamburg.
- Eidg. Kommission für Frauenfragen (Hg.) (1990)  
Nehmen Sie Platz, Madame, Bern.
- Eidg. Kommission für Frauenfragen (Hg.) (1994)  
Frauen ins Parlament! Ein Leitfaden für Parteien, Frauenorganisationen und Medien zu den Eidg. Wahlen 1995, Bern.
- Eidg. Kommission für Frauenfragen (Hg.) (1995)  
Frauen auf dem öffentlichen Parkett. Handbuch für Frauen, die Einfluss nehmen wollen, Bern.



- Eidg. Kommission für Frauenfragen (Hg.) (1996)  
Die Kandidatinnen in den Medien. Geschlechtsspezifische Medienanalyse zu den eidg. Wahlen 1995, Bern.
- Eidg. Kommission für Frauenfragen (Hg.) (1999)  
Ueberparteiliches Manifest zu den Eidg. Wahlen 1999. Mehr Frauen ins Parlament!, Bern.
- Fagagnini, H.P. (1988)  
„Die politischen Parteien im Struktur- und Wertewandel“, in: Schweizer Monatsheft 68, 123-135.
- Flüeler, N. (Hg.) (1991)  
Schwyz. Porträt eines Kantons, Schwyz.
- Fuchs, G. (1994)  
„Partizipation und Durchsetzungschancen von Frauen im Parlament. Das Beispiel des Kantonsparlamentes von Basel-Landschaft“, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 25, Heft 4: S. 581-601
- Fuchs, M. (1994)  
Umfrageforschung mit Telefon und Computer. Einführung in die computergestützt telefonische Befragung, Weinheim/Basel.
- Furrer, M.: Die Opposition in der Urschweiz in den 1970er und 1980er Jahren, Diss. Freiburg 1992.
- Fielding, J.; Gilbert, N. (2000)  
Understanding Social Statistics, London.
- Germann, R.E. (1999)  
„Die Kantone: Gleichheit und Disparität“, Handbuch Politisches System der Schweiz. Manuel de la politique suisse, Zürich.
- Geser, H. et al. (1994)  
Die Schweizer Lokalparteien, Zürich.
- Gilg, P. (1987)  
„Stabilität und Wandel im Spiegel des regionalen Abstimmungsverhaltens“, Schweiz. Jahrbuch für Politische Wissenschaft, 27, 121-158.
- Girod, R. (1971)  
L'électeur genevois, Genève.
- Glötz, P. (1999)  
Die beschleunigte Gesellschaft. Kulturkämpfe im digitalen Kapitalismus, München.
- Haas, E. et al. (1993)  
Der Brunner-Effekt, Zürich.
- Haavio-Mannila, E. (1985)  
Unfinished Democracy. Women in Nordic Politics, Oxford.
- Hartmann, H.; Gross, A. (1995)  
Heile Welt Schweiz. Die nationalkonservative Bewegung in der Diskussion, Zürich.
- Handbuch Politisches System der Schweiz (1999)  
Manuel de la politique suisse, hgg. von U. Klöti et al., Zürich.
- Hardmeier, S.; Nyffeler, B.; Burri, R.; Sommer, B. (2000)  
Am Anfang die Anfrage. Karriereverläufe und Aufstiegsmuster von Berner Grossrätinnen und Grossräten. Kantonale Fachstellung für Gleichstellung von Frauen und Männern, Bern.
- Hertig, H. (1980)  
Analyse der Nationalratswahlen 1979, VOX-Sondernummer, Zürich.
- Hoecker, B. (1987)  
Frauen in der Politik. Eine soziologische Studie, Opladen.
- Hoecker, B. (1995)  
Politische Partizipation von Frauen. Ein einführendes Studienbuch, Opladen.
- Inglehart, R. (1989)  
Kultureller Umbruch. Wertewandel in der westlichen Welt, Frankfurt/New York.
- Jarren, O. (1994)  
Politik und politische Kommunikation in der modernen Gesellschaft. Aus Politik und Zeitgeschichte, B39: 3-10.
- Jarren, O.; Sarcinelli, U.; Saxer, U. (1998)  
Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch mit Lexikonteil, Opladen.
- Jung, C.G. (1989)  
Psychologische Typen, 16. Auflage, Olten.
- Kaase, M.: „Sinn und Unsinn des Konzepts „Politische Kultur“ für die Vergleichende Politikforschung, oder auch: Der Versuch, einen Pudding an die Wand zu nageln“, in: Kaase, M.;

- Klingemann, H.D. (Hg.): Wahlen und politisches System. Analysen aus Anlass der Bundestagswahlen 1980, Opladen, pp. 144.
- Kepplinger, H.-M.; Brosius, H.; Dahlem, S. (1994)  
 „Charakter oder Sachkompetenz von Politikern: Woran orientieren sich die Wähler“, in: Klingemann, H.D. ; Kasse, M. (Hg.): Wahlen und Wähler, Opladen, 472-505
- Kitschelt, H. (1995)  
 The Radical Right in Western Europe. A Comparative Analysis, Ann Arbor.
- Klöti, U. (1998)  
 „Kantonale Parteiensystem – Bedeutung des kantonalen Kontexts für die Positionierung der Parteien“, in: Kriesi, H.; Linder, W.; Kloeti, U. (Hg.): Schweizer Wahlen 1995 Bern.
- Kobi, S. (2000)  
 Des citoyens suisses contra l'élite politique. Le cas des votations fédérales, 1979-1995. Paris/Montreal.
- Koch, A. (1998)  
 „Wenn mehr nicht gleichbedeutend mit besser ist. Ausschöpfungsquoten und Stichprobenverzerrungen in allgemeinen Bevölkerungsumfragen“, ZUMA-Nachrichten, 4.
- Kriesi, H.; Linder, W.; Kloeti, U. (Hg.) (1998)  
 Schweizer Wahlen 1995, Bern.
- Kromrey, H. (1998)  
 Empirische Sozialforschung. Modelle und Methoden der Datenerhebung und Datenauswertung, 8., durchgereifend überarbeitete und erweiterte Auflage, Opladen.
- Kurmann, L. (1993)  
 Zur Situation der Frauen in der bernischen Politik. Bern.
- Ladner, A. (1998)  
 „Das Schweizer Parteiensystem und seine Parteien“, Handbuch Politisches System der Schweiz. Manuel de la politique suisse, hgg. von U. Klöti et al., Zürich.
- Ladner, A., Meuli, U. (1995)  
 Frauen in der Lokalpolitik. Die Vertretung der Frauen in den kommunalen Gremien, Zürich.
- Lass, J. (1995)  
 Vorstellungsbilder über Kanzlerkandidaten. Zur Diskussion um die Personalisierung von Politik, Wiesbaden.
- Liebig, B. (1997)  
 Geschlossene Gesellschaft. Aspekte der Geschlechterungleichheit in wirtschaftlichen und politischen Führungsgremien der Schweiz. Zürich.
- Linder, W. (1999)  
 Schweizerische Demokratie. Institutionen, Prozesse, Perspektiven, Bern.
- Linder, W.; Longchamp, C.; Stämpfli, R. (1991)  
 Politische Kultur im Wandel – am Beispiel des gelegentlichen Urnengangs, Basel.
- Longchamp, C. (1984)  
 Analyse der Nationalratswahlen 1983. VOX-Sondernummer, GfS und FSP, Zürich.
- Longchamp, C. (1988)  
 Analyse der Nationalratswahlen 1988. VOX-Sondernummer, GfS und FSP, Zürich
- Longchamp, C. (1990)  
 „Das Wahlverhalten von Frauen und Männern im Vergleich (1971-1988)“, in: Eidg. Kommission für Frauen Fragen (Hg.): Nehmen Sie Platz, Madame, Bern.
- Longchamp, C. (1991)  
 „Politisch-kultureller Wandel in der Schweiz. Eine Übersicht über die Veränderungen der Orientierungs- und Partizipationsweisen in den 80er Jahren“, in: Plasser, F.; Ulram, P. (Hg.): Staatsbürger oder Untertanen? Politische Kultur Deutschlands, Oesterreichs und Schweiz im Vergleich, Frankfurt.
- Longchamp, C. et al. (1995)  
 Hin zur Tripolarität des Parteiensystems der Schweiz. Eine Erstanalyse der Nationalratswahlen 1995, Bern.
- Longchamp, C. (1998)  
 „Erosion und Erneuerung der Parteien im Konkordanzsystem“, Neue Zürcher Zeitung, 21.10.1998 (URL: [www.polittrends.ch/parteien](http://www.polittrends.ch/parteien)).
- Longchamp, C. (2000a)  
 Erwartungen der StimmbürgerInnen am Ende der wirtschaftlichen Rezession. Wirtschaftspolitischer Bericht 2000, Bern (unveröffentlichtes Manuskript).
- Longchamp, C. (2000b)  
 „Die nationalkonservative Revolte in der Gestalt der SVP. Eine Analyse der Nationalratswahlen 1999 in der Schweiz“, in: F. Plasser et al (Hg.): Das österreichische Wahlverhalten, Wien, 393-423.

- Longchamp, C. (2000c)  
„Der Dispositionsansatz. Erläuterungen zum Konzept von Befragungen vor und nach politischen Entscheidungen“, in: Campaigning. Kursunterlagen für politische Kampagnen, hgg. vom GfS-Forschungsinstitut (Stand: Februar 2000), Bern.
- Longchamp, C.; Hardmeier, S. (1992)  
Analyse der Nationalratswahlen 1991. VOX-Sondernummer, Zürich.
- Longchamp, C.; Raymann, U.; Kraut, P. (1994)  
Unterstützung von Bundesrat und Verwaltung. Wandlungen im Verhältnis von Bürgerschaft und Regierung in der Mitte der 90er Jahre als Herausforderung an eine offene Staatstätigkeit, GfS-Forschungsinstitut, Bern.
- Longchamp, C.; Huth, P.; Rickenbacher, A., Kraut, P. (1995)  
Auf dem Weg zur Tripolarität im Parteiensystem der Schweiz. Eine Erstanalyse der Nationalratswahlen 1995, GfS-Forschungsinstitut und SRG, Bern.
- Longchamp, C.; Huth, P. (1998)  
Frauen und Männer als StimmbürgerInnen: Was haben sie entschieden? Überblick über wesentliche Hauptergebnisse aus den VOX-Analysen eidg. Urnengänge, Bern 1998 (URL: <http://www.polittrends.ch/abstimmungen/abstimmungsanalysen/vox-analysen>).
- Longchamp, C.; Bieri, U.; Bösch, L. (1999a)  
Polarisierung im Regierungslager, aber kein bipolares System. Das Parteienbarometer des GfS-Forschungsinstitut (Stand 20. April 1999), Bern (URL: [www.polittrends.ch/parteien](http://www.polittrends.ch/parteien)).
- Longchamp, C.; Bieri, U.; Bösch, L.; Rutsch, A.; Ratelband, S. (1999b)  
Analyse der WählerInnen-Bewegungen bei den Nationalratswahlen 1999. Bericht zur Nachbefragung des GfS-Forschungsinstituts, im Auftrag der SRG SSR Idée suisse, Bern (URL: [www.polittrends.ch/wahlen/nachanalyse](http://www.polittrends.ch/wahlen/nachanalyse)).
- Longchamp, C.; Bieri, U.; Ulrich, G. (2000)  
Technischer Bericht zur VOX-Analyse Nr. 69 vom 12. März 2000, GfS-Forschungsinstitut, Bern.
- Müller, F.E. (2000)  
"Linke Statik und rechte Dynamik, Eine vertiefte Auswertung der eidg. Wahlen von 1999", NZZ, 5.2.2000.
- Noelle-Neumann, E.; Petersen, T. (1996)  
Alle, nicht jeder. Einführung in die Methoden der Demoskopie, München
- Norris, P. (ed.) (1997)  
Passages to Power. Legislative Recruitment in Advanced Democracies, Cambridge.
- Phillips, A. (1995)  
Geschlecht und Demokratie, Hamburg.
- Plasser, F. (1987)  
Parteien unter Stress. Zur Dynamik der Parteiensysteme in Österreich, der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten, Wien.
- Plasser, F.; Ulram, P. (1994)  
Radikaler Rechtspopulismus in Österreich. Die FPÖe unter Jörg Haider, Wien.
- Plasser, F.; Ulram, P.; Sommer, F. (2000)  
Das österreichische Wahlverhalten. Wien.
- Poledna, T. (1988)  
Wahlrechtsgrundsätze und kantonale Parlamentswahlen, Zürich.
- Poledna, T. (1998)  
„Die Wahl- und Repräsentationsgleichheit als Vorläuferin der Geschlechtergleichstellung“, Frauenfragen, Nr. 1, S. 7-9.
- Poledna, T.; Kaufmann, C. (1989)  
Die parteiinterne Kandidatennomination – ein demokratisches Defizit?“. Schweizerisches Zentralblatt für Staats- und Verwaltungsrecht, 90, S. 281 ff.
- Publicom (1996)  
Kommunikations- und Wirtschaftsräume der Schweiz. Strukturdaten zu Medien, Bevölkerung, Kaufkraft in 71 Kommunikations- und 24 Wirtschaftsräumen der Schweiz, Zürich.
- Randall, V. (1987)  
Women and Politics. An International Perspective, Second Edition, London.
- Riggle, E.; Miller, P. (1997)  
Gender Stereotyps and Decision Context in the Evaluation of Political Candidates. Woman&Politics, 17 (3).
- Rickenbacher, I. (1995)  
Politische Kommunikation, Bern.
- Risi, F.X. (1985)

- Das Abstimmungsverhalten in den Schwyzer Gemeinden. Eine Analyse des Abstimmungsverhaltens auf Gemeindeebene anhand von 76 eidgenössischen Abstimmungen und kantonalen Vorlagen in den Jahren 1969-1972 und 1979-82. Lizentiatsarbeit Universität Zürich.
- Roth, D. (1998)  
Empirische Wahlforschung. Ursprung, Theorien, Instrumente und Methoden, Opladen.
- Röllin, W. (1984)  
„Sind die Schwyzer ein Volk von Nein-Sagern?“, Bote der March und Höfe, 23.1.1984
- Sartori, G. (1976)  
Parties and Party Systems, Cambridge.
- Schloeth, D. (1998)  
Vor die Wahl gestellt. Die eidgenössischen Wahlen 1995 im Blickwinkel dreier konkurrierender Wahltheorien, Bern.
- Schweizer Lexikon (1993)  
Schweizer Lexikon, 6 Bde., Luzern.
- Sciarini, P. et al (1994):  
Die Kader der Schweizer Parteien, Zürich.
- Segermann-Peck, L. (1994)  
Frauen fördern Frauen. Netzwerke und Mentorinnen. Frankfurt/New York.
- Seitz, W. (1996)  
„Viele wurden gerufen, nur wenige wurden gewählt. Die Frauen bei den Nationalratswahlen 1995“, Frauenfragen, 1, 17-28.
- Seitz, W. (1997)  
Politische Kultur und ihre Beziehung zum Abstimmungsverhalten. Eine Begriffsgeschichte und Methodenkritik, Diss. Bern.
- Seitz, W. (2000)  
„Nach den Nationalratswahlen 1999 und der Volksabstimmung über die Quoten-Initiative vom 12. März 2000: Wie weiter?“ Referat vor der Plenarsitzung der eidg. Frauenkommission vom 30. März 2000 (URL: <http://members.pingnet.ch/werner.seitz>).
- Sidjanski, D. et al. (1975)  
Les Suisses et la politique, Francefort/Berne.
- Stämpfli, R. (1993)  
Von der Qual der Wahl zum Erfolg der Wahl. Eine Studie zu den Schwierigkeiten der Frauen in der Politik und zu internationalen Frauenförderungsprogrammen, Bern.
- Stämpfli, R. (1994a)  
Gleichstellung in der Baselbieter Politik. Literaturstudie und Massnahmenkatalog. Büro für Gleichstellung, Liestal.
- Stämpfli, R. (1994b)  
„Direct Democracy and Women's Suffrage“, in: Women and Politics Worldwide, ed. by B.J. Nelson and N. Chowdhury, New Haven/London.
- Stämpfli, R.; Longchamp, C. (1990)  
„Wie wird die Zukunft weiblich“, in: Zukunft des Staates (= Schweiz. Jahrbuch für politische Wissenschaft), 30: 29-55.
- Stroebe, W. Hewstone, M; Stephenson G. M. (Hg.) (1996)  
Sozialpsychologie. Eine Einführung, Berlin.
- Vatter, A.; Linder, W.; Farago, P. (1997)  
„Determinanten politischer Kultur am Beispiel des Schwyzer Stimmverhaltens“, Swiss Political Science Review 3 (1): 31-63.
- VOX (1977 ff.)  
Analysen eidg. Volksabstimmungen, hgg. vom GfS-Forschungsinstitut und den politikwissenschaftlichen Instituten der Universität Bern, Genf und Zürich, Zürich/Bern.
- Wernli, B. (1998)  
„Les élections fédérales helvétiques“, in: Handbuch Politisches System der Schweiz. Manuel de la politique suisse, hgg. von U. Klöti et al., Zürich, 511-555.
- Wyss, W. (1991)  
Marktforschung von A-Z. Eine Einführung aus der Praxis, für die Praxis, Adligenswil.
- Wytttenbach, J. (1998)  
„Politische Vorstösse zur Einführung von Quoten und Zielvorgaben in den Kantonen, beim Bund und an den Universitäten“. Frauenfragen, 1: 62-74.

## A3. Nützliche Websites zum Thema

### *Kanton Schwyz*

Kantonsparlament [http://www.kantonschwyz.ch/Parlament\\_Gerichte/index.html](http://www.kantonschwyz.ch/Parlament_Gerichte/index.html)  
(Achtung immer noch Fassung 1996-2000)

Kantonalparteien: <http://www.polittrends.ch/parteien/welcome.html>

Gemeindeparteien LVP: <http://www.lvp-sz.ch/lvp.htm>

Gemeindeparteien SP: [http://www.spschwyz.ch/Sektionen/frame\\_Sektionen.htm](http://www.spschwyz.ch/Sektionen/frame_Sektionen.htm)

### *Frauen und Männer in der Bundespolitik*

Wahlanalyse national: <http://www.polittrends.ch/wahlen/welcome.html>

Frauen bei Volkswahlen: [http://www.statistik.admin.ch/stat\\_ch/ber17/frauen/dtfr17.htm](http://www.statistik.admin.ch/stat_ch/ber17/frauen/dtfr17.htm)

Frauen bei Volksabstimmungen: [www.gfs.ch/gender.html](http://www.gfs.ch/gender.html)

Standpunkt CVP Schweiz: <http://www.cvp.ch/abstimmung/quoten/quotenfaqtxt.htm>

Standpunkt SVP: <http://www.svp-bern.ch/FrauUndFamilie/SVPundFrau.htm>

Frauen in der Lokalpolitik: <http://www.unizh.ch/~gemeinde/texte/000.html>

### *Bundesweite Frauenorganisationen (teilweise mit kantonalen Ablegern)*

Konferenz der Gleichstellungsbeauftragten: <http://www.equality.ch/>

Frauenzentrale: <http://www.frauenzentrale.ch/>

Verband für Frauenrechte: <http://www.feminism.ch/>

Frauenorganisationen: <http://www.frauen-net.ch/>

Gemeinnütziger Frauenverein: <http://www.sgf.ch/>

Katholischer Frauenbund: <http://www.frauenbund.ch/>

Landfrauenverband: <http://combi.agri.ch/landfrauen/>

### *Frauenförderung/Frauenforschung/Frauenprojekte*

Frauen-Infonet: <http://www.uni-bielefeld.de/IFF/fraueninfonetz/index.html>

Frauen auf dem WWW (Schweiz): <http://www.frauen.ch/>

Frauen auf dem WWW (ganzer deutschsprachiger Raum): <http://www.women.de>

Frauenprojekte Schweiz: <http://www.fembit.ch/>

Nichtregierungspolitik nach Weltfrauenkonferenz: <http://www.postbeijing.ch>

## A4. Das GfS-Forschungsteam

*Dr. Jeannine Dumont*

33, Psychologin, stellvertretende Leiterin Geschäftsbereich „Politik und Staat“ des GfS-Forschungsinstituts, Bern, vormals Assistentin und Lehrbeauftragte für Psychologie an der Universität Bern, Mitarbeit an Projekten des Schweiz. Nationalfonds zu Drogenprävention und Familienforschung. Schwerpunkte der Forschung: Sozial- und Gesundheitspolitik, Bildungsforschung, quantitative und qualitative Methoden der Sozialforschung. Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, wissenschaftlichen Zeitschriften, Fachmagazinen und auf Internet.

*Claude Longchamp*

43, Politikwissenschaftler, Mitglied des Verwaltungsrates, Vorsitzender der Geschäftsleitung, Leiter Geschäftsbereich "Politik und Staat" des GfS-Forschungsinstituts, Bern, Lehrtätigkeiten am Medienausbildungszentrum (MAZ) in Luzern und am VMI (Universität Fribourg), vormals Assistent und Lehrbeauftragter für Politikwissenschaft an der Universität Bern. Mitarbeit an Projekten des Schweiz. Nationalfonds zur politischen Kultur der Schweiz im internationalen Vergleich. Schwerpunkte der Forschung: Abstimmungen, Wahlen, Parteien, Europäische Integration, Technologiepolitik, politische Kultur und politische Kommunikation, Geschichte und Methoden der Demoskopie. Publikationen in Buchform, in Sammelbänden, wissenschaftlichen Zeitschriften, Fachmagazinen, Tagespresse und auf Internet.

*Urs Bieri*

25, Politikwissenschaftler, Projektleiter im Geschäftsbereich „Politik und Staat“ des GfS-Forschungsinstituts, Bern. Schwerpunkte der Forschung: politische Kommunikation, Forschungscoordination, Datenbanken, Hochrechnungen, Inhaltsanalyse.

*Silvia-Maria Ratelband-Pally*

47, Administratorin des Geschäftsbereichs „Politik und Staat“ des GfS-Forschungsinstituts, Bern. Schwerpunkte der Arbeit: Desktop-Publishing, Visualisierungen.

*Lukas Golder*

26, Projektassistent im Geschäftsbereich „Politik und Staat“ des GfS-Forschungsinstituts, Bern, Student der Politikwissenschaft an der Univ. Bern. Schwerpunkte der Arbeit: Statistische Datenanalyse, EDV-Programmierungen.